

Zur Lage in Polen Seite 10

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 15 vom 10. April 1981 — 15. Jahrgang — 1 DM



Demonstration am 1. Mai 1980

15000 demonstrierten in Bonn

Widerstand gegen Atomraketen wächst

NATO-Planungsgruppe tagte in Bonn

Etwa 15000 Menschen demonstrierten am Sonnabend in der Bundeshauptstadt gegen den sogenannten Nachrüstungsbeschluß der NATO und forderten den Verzicht auf die geplante Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa. Unmittelbarer Anlaß für die Demonstration war die Tagung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO vom 6. bis zum 9. April in Bonn.

Die NPG, das „Geheimste Gremium der Allianz", tritt zweimal jährlich zusammen. Ihre Aufgabe: Die Abstimmung der amerikanischen Atomkriegsstrategie mit den „Partnern" im westlichen Militärpakt. Daß die NPG zum ersten Mal in der Geschichte der NATO in Bonn tagte, ist sicher kein Zufall. Damit sollte die besondere Bedeutung unterstrichen werden, die der Bundesrepublik in den Stationierungsplänen für die amerikanischen Mittelstreckenraketen zukommt. US-Kriegsminister Weinberger hatte vor seiner Abreise nach Bonn unmißverständlich deutlich gemacht, daß es das Hauptziel der NPG-Tagung war, die uneingeschränkte Durchführung des „Nachrüstungs"-Beschlusses durchzusetzen.

Damit haben die europäischen NATO-„Partner" jedoch erhebliche Probleme. Gerade in der Bundesrepublik ist der Widerstand gegen den Raketenbeschluß erheblich angewachsen — nicht zuletzt auch an der Basis der Regierungsparteien. Bundeskanzler Schmidt hat zwar in der aktuellen Stunde des Bundestags letzte Woche noch einmal bekräftigt, seine Regierung stehe fest zum „Nachrüstungs"-Beschluß. Daß breite Teile seiner Partei ganz anderer Meinung sind, zeigt schon der folgende Überblick über Äußerungen und Resolutionen der letzten Wochen:

- In Hamburg haben 22 SPD-Abgeordnete der Bürgerschaft einen Aufruf zu einem Forum „Der Atomtod bedroht uns alle! Keine neuen Raketen in der Bundesrepublik Deutschland!" unterzeichnet. In dem Aufruf heißt es: „Es ist höchste Zeit, daß alle, die sich bedroht fühlen, die die Sorge um den Frieden teilen, miteinander beraten und gemeinsam für folgende Forderung eintreten: Die Bundesregierung muß ihre Zustimmung zum NATO-Nachrüstungsbeschluß und zur Stationierung neuer Atomraketen auf dem Boden der Bundesrepublik zurückziehen."
- Die Delegierten der Juso-Landeskonferenz in Baden-Württemberg sprachen sich einstimmig für die Aufhebung des Raketenbeschlusses aus.
- Der SPD-Unterbezirk Westliches Westfalen, der mitgliederstärkste der Partei, forderte, die SPD müsse „einer Politik des Wettrüstens und des Übergewichts widerstehen."

Solche Entschließungen spiegeln die große Unruhe und den wachsenden Widerstand in der werktätigen Bevölkerung gegen die Atomrüstungspolitik der NATO wider. Mit Resolutionen allein ist es natürlich nicht getan. Die vielfältigen Aktionen der letzten Zeit müssen in noch größerem Umfang fortgesetzt werden; vor allem auch dort, wo schon amerikanische Atomwaffen gelagert sind oder wo die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen geplant ist.

Maiaufruf des Zentralkomitees der KPD

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Der 1. Mai ist der gemeinsame Kampftag der Arbeiter aller Länder. Sorgen wir dafür, daß er auch bei uns zu einem Kampftag für die Forderungen der Arbeiterklasse wird. Das ist in diesem Jahr wichtiger denn je.

Die Unternehmer sind in diesem Jahr zum Großangriff auf unsere elementarsten Interessen übergegangen.

In den Tarifrunden haben sie mit ihrem provokatorischen Vorgehen klargemacht: Die Arbeiter und Angestellten sollen mit Reallohnsenkungen die kapitalistische Krise bezahlen! Und ihre Drohungen gegen das Streikrecht zeigen, daß sie in Zukunft mit noch brutaleren Mitteln ihre Profitinteressen gegen uns durchsetzen wollen.

Aber es geht nicht nur um unseren Lohn. Wir haben heute wieder weit über 1 Million Arbeitslose. Selbst bürgerliche Wissenschaftler prophezeien 5 Millionen Arbeitslose im Verlauf der 80er Jahre. Das riesige Arbeitslosenheer von morgen wird heute bereits geschaffen: Stillegungen und Massenentlassungen auch in den großen Konzernen. Rationalisierungsfeldzüge in den Produktionshallen und Verwaltungsbüros. Es ist klar: Wenn es uns heute nicht gelingt, den brutalen Großangriff der Unternehmer zu kontern, dann werden morgen Millionen auf der Straße liegen!

Wir können unseren Reallohn nur sichern, unsere Arbeitsplätze nur verteidigen, wenn wir konsequent für unsere Interessen in den Kampf treten. Durch Sozialpartnerschaft, durch Zusammenarbeit mit den Unternehmern, wie sie die Gewerkschaftsführer betreiben, haben wir bis heute nichts gewonnen und werden wir in Zukunft noch mehr verlieren. Deshalb: Gegen Sozialpartnerschaft, für klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik! Für echte Lohnerhöhungen! Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze! Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Nicht nur in den Betrieben weht ein schärferer Wind. Das faschistische Massaker von München und die völlig illegale Massenverhaftung in Nürnberg, im Strauß-Staat Bayern, signalisieren, daß die Reaktion auf dem Vormarsch ist. Es gilt, den Anfängen zu wehren. Und dabei kommt es vor allem auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung an!

Im letzten Jahr hat sich auch die Kriegsgefahr erheblich verschärft. Der kalte Krieg zwischen den beiden Supermächten, den USA und der Sowjetunion, hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Damit wächst die Gefahr, daß Deutschland noch einmal zum Schlachtfeld eines neuen weltweiten Krieges wird. Und die Bundesregierung? Statt den Scharfmachern in Washington entgegenzutreten, treibt sie selbst die Militarisierung voran, will sie die Stationierung der neuen amerikanischen Atomraketen auf unserem Boden gegen den breitesten Widerstand der Bevölkerung durchsetzen.

Nicht Verhandlungen zwischen den Blöcken und Staatschefs, nur eine breite Massenbewegung kann den Frieden erhalten. Weg mit dem Nachrüstungsbeschluß! Raus aus der NATO! Neutralität der Bundesrepublik! Wir brauchen heute dringender denn je den gemeinsamen, alle Ländergrenzen überschreitenden Kampf der Arbeiterklasse — gegen den Krieg, für Frieden, Demokratie und Sozialismus.

Beteiligt euch massenhaft an den Demonstrationen und Kundgebungen des DGB! Laßt nicht zu, daß der 1. Mai zu einem Regierungsmai der Bonzen und Minister wird. Der 1. Mai gehört den Arbeitern. Machen wir ihn zu einem Kampftag für unsere Interessen. Arbeit für jeden! Frieden! Sozialismus!

Wie Bonn den Krieg vorbereitet

Gesundheitswesen wird auf Kriegsfall ausgerichtet

BONN. — Wie gründlich sich die Bundesregierung darauf vorbereitet, unser Volk in einen neuen Krieg zu hetzen, zeigt ein geheim gehaltener Gesetzesentwurf aus dem Gesundheitsministerium, der uns jetzt bekannt wurde. Es ist der Entwurf für ein sogenanntes Gesundheitssicherstellungsgesetz, nachdem das gesamte Gesundheitswesen der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung unterworfen werden soll.

Das Gesetz sieht unter anderem eine Ausbildung der Ärzte für Aufgaben des militärischen Sanitätswesens schon in Friedenszeiten vor. Im „Ernstfall" sollen dann alle Bürger, die irgendwann einmal eine Ausbildung im Sanitätsdienst erhalten haben, dienstverpflichtet werden.

Medzinische Einrichtungen sollen dann ausschließlich unter militärischen Gesichtspunkten genutzt werden. Öffentliche und private Räumlichkeiten können zur Erweiterung dieser Einrichtungen beschlagnahmt werden. Das betrifft, wie im Gesetz ausdrücklich festgehalten ist, zum Beispiel auch Alten- und Pflegeheime. Die Insassen müssen dann sehen, wo sie bleiben. Um die medizinische Versorgung der verwundeten Soldaten zu sichern, sollen zivile Patienten vorzeitig, das heißt ungeheilt, aus den Krankenhäusern entlassen werden können. **Schwerkranke sollen als hoffnungslose Fälle gar nicht mehr behandelt werden.** (Siehe auch Seite 9.)

Benzinpreissprung treibt Inflation

Ohne Flächenstreik keine Reallohnsicherung

Unternehmer wollen Durchbruch zu Lohnabbau

FRANKFURT. — Ohne Flächenstreik der IG Metall kann von einer Verteidigung der Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten in dieser Lohnrunde überhaupt nicht die Rede sein. Das ist angesichts der Haltung der Unternehmer in der Tarifrunde sowie des inflationstreibenden Hochsprungs der Benzinpreise, den Bonn jetzt provoziert hat, deutlicher geworden als je zuvor.

In kaum überbietbarem Zynismus bezeichnete Gesamtmetall-Chef Kirchner die Forderungen der IG Metall als „utopisch" und forderte die Gewerkschaft erneut ultimativ auf, davon abzurücken. Tatsächlich aber sind die IGM-Forderungen, die zwischen 7,7 und 8 Prozent liegen, bestenfalls hoch genug, um einen spürbaren Reallohnabbau in diesem Jahr zu verhindern, vorausgesetzt allerdings, sie werden ohne irgendwelche Abstriche voll durchgesetzt.

Wer diese Forderungen bereits als utopisch hinstellt, der gibt damit zu erkennen, wohin die lohnpolitische Wende führen soll, für die in diesem Jahr der Durchbruch erzwungen werden soll: dahin nämlich, daß in drei oder vier Jahren bei Tarifrunden nicht mehr über Erhöhungen der Tariflöhne sondern über das Ausmaß von tariflichen Lohnsenkungen verhandelt wird!

Diese Strategie der Monopolkapitalisten muß durchkreuzt werden. Die Kampfkraft dazu ist im DGB vorhanden. Daß inzwischen bereits 1,5 Millionen Metaller Warnstreik-Aktionen durchgefürt haben, ist ein klarer Beweis.



Urabstimmung und Streik! Diese Forderung bestimmte oft die Parolen der streikenden Metaller in der vergangenen Woche. Unser Foto wurde am Donnerstag, den 2. April am Werk 1 bei Opel in Bochum aufgenommen.

Kommentar der Woche

Als Reagans Sicherheitsberater Allen vor zwei Wochen seine erste öffentliche Rede seit der Amtsübernahme hielt, nutzte er die Gelegenheit zu einem Rundschlag gegen die westeuropäische Friedensbewegung. Er beklagte die „pazifistischen Strömungen", die in die britische Labour-Partei eingedrungen wären. Und er verdammte die „verachtenswürdige Philosophie des ‚Lieber rot als tot'", die man heute in Westeuropa wieder hören könnte.

Es dauerte gerade eine Woche, bis Bundeskanzler Schmidt die Klage und die Stichworte des amerikanischen Vordenkers in Sachen Kriegsphilosophie eilfertig aufgriff. In einem Interview mit den „Evangelischen Kommentaren" räsonnierte er: „Es gibt — auch im evangelischen Raum — eine gewisse Neigung, den Satz ‚Lieber rot als tot' zu akzeptieren."

Lieber tot als rot?

Weil aber unser Kanzler nun mal ein Musterdemokrat ist, mag er diese gewisse Neigung nicht öffentlich als verachtenswürdig anprangern, wie es der Reagan-Mann in Washington getan hatte. Schmidt gesteht großzügig jedem Bürger dieses Landes das Recht zu, „das eigene Leben höher zu setzen als die Freiheit". Wobei dann untergründig dennoch ein deutlicher Ton der Verachtung für diejenigen mitschwingt, die sich an ihr unbedeutendes Leben klammern, statt mit Anstand für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in den Tod zu gehen.

Eine solche kleinmütige und schäbige Haltung kann Schmidt aber nicht bei allen akzeptieren. „Für den, der Verantwortung für andere trägt, erscheint es mir absolut verboten, das eine über das andere setzen zu wollen. Wer seinen Amtseid auf das Grundgesetz und die darin enthaltenen Werte abgelegt hat, für den ist es verboten, sich auf den Standpunkt ‚Lieber rot als tot' zu stellen."

Wenn das nun die private Philosophie des Herrn Schmidt wäre, wenn dieser Mann für sich selbst entschieden hätte, lieber zu verrecken als „rot" zu werden – uns könnte es gleich sein. Wir würden ihn auf seinem Weg ins Jenseits sicher nicht aufhalten. Doch so einfach ist die Sache ja leider nicht. Und sie ist im wahrsten Sinne des Wortes todernst.

Halten wir zunächst einmal fest: Schmidt hat die Parole „Lieber rot als tot" nicht nur vehement zurückgewiesen; er hat sie auch unmißverständlich umgekehrt in ein „Lieber tot als rot". Ihm sei es verboten, das Leben höher zu setzen als die Freiheit. Was für eine Alternative! Es ist doch **unser** Leben, um das es geht und **seine** Freiheit, beziehungsweise die Freiheit der Klasse, deren Vertreter er ist.

Denn was ist der politische Sinn der „Lieber tot als rot"-Parole, die in den fünfziger Jahren von den blutrünstigsten Kalten Kriegern in Washington erfunden wurde? Es ist die ungeheuerliche Aufforderung an die Völker des Westens, ihren kollektiven Untergang bei einem Krieg mit der Sowjetunion hinzunehmen. Und wenn Schmidt diese Kriegsparole gerade jetzt wieder aufnimmt, wo die Friedensbewegung in unserem Land von Monat zu Monat stärker wird, dann hat das auch einen konkreten auf die gegenwärtigen Auseinandersetzungen bezogenen Sinn.

Immer größer ist in den letzten Monaten die Zahl derjenigen geworden, die nicht im Gleichschritt mit den amerikanischen NATO-Bossen in einen neuen Krieg marschieren wollen. Selbst in Schmidts eigener Partei ist die Bonner „Sicherheitspolitik" immer fragwürdiger geworden. Es wächst die Erkenntnis, daß unsere Sicherheit gerade durch die enge Bindung unseres Landes an die amerikanischen Kriegstreiber bedroht ist, daß die von Washington und Bonn im Gleichklang betriebene Atompolitik unweigerlich dazu führen muß, Deutschland zum Schlachtfeld eines neuen Weltkriegs zu machen.

Genau auf solche „Ängste" — wie er selbst es nennt — hat Schmidt in seinem Interview mit den „Evangelischen Kommentaren" reagiert. Und er hat diesen Ängsten offenbar nichts anderes mehr entgegenzusetzen als die zynische Aufforderung, wir sollten doch unser Leben nicht wichtiger nehmen als die Freiheit des Kapitals. Für diese Freiheit großzügig **unser** Leben zu opfern — dazu fühlt sich Schmidt ja durch Amtseid und Grundgesetz verpflichtet. Lieber tot als rot. Der Kanzler selbst wird sich natürlich — sollte der „Ernstfall" einmal Wirklichkeit werden — in den Regierungsbunker in der Eifel zurückziehen.

Und denen, die angesichts solcher Aussichten ihre Sorgen und Ängste nicht überwinden können, gibt der Kanzler noch den folgenden Trost mit auf den Weg: „Viele bedrohliche Zukunftsgemälde sind letztlich aber aus der Neigung geboren, eigene Angst auf andere zu übertragen: eigene Lebensangst, die viele Menschen haben, die letztlich im Gebet zu überwinden wäre."

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Protestbewegung soll kriminalisiert werden

Brokdorf-Demonstranten wegen „Mordversuchs" verhaftet

Inzwischen sind schon zwei Teilnehmer an der großen Brokdorf-Demonstration verhaftet worden. Sie sollen sich an den Auseinandersetzungen mit der Polizei beteiligt haben. Aber nicht Körperverletzung oder ähnliches wird ihnen vorgeworfen, sondern Mordversuch.

Dies ist der bislang ungeheuerlichste Versuch, die Demonstranten von Brokdorf als Kriminelle, als potentielle Mörder hinzustellen und von den Gewalttätigkeiten der Polizei, von der Unrechtmäßigkeit des Demonstrationsverbots abzulenken. Hier sollen aber auch mit der exemplarischen Abstrafung von zwei Demonstranten neue Tatsachen für einen verschärften Justizterror gegen Teilnehmer an Protestaktionen geschaffen werden. Wenn die Anklage gegen die beiden AKW-Gegner durchkommt, müßte künftig jeder, der in gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei gerät, befürchten, wegen versuchten Totschlags oder gar Mordes ins Gefängnis zu wandern.

In dem konkreten Fall, um den es jetzt geht, wird der größte Teil der wirklichen Umstände bewußt verschwiegen. Der verletzte Polizist, gegen den sich der „Mordversuch" gerichtet haben soll, geriet auf der Jagd nach einem Demonstranten in den Wassergraben. Er hatte auf diesen Demonstranten mit äußerster Brutalität eingeschlagen, ihn in das eiskalte Wasser getrieben und war dann selbst in den Graben hineingerutscht.

Was dann geschah, schildert einer der Demonstranten, die in der unmittelbaren Nähe des Geschehens standen, in einem Leserbrief an den „Stern" so: „Darauf eilten Demonstranten hinzu und schlugen mit Holzlatten und einem Spaten auf ihn ein. Andere Demonstranten — die große Mehrheit — riefen ‚aufhören, aufhören' und zogen ihn auf der anderen Seite des Grabens an Land. Wir haben uns in einer großen Gruppe um ihn herumgestellt und ihn geschützt. Vier oder fünf von uns brachten ihn zu einer Sanitäter-Gruppe der Demonstranten, wo er ärztlich versorgt wurde."

Davon erfuhr man in Fernsehen und Presse nichts.

Aber es drängen sich uns auch andere Erinnerungen auf, wenn man das rührende Bemühen des Staates sieht, einem Polizeibeamten „Gerechtigkeit" widerfahren zu lassen.

Manch einer der 100000, die dieses Jahr in Brokdorf demonstrierten, war wohl auch schon 1976 dabei, als am 13. November 30000 Menschen am Bauzaun standen. Vielen von ihnen wird der Name Bern Woitalla ein Begriff sein.

Der Genosse Bern Woitalla, damals Betriebsrat auf HDW in Kiel, machte den Fehler, ohne Helm zu demonstrieren — was die CDU ja jetzt allen Demonstranten unter allen Umständen aufzwingen will. Er wurde von einem Polizisten aus wenigen Metern Entfernung mit einem gezielten Steinwurf an den Kopf lebensgefährlich verletzt, er hätte ebenso gut tot sein können. Seine Schädeldecke wurde zertrümmert, das Sprachzentrum im Gehirn verletzt. Eine komplizierte Operation rettete sein Leben, an den Folgen hat er heute noch zu leiden.

Ihm helfen zu wollen, fiel keinem Staatsanwalt ein. Strafanträge gegen den Polizisten, der ihn beinahe umgebracht hätte — er ist natürlich namentlich nur seiner Einheit und dem Einsatzleiter bekannt — wurden mehrmals niedergeschlagen; die Polizeileitung behauptet frech, die Beamten hätten gar nicht mit Steinen geworfen. Die Genossen und andere AKW-Gegner bewiesen das Gegenteil, arbeiteten heraus, welche Polizeieinheit zu dem fraglichen Zeitpunkt im Einsatz war — aber bis heute ist nichts geschehen. Dabei wäre die Ermittlung des Täters ein leichtes und erforderte keine bundesweite Fahndung...

Aber das Leben eines einfachen Arbeiters zählt eben nichts.

Und auch die Polizisten, die in diesem Jahr nachweislich Demonstranten vorsätzlich schwer verletzt und mißhandelt haben, erwartet keine Strafe. Auch nicht die, die den Reporter Serdar Kocak zusammengeschlagen haben, wie das auf der Fotoserie zu sehen ist, die wir dem „Stern" entnommen haben. Die Gewalt in Brokdorf ging von der Polizei aus — daran gibt es keinen Zweifel, darüber kann auch die Hetzkampagne in den Medien nicht hinwegtäuschen!





Vor dem Brokdorfer Bauzaun: Der Münchner Fotoreporter Kocak wird von Polizisten zu Boden gestoßen. Sie schlagen brutal auf den am Boden Liegenden ein. Kocak ist an Kopf und Händen verletzt, seine Ausrüstung ist zerstört.

BRD fünftgrößter Waffenhändler der Welt

BONN. — Nach einer jetzt vorgelegten Untersuchung des Bonner Politologen Eckehardt Ehrenberg, hat sich der Anteil der Rüstungsexporte an den Gesamtausfuhren der Bundesrepublik im Zeitraum von 1967 bis 1977 fast verdoppelt. Die BRD ist damit zum fünftgrößten Waffenhändler der Welt geworden.

Die Untersuchung widerlegt eindeutig die Behauptungen der Bundesregierung, daß Waffenexporte in Nicht-NATO-Länder nur in Ausnahmen genehmigt würden. Tatsächlich sind in den Jahren 1973 bis 1977 70 Prozent der westdeutschen Rüstungsexporte in Länder gegangen, die „weder der NATO angehören, noch NATO-Ländern gleichgestellt sind. Bei diesen Ländern handelt es sich ausschließlich um Entwicklungsländer der Dritten Welt."

Nach Ehrenbergs Untersuchung hat der Export von Panzern und Flugzeugen noch Anfang der 70er Jahre nur untergeordnete Bedeutung gehabt. Inzwischen aber deute sich „ein gewisser Wandel durch den Export ungebrauchter Flugzeuge ... auch in Länder der Dritten Welt an." Zudem scheine es mit der Aufnahme der Lizenzproduktion des Panzers TAM in Argentinien „zu einem Durchbruch auf dem Gebiet des Exports von Kampfpanzern in die Dritte Welt zu kommen."

Der Export schwerer Waffen in die „Dritte Welt" ist zwischen den Zeiträumen 1967-69 und 1975-77 um sage und schreibe 990 Prozent angestiegen.

38 Prozent mehr Arbeitslose als im Vorjahr

Jugendarbeitslosigkeit stieg um 52 Prozent

NÜRNBERG. — Einen rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr mußte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, letzte Woche bekannt geben. Die Bundesanstalt registrierte die höchste Arbeitslosenzahl in einem März seit 1955.

Gegenüber dem Februar ist die Zahl der Arbeitslosen zwar leicht auf jetzt 1 210 140 zurückgegangen. Aber selbst Stingl, der sich sonst so gerne in Zweckoptimismus ergeht, kommentierte das so: „Die übliche Frühjahrsbelebung auf dem Arbeitsmarkt darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Gesamtsituation weiter verschlechtert hat."

Tatsächlich ist die Arbeitslosenzahl seit dem März des vergangenen Jahres um 38,2 Prozent angewachsen. Damals betrug die Quote 3,8 Prozent, in diesem März lag sie bei 5,2 Prozent. Besonders erschreckend angewachsen ist die Jugendarbeitslosigkeit. 100982 Jugendliche unter 20 Jahren sind gegenwärtig als Arbeitslose registriert. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 51,9 Prozent.

Im Jahr der Behinderten ist auch die Zahl der erwerbslosen Schwerbehinderten überdurchschnittlich stark angestiegen. Sie liegt um 21,7 Prozent über dem Stand vom März 1980. Sprunghaft angewachsen ist gegenüber dem Vorjahr auch die Zahl der arbeitslosen Ausländer (+ 43,5 Prozent) und der Werktätigen, die 59 Jahre und älter sind (+ 22,5 Prozent).

Die höchsten Arbeitslosenquoten in diesem März hatten Niedersachsen/Bremen mit 6,5, Nordbayern mit 6,2 und Nordrhein-Westfalen mit 5,9 Prozent. Unter den Städten in NRW liegt nach wie vor Dortmund mit jetzt 8 Prozent an der Spitze. Hier sollen nach dem Willen der ESTEL-Bosse weitere 10000 Arbeitsplätze vernichtet werden.

Außerordentlich stark angestiegen ist die Zahl der Kurzarbeiter. Sie wuchs gegenüber dem Vorjahr um 311 600 auf jetzt 405 130 an. Betroffen ist hier vor allem der Gebrauchsgüterbereich wie Autozubehör, Haushaltsgeräte oder Unterhaltungselektronik, wo sich das Sinken der Kaufkraft am schnellsten bemerkbar macht. Auch in der Bauindustrie hat die Kurzarbeit seit dem vergangenen Jahr um 93 Prozent zugenommen.

Angesichts dieser Entwicklung erklärte Stingl, die im Haushalt der Bundesanstalt für 1981 angenommene Durchschnittszahl von 1,08 Millionen Arbeitslosen sei nicht mehr zu halten. In den ersten drei Monaten dieses Jahres lag der Durchschnitt bei 1,25 Millionen.

Millionen DGB-Mitglieder kampfbereit

Lohnpolitische Wende kann verhindert werden!

Mehr als 1,5 Millionen Metaller haben inzwischen gestreikt. Trotzdem gingen die Metallkapitalisten über ihr Hohnangebot von 4,1 Prozent in der letzten Woche nicht mehr hinaus. Angesichts der enormen Mobilisierung in der IG Metall und der weiter zunehmenden Forderung nach sofortigem Abbruch der Verhandlungen und Urabstimmung von seiten der aktiven Gewerkschafter zeigte sich jedoch zunehmende Nervosität im Unternehmerlager. Die Tatsache, daß auch die Gewerkschaft HBV inzwischen zu Aktionen übergegangen ist, hat dazu sicher ebenfalls beigetragen.

Wenn VW-Chef Schmücker — wie in der vergangenen Woche geschehen — sich an die Verhandlungsführung von Gesamtmetall wendet, um sein Unbehagen über den Eskalationskurs seiner Komplizen zu äußern und einen baldigen Tarifabschluß zu fordern, sind im Unternehmerlager zweifellos verschärfte Konflikte und Unsicherheiten vorhanden. Auch daß Gesamtmetall seine Entscheidung, nur noch auf zentraler Ebene zu verhandeln, wieder rückgängig machte, daß die Herren vor der eigenen Courage erschrocken sind, zeigt ihre zunehmende Unsicherheit.

Es ist also durchaus möglich, den Durchbruch zur lohnpolitischen Wende zu verhindern, den die Monopolkapitalisten in der Lohnrunde '81 erzwingen wollen. Siebeneinhalb Millionen DGB-Mitglieder sind stärker als ein paar hundert Millionäre und Multimillionäre. Und inzwischen ist diese Lohnrunde nicht mehr auf die Metallindustrie beschränkt.

Die Mehrzahl der wichtigen und großen Gewerkschaften des DGB steht inzwischen in Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden. Die Bauarbeiter haben den Vier-Prozent-Abschluß vom Tisch gefegt und damit den Metallern machtvoll den Rücken gestärkt. Die Kollegen der HBV führten die ersten Warnstreiks durch und protestierten auf der Straße gegen die Provokationsangebote der Unternehmer. Was die IG Metall selbst betrifft, so ist auch in Bayern inzwischen die Friedenspflicht abgelaufen und auch hier haben die Kollegen bereits in den Betrieben Dampf gemacht.

Die Stimmung unter den Metallarbeitern hat die Loderer und Janßen in der letzten Woche zu der Erklärung gezwungen, ein Flächenstreik der IG Metall sei näher, als in der Öffentlichkeit vermutet würde. Loderer und Janßen sahen sich zu radikalen Äußerungen gezwungen. So sagte Loderer: Wenn der Streik komme, *„Wird er anders geführt werden müssen als jeder Streik in der Vergangenheit. Das würde kein Wohnzimmerstreik, sondern ein Streik der ganzen IG Metall werden, begleitet von vielen Solidaritätsstreiks in anderen Regionen".*

Die Unternehmer aber lassen sich nicht mit Warnungen überzeugen. Eine fünf vor dem Komma sei völlig ausgeschlossen, erklärten die Sprecher von Gesamtmetall. Sie brauchen die Kapitulation der Gewerkschaften, die exemplarische Durchsetzung eines drastischen Reallohnabbaus als Einstieg in die lohnpolitische Wende für dieses Jahrzehnt.

Gelingt es ihnen nicht, der Gewerkschaftsbewegung das Rückgrat zu brechen, so wird dies für sie in den kommenden Jahren noch weit schwerer werden. Deshalb verlassen die Monopolherren sich darauf, daß die Vetter und Loderer mit ihrer Abwiegelei, Streiksabotage und Spaltertätigkeit einen Flächenstreik, wenn er kommt, notfalls soweit abmildern und entschärfen, daß er zu keinem Sieg der Arbeiter führen kann.

Für die Metaller kann es jedoch nur einen Weg geben: Alles tun, um den Unternehmern eine möglichst machtvolle, möglichst geschlossene Kampffront entgegenzustellen.

Einstimmiger Beschluß der IGM-Funktionärskonferenz in Essen

Verhandlungen abbrechen und Urabstimmung einleiten!

ESSEN. — Eine Konferenz der Betriebsräte und gewerkschaftlichen Vertrauensleute der IG Metall in Essen forderte am Montag vergangener Woche einstimmig den Abbruch der Tarifverhandlungen und die Einleitung der Urabstimmung.

Die Entschließung der Essener IG-Metall-Funktionäre richtet sich an die Große Tarifkommission der IG Metall von Nordrhein-Westfalen mit der Aufforderung, das Scheitern der Verhandlungen zu erklären und Maßnahmen für die Durchführung der Urabstimmung einzuleiten.

Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Essen, Karl-Heinz Völker, unterstützt diese Forderung ebenfalls. In einem Interview mit der DKP-Zeitung „UZ" erklärte Völker:

„Die Kolleginnen und Kollegen der Essener Verwaltungsstelle sind kampfbereit. Sie möchten aber auch Erfolge sehen. Es gibt sicherlich die Einteilung in die erste, zweite und dritte Phase bei den Warnstreiks, die ‚neue Beweglichkeit' erzielte auch Wirkung. Aber es muß dann die Phase kommen, wo das Scheitern der Verhandlungen erklärt wird. In dieser Richtung liegen uns auch aus den Betrieben einige Resolutionen vor."

Zur Rolle der Solidarität der anderen DGB-Gewerkschaften sagte der IG-Metall-Bevollmächtigte:

„Die praktische Solidarität schätzen wir sehr hoch ein. Bei uns hat sich insbesondere die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Erklärungen und durch praktische Teilnahme an unseren Kundgebungen besonders gezeigt.

Als solidarisch mit uns empfinde ich aber auch, daß die ... den bereits ausgehandelten Abschluß von 4 Prozent abgelehnt haben. Denn die Inflationsrate ist ja wesentlich höher als 4 Prozent. Als die Bezirkskonferenzen der IG Bau, Steine, Erden die 4 Prozent ablehnten, konnte auch der Hauptvorstand an diesem Votum seiner Mitglieder nicht vorbeigehen. Nein, 4 Prozent, die von anderen in die Landschaft gedrückt worden sind, die konnten für die IG Metall nicht gut sein."

Hans Janßen pöbelt aktive Gewerkschafter an

Immer dringender fordern gerade die aktiven und kämpferischen Gewerkschafter, daß die IG Metall jetzt endlich von der Warnstreiktaktik zur Urabstimmung und zum konsequenten Flächenstreik übergehen müsse. Statt eine solidarische Diskussion über diese Forderung zu führen, versucht der Hauptvorstand der IGM mit Demagogie Verwirrung zu stiften und die Kollegen, die dies fordern, schlecht zu machen.

Bezeichnend ist, daß das letzte „metall"-Extra-Blatt zur Lohnrunde (vom 30. März '81) sich fast ausschließlich darauf konzentriert, die Forderung nach Urabstimmung und Vollstreik zu bekämpfen und sie als aus der Ecke der Unternehmerverbände stammend zu diskreditieren.

Schon an dieser miesen Methode wird deutlich, daß es den Loderer und Janßen nicht etwa darum geht, die richtige, erfolgversprechende Kamptaktik für die IG Metall festzulegen und durch eine solidarische Diskussion ein geschlossenes und einheitliches Vorgehen der Metaller zu sichern.

Vielmehr gehen diese Bonzen gezielt spalterisch vor. Sie versuchen, die aktivsten, kämpferischsten und bewußtesten Gewerkschafter als naive Spinner oder gar als Wasserträger der Unternehmerstrategie hinzustellen und sie von den übrigen Kollegen zu isolieren.

Hans Janßen setzte in der vergangenen Woche auf Großkundgebungen der IG Metall seine ganzen demagogischen Fähigkeiten für diesen schmutzigen Zweck ein. Einerseits verstand er es, durch radikale Sprüche einen Stimmungskredit für sich aufzubauen, den er dann ausnutzte, um anwesende Gewerkschafter direkt anzupöbeln, die es wagten, ihre Opposition gegen den Kurs des IGM-Vorstands offen und klar zu äußern und die Forderung nach Urabstimmung und Flächenstreik zu propagieren.

Ein solches Vorgehen der Loderer und Janßen vergiftet die Atmosphäre in der IG Metall und richtet sich gegen die einfachsten Grundsätze von Anstand und Solidarität. Es ist das Vorgehen von notorischen Spaltern.



Rund 500 Mitglieder der Gewerkschaft HBV demonstrierten am Donnerstag vergangener Woche in Düsseldorf gegen das unverschämte „Angebot" der Bankherren, die Löhne und Gehälter für die 215000 Beschäftigten im Bankgewerbe nur um 3,7 Prozent zu erhöhen.

Opel-Belegschaft in Bochum streikte zum zweiten Mal

Dreieinhalb Stunden standen alle Räder still

ARBEITERKORRESPONDENZ (Bochum). — Die Belegschaft der Bochumer Opel-Werke führte am Donnerstag, den 2. April, ihren zweiten Warnstreik in dieser Lohnrunde durch. Um 12.30 Uhr legte die Frühschicht die Arbeit nieder. Die zweite Schicht schloß sich dem Warnstreik an. Bis um 4.00 Uhr nachmittags standen die Opel-Werke still.

Mehr als 10000 Arbeiter und Angestellte beteiligten sich bei Opel an dem Streik. Vom Werk 1 aus demonstrierten rund 4000 Kollegen in einem ca. fünf Kilometer langen Marsch zur Ruhrlandhalle, wo eine große Kundgebung der IG Metall stattfand. Vom Werk 2 aus bildeten die Streikenden einen Autokorso, der sich ebenfalls zur Ruhrlandhalle bewegte.

Die Stimmung der Kollegen war kämpferisch. Dem Demonstrationszug vorneweg fuhr ein Lautsprecherwagen der IG Metall, der unter anderem alte und neue Arbeiterlieder spielte, gesungen von Hannes Wader. Auf mehreren Transparenten forderten die Kollegen Urabstimmung und Vollstreik sowie die volle Durchsetzung der 8 Prozent. **„8 Prozent müssen her, sonst bauen wir keine Autos mehr!"** lautete eine der selbstbewußten Parolen der Opel-Arbeiter.

Auch in anderen Bochumer Metallbetrieben, darunter auch Kleinbetriebe, kam es zu Warnstreiks. Die Ruhrlandhalle vermochte gar nicht alle Kollegen zu fassen. Hauptredner war Hans Janßen vom geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Metall.

Janßen sah sich gezwungen, einen beträchtlichen Teil seiner Ausführungen auf die Rechtfertigung der Taktik der „neuen Beweglichkeit" zu verwenden. Da er sehr demagogisch auftrat und mit radikalen Tönen nicht geizte, erhielt er teilweise auch starken Beifall.

Unruhe kam allerdings auf, als Janßen in sehr unfairer Art einige anwesende Kollegen angriff, die mit Zwischenrufen ihren Unmut über die Streiktaktik des IGM-Vorstandes kundtaten und Urabstimmung forderten.

Insgesamt hat diese Aktion klar gezeigt, daß die Opel-Arbeiter kampfbereit sind.

Kriminalisierungskampagne gegen IGM geht weiter

Wieder Strafanzeige gegen IGM-Bevollmächtigten

GUMMERSBACH. — Der Kreisdirektor in Gummersbach (Bergisches Land) hat gegen den dortigen Bevollmächtigten der IG Metall Strafanzeige gestellt. Fadenscheiniger Vorwand: Der Gewerkschaftsfunktionär soll angeblich eine Kundgebung der IG Metall „nicht ordnungsgemäß" angemeldet haben.

Dies ist nach dem Polizeieinsatz gegen eine Metallerdelegation in Timmendorfer Strand und nach der Strafanzeige gegen den IGM-Bevollmächtigten von Lübeck nun eine neuerliche Provokation staatlicher Stellen gegen die Gewerkschaftsbewegung in dieser Lohnrunde.

Hand in Hand damit geht der Vorstoß der Unternehmerverbände zur Kriminalisierung der Warnstreiks der IG Metall.

Schon zu Beginn der Tarifauseinandersetzung in der Metallindustrie hatte der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall Kirchner die IG Metall wegen ihrer Warnstreiks mit dem Wörtchen „Instandbesetzermentalität" in die kriminelle Ecke gestellt. Inzwischen hat der Vizepräsident von Gesamtmetall Knapp angekündigt, daß die Unternehmer die Rechtmäßigkeit der Warnstreiks „gerichtlich prüfen lassen" wollten.

Bislang ist eine entsprechende Gegenreaktion vom DGB-Bundesvorstand gegen diese provokatorischen Angriffe auf das Streikrecht und gegen die Kriminalisierung von Funktionären der IG Metall ausgeblieben.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53. geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/771200, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/445162, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/848408.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Mallenstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di. und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

4500 **OSNABRÜCK**, Kontaktadresse: Ralf Czoga'la, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr

Zu einer Diskussion unter linken Gewerkschaftern

Verstaatlichung, Sozialisierung?

Am 26. April verabschiedeten mehr als 5 000 Stahlwerker auf einer Belegschaftsversammlung der Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund eine Resolution, in der die Verstaatlichung der Hoesch-Hüttenwerke gefordert wird. Den Hoesch-Arbeitern geht es mit dieser Forderung um den Erhalt ihrer bedrohten Arbeitsplätze, für die der Bau eines neuen Oxygenstahlwerks, der vom Konzernvorstand verweigert wird, eine Grundvoraussetzung ist. Ist die Forderung nach Verstaatlichung geeignet, den Kampf gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze bei Hoesch zu fördern und voranzutreiben? Oder erzeugt eine solche Forderung nur Illusionen bei der Belegschaft, die sich lähmend auf den Widerstand gegen die Konzernpläne auswirken? Die Diskussion über dieses Problem hat sich nicht zuletzt im Zusammenhang mit der drohenden Vernichtung der Stahlbasis in Dortmund in letzter Zeit verstärkt. „Der Weg der Partei", das theoretische Organ der KPD, greift in seiner kürzlich erschienenen Ausgabe Nr. 4/5'80 in diese Diskussion mit einem Beitrag des Genossen Horst-Dieter Koch (Mitglied des Politbüros der KPD) ein. Im folgenden geben wir eine Zusammenfassung dieses Beitrags.

Sackgasse Sozialpartnerschaft

Eingangs analysiert der Beitrag des Genossen Koch, wie die Ideologie und Politik der Sozialpartnerschaft den gewerkschaftlichen Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen, gegen Rationalisierungsterror, Stillegungen und Massenentlassungen in eine Sackgasse führt. Bezeichnend dafür ist zum Beispiel ein Schreiben des IGM-Vorsitzenden Loderer an Mannesmann-Boß Overbeck im Zusammenhang mit der Schließung des Mannesmann-Werkes in Kalldorf. Darin erklärte Loderer: *„Die IG Metall (...) verlangt von keinem Unternehmer die Aufrechterhaltung einer Produktion, wenn diese zu permanenten Verlustgeschäften führt."*

Weil die Politik der Sozialpartnerschaft zwar von unterschiedlichen Interessenlagen der „Arbeitnehmer und Arbeitgeber" ausgeht, jedoch den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen ihnen leugnet, unterstellt sie, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmerschaft letztlich doch durch übergeordnete gemeinsame Interessen miteinander verbunden sind. Von daher gesehen besteht die Aufgabe der Gewerkschaft in einem Fall wie Kalldorf dann eben nicht darin, den Kampf um die Verteidigung der Arbeitsplätze zu führen, sondern vielmehr darin, die „wirtschaftlich unumgänglich" gewordene Stillegung „sozial abzufedern", um die Folgen der Stillegung für die betroffenen Kollegen abzuschwächen.

„Was aber" — so wird in dem Beitrag des Genossen Koch gefragt — **„wenn die kapitalistische Wirtschaft tief in die Krise gerät, wenn die Produktion nicht nur in einigen Klein- und Mittelbetrieben ‚zu permanenten Verlustgeschäften' führt, wenn in den industriellen Großbetrieben mit Tausenden und Zehntausenden Arbeitsplätzen, wenn in ganzen Branchen mit Hunderttausenden Arbeitsplätzen die Bilanzen keine Gewinne mehr ausweisen? (...)**
Die wirtschaftliche Vernunft im Sinne der kapitalistischen Rentabilität gibt den Unternehmern recht, die die ‚fußkranken Betriebe abhacken', die von der ‚Strukturkrise erfaßten Branchen gesundschrumpfen' und die überflüssig gewordenen Arbeiter ‚freisetzen' wollen. Die sozialpartnerschaftliche Konzeption verurteilt die Gewerkschaften an diesem Punkt endgültig zur Passivität. (...)

Gerade im Kampf gegen Rationalisierungen, Massenentlassungen und Stillegungen zeigt sich, wie sehr der Sozialpartnerschaftskurs die Gewerkschaften entwaffnet."

„... wenn unser starker Arm es will!"

Bekanntlich weisen die Bilanzen von Hoesch seit Jahren rote Zahlen auf. Aus diesem Grund ist in der Hoesch-Belegschaft die Ansicht verbreitet, daß es gar nicht möglich ist, die Hoesch-Bosse unter Druck zu setzen, denn sie würden sich über einen Streik noch die Hände reiben, da sie ihre Werke ja ohnedies dichtmachen wollen. Von den IGM-Führern wird diese Vorstellung nicht etwa bekämpft sondern nur zu willig gefördert. Vom sozialpartnerschaftlichen Verständnis der gewerkschaftlichen Taktik aus kann man nur zu dem Schluß kommen, daß an diesem Punkt tatsächlich nichts mehr zu machen ist.

Demgegenüber zeigt H.-D. Koch in seinem Beitrag auf, daß dies eine verengte Sichtweise der wirklichen Lage ist. Weder Hoesch, noch die Stahlindustrie als ganzes können in der kapitalistischen Wirtschaft isoliert betrachtet werden. Lenin zeigte beeits auf, daß der moderne Kapitalismus **„mit seiner Herrschaft der Banken über die Produktion diese gegenseitige Abhängigkeit der verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft bis zum höchsten Grade gesteigert"** hat (Lenin, Werke, Bd. 25, S. 344). Folglich ist die Entscheidung des hauptsächlich von der Deutschen Bank beherrschten Estel-Konzerns, in Dortmund die Stahlbasis zu vernichten, **„nicht nur eine Entscheidung der Estel-Konzernleitung sondern hängt zusammen mit einem ganzen Knäuel finanzkapitalistischer Interessen"**.

Von daher darf man heute Streiks nicht mehr vorwiegend unter engen ökonomischen Gesichtspunkten betrachten. Schon in der alten Streiklosung „Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will" kommt ein tieferes Verständnis von der Bedeutung des Streiks zum Ausdruck. Der selbstbewußte Hinweis auf den „starken Arm" der Arbeiterklasse deutet an, daß Streiks immer eine latente Bedrohung der Kapitalistenherrschaft in sich bergen. Dies gilt unter den heutigen Bedingungen mehr denn je. **„Nicht ein ökonomisches Risiko, sondern die Streiks, Betriebsbesetzungen, Massendemonstrationen u.a. zum Ausdruck kommende Kraft der Arbeiterklasse, also das *politische* Risiko für die Herrschenden kann die Kapitalisten zum Rückzug zwingen."**

Verstaatlichung — eine Perspektive?

Aus dem bisher Gesagten erhellt sich, daß die Verstaatlichungsforderung dazu beitragen kann, **„die verengte Sichtweise des Konflikts als Auseinandersetzung zwischen Hoesch-Belegschaft und Estel-Konzern zu überwinden und der fatalen Logik, derzufolge Estel das neue Stahlwerk ohnehin nicht bauen werde, weil es nicht rentabel sei, zu entgehen"**.

Allerdings kann diese Forderung unter Umständen durchaus eine negative Rolle spielen. Es kommt darauf an, wie und mit welcher Zielsetzung sie eingesetzt wird: **„Es gehört zum Arsenal gerade der abgekochtesten reformistischen Gewerkschaftsführer, in bestimmten zugespitzten Situationen mit viel radikalem Getue zu erklären, jetzt müsse eine ‚politische Lösung' her"**. So gesehen kann die Verstaatlichungsforderung auch als Trick benutzt werden, um die Arbeiter darauf zu vertrösten, daß die Politiker ihnen schon helfen werden und damit den Kampf abzuwiegeln.

Beispiele wie das der Ruhrkohle AG mit staatlicher Mehrheitsbeteiligung zeigen im übrigen, daß Verstaatlichung als solche keineswegs eine Sicherung der Arbeitsplätze beinhalten muß. Es kommt vielmehr darauf an, ob im konkreten Fall der Kampf für Verstaatlichung mit einem Bruch mit dem Sozialpartnerschaftskurs verbunden ist oder ob das Gegenteil der Fall ist. **„Bei Hoesch heißt das heute konkret: Die Frage, ob man dafür eintritt, daß zur Durchsetzung der Forderung ‚Stahlwerk jetzt!' gestreikt wird oder ob man einen Streik für unsinnig hält, ist grundsätzlicher als die Frage, ob man die Forderung nach Verstaatlichung von Hoesch für sinnvoll hält oder nicht."**

Hoesch verstaatlichen — eine nützliche Forderung

Um eine in den Augen der Kollegen realistische Kampfperspektive zu entwickeln, genügt es nicht, den frommen Wunsch zu äußern, es mögen keine Arbeitsplätze mehr vernichtet, sondern ein neues Stahlwerk gebaut werden. Es muß also klar sein, an welche Adresse diese Forderung zu richten ist, wer durch einen Streik in die Knie gezwungen werden soll.

Hier liegt aber bei Hoesch offenkundig das Problem. Unter den oben genannten Umständen kann die Forderung nach Verstaatlichung von Hoesch **„also insofern hilfreich sein, den Kollegen die Erfolgschance eines Streiks für die Durchsetzung der Forderung ‚Stahlwerk jetzt!' zu verdeutlichen. Hier liegt ihre hauptsächliche Bedeutung und Funktion. Die Möglichkeit, den Staat politisch zu zwingen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Forderung der Stahlarbeiter zu erfüllen, ist nicht nur dem ziemlich kleinen Kreis von Kollegen relativ plausibel, die den Staat ohnehin als Sachwalter der Monopolinteressen sehen, sondern durchaus auch jener Mehrheit von Kollegen, die mehr oder minder stark davon ausgehen, daß der Staat bzw. die ‚verantwortlichen Politiker' auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene zumindest der Möglichkeit nach unabhängig sind, auch wenn die Erfahrung zeigt, daß sie sich immer wieder auf Seiten der wirtschaftlich Mächtigen stellen."**

Der an dieser Stelle unvermeidliche ultralinke Einwand, daß damit Illusionen über den bürgerlichen Staat in der Arbeiterklasse gezüchtet oder gestärkt werden (mit dem Argument ist auch unsere Partei lange Zeit gegen jede Verstaatlichungsforderung aufgetreten) sticht nicht. Die Tatsache, daß solche Illusionen in der Arbeiterschaft noch sehr stark sind, anzuerkennen und taktisch in Rechnung zu stellen, bedeutet nicht, sie zu unterstützen.

„Die Verstaatlichungsforderung schürt im Zusammenhang mit dem Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze nicht hauptsächlich Illusionen über den bürgerlichen Staat, sondern bringt, wenn sie zur Aktionslosung der Arbeiter wird, die Arbeiter und die Gewerkschaft in eine Kampfstellung gegen die Regierung. Das aber ist von Bedeutung für den Kampferfolg. (...)

Entscheidend ist eben, daß die Verstaatlichungsforderung als Kampflosung der Arbeiter und der Gewerkschaft gestellt wird und nicht als Einstieg in eine ‚politische Lösung' durch die bürgerlichen Politiker, bei der die Arbeiter tatenlos Zaungäste sind."

In diesem Sinne treten also wir Kommunisten in konkreten Fällen wie dem hier behandelten für die Forderung nach Verstaatlichung ein. Dies hat allerdings mit der völlig unmarxistischen Auffassung, daß Verstaatlichung an sich bereits ein Schritt zum Sozialismus sei, nichts gemein. Wir sind zwar nicht grundsätzlich gegen Verstaatlichungen, wir sind **„allerdings grundsätzlich dagegen, daß Verstaatlichungen im Kapitalismus als Weg zum Sozialismus propagiert werden"**.

Sozialisierung?

Im letzten Abschnitt seines Beitrages befaßt Genosse Koch sich mit der Forderung nach Sozialisierung der Stahlindustrie, wie sie gegenwärtig vor allem von den Genossen der in Duisburg erscheinenden Zeitschrift „Revier" vertreten wird. Dabei zeigt er auf, daß diese Losung unter ganz bestimmten Bedingungen eine positive, revolutionäre Funktion haben kann. So in der Situation von 1918/19 und mit Einschränkungen auch nach dem 2. Weltkrieg. In der gegenwärtigen Situation aber ist dies nicht der Fall, sondern birgt die Losung der Sozialisierung vielmehr die große Gefahr, daß man damit **„unverhofft wieder im sozialpartnerschaftlichen Fahrwasser"** landet.

Abschließend formuliert H.-D. Koch zusammenfassend, vor welcher Aufgabe die klassenbewußte Linke in den Gewerkschaften heute steht:

„... in den Kämpfen, die die Arbeiterklasse jetzt zu führen in der Lage ist, die Voraussetzungen zu schaffen, die die Arbeiterklasse befähigen, morgen erfolgreich für weitergehende Forderungen zu kämpfen, um schließlich den entscheidenden Kampf gegen die Kapitalisten für die politische Macht der Arbeiterklasse, für die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, für die Sozialisierung der Betriebe, für den Sozialismus durchfechten zu können."

Theoretisches Organ der KPD

Soeben ist die Ausgabe 4/5'80 des theoretischen Organs der KPD „Der Weg der Partei" erschienen. Es lohnt sich, diese Zweimonatszeitschrift zu abonnieren. In grundsätzlichen wie auch in wichtigen aktuellen Fragen entwickeln die Beiträge in dieser theoretischen Zeitschrift die marxistisch-leninistische Auffassung der KPD und geben gleichzeitig Orientierungen für die Kämpfe der Arbeiterklasse. Die neue Ausgabe enthält folgende Beiträge:

● Verstaatlichung, Sozialisierung?
Bemerkungen zu einer wichtigen Diskussion unter linken Gewerkschaftern.

● Für das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern
Wie sieht die Lage der Bauern heute in der Bundesrepublik konkret aus? Welche Arbeit müssen die Kommunisten heute unter den werktätigen Bauern entfalten?

● Die letzten sechs Monate bis zur Machtergreifung der Nazis
Aus einem Buch von Paul Merker. Dieser Text gibt ein gutes Bild von der Entwicklung im bürgerlichen Lager im letzten halben Jahr vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.

● Thesen über Charakter, Rolle und Aufgaben der bolschewistischen Partei
Hier werden die Voraussetzungen und Anforderungen zusammengefaßt, die unsere Partei aufgrund ihrer Erfahrungen als grundlegend und unabdingbar für den Aufbau und den Kampf der Kommunistischen Partei betrachtet.

● Das Parlament, eine Arena des Klassenkampfes
Warum muß die kommunistische Partei sich an den Wahlen zum bürgerlichen Parlament beteiligen? Wie muß diese Beteiligung aussehen? Welche Grundsätze müssen dabei eingehalten werden?

● Beschluß über Aktionseinheiten mit der DKP/SEW
Dieser Beschluß des Mai-Plenums 1980 des Zentralkomitees der KPD hob einen zuvor geltenden Beschluß des Zentralkomitees auf, nach dem unsere Partei zwar im Rahmen der Einheitsfront von unten gemeinsame Aktionen mit Mitgliedern der DKP/SEW anstrebte, Aktionseinheiten mit der DKP/SEW jedoch ablehnte.

1H7407F
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
Der Weg der Partei
Theoretisches Organ der KPD/Marxisten-Leninisten
- Verstaatlichung, Sozialisierung? Zu einer Diskussion unter linken Gewerkschaftern
- Kommunistische Partei und Bauernbewegung
- Paul Merker: Die letzten 6 Monate bis zur Machtergreifung der Nazis
- Thesen über Charakter, Rolle und Aufgaben der bolschewistischen Partei
- Das Parlament: Eine Arena des Klassenkampfes
- Beschluß über Aktionseinheiten mit der DKP/SEW

Zweimonatszeitschrift / Preis 4/5'80

Preis 6,50 DM

Bestellungen an:
Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103

Großer Erfolg für die RGO-Liste bei Hoesch-Union

31,7 Prozent für die RGO-Liste!

DORTMUND. — Die Betriebsratswahl bei Hoesch-Union, einem der drei Standorte der Dortmunder Hoesch-Hüttenwerke, brachte der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition erneut einen großen Erfolg. Obwohl auf der Liste mit den beiden RGO-Betriebsräten Hartmut Siemon und Norbert Bömer nur zwei Kandidaten standen, errang sie mit 31,7 Prozent der Stimmen ein hervorragendes Ergebnis.

Von den 2981 abgegebenen Stimmen entfielen 926 bzw. ein knappes Drittel auf die RGO-Liste. Damit hätte die RGO sieben Sitze im Betriebsrat belegen können! Die fünf übrigen Sitze fallen jetzt der IG-Metall-Liste zu. Auf der IGM-Liste konnten diesmal wegen des demokratischen Vorwahl-Verfahrens allerdings auch einige fortschrittliche Kollegen kandidieren.

Die Liste der IG Metall erhielt 1898 Stimmen. Wahlberechtigt waren im Arbeiterbereich 3610 Belegschaftsmitglieder. 94 Kollegen stimmten ungültig. Die Wahlbeteiligung lag, wie auch bei den anderen beiden Hoesch-Hüttenwerken bei ungefähr 80 Prozent. Für eine Betriebsratswahl eine sehr gute Wahlbeteiligung. Bei den anderen beiden Hoesch-Hüttenwerken hat es keine klassenkämpferischen Listen gegeben.

Zum Vergleich seien noch einmal die Ergebnisse der letzten Betriebsratswahl bei Union im Jahr 1978 angeführt. Damals war die RGO zum erstenmal zur Betriebsratswahl angetreten. Es gab damals eine Wiederholung der Wahl bei Hoesch-Union, weil nach dem sensationell hohen Ergebnis für die RGO der Betriebsrat nach der ersten Wahl sofort zurückgetreten war und eine zweite Wahl durchgeführt werden mußte. Die RGO-Liste hatte im ersten Wahlgang 34 Prozent der Stimmen bekommen bei ebenfalls nur zwei Kandidaten.

Auch damals wären der RGO-Liste sieben Betriebsratssitze zugefallen. Die Wiederholung der Wahl nach dem Rücktritt des neugewählten Betriebsrats war mit einer massiven Hetze der IGM-Ortsverwaltung gegen die RGO verbunden und drückte den Stimmenanteil der RGO auf 15,4 Prozent herunter.

Jedoch konnte die RGO vor dem zweiten Wahlgang ihre Liste auf fünf Kandidaten aufstocken. Davon konten dann drei Kollegen in den Betriebsrat einziehen (einer dieser Kollegen trat nach etwa eineinhalb Jahren Amtszeit aus persönlichen Gründen zurück).

Das jetzige Ergebnis der RGO muß qualitativ erheblich höher bewertet werden, als die 34 Prozent vom ersten Wahlgang 1978. Damals spielte natürlich der reine Protestfaktor eine weit größere Rolle als jetzt, zumal die IGM-Ortsverwaltung nun in diesem Jahr die IGM-Liste erstmalig in einer demokratischen Vorwahl im Betrieb von der Belegschaft aufstellen ließ. Man hoffte dabei, der RGO auf diese Weise den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Wichtiger aber ist: Die RGO war vor drei Jahren im Zusammenhang mit der Betriebsratswahl zum erstenmal in Erscheinung getreten. Der Aufbau der RGO-Betriebsgruppe Hoesch erhielt damals durch die Betriebsratswahl einen entscheidenden Anstoß. Inzwischen aber konnten die Arbeiter im Werk Union drei Jahre lang ihre Erfahrungen mit der RGO machen. Mit einem Wort: Das Votum für die RGO in der Betriebsratswahl 1981 ist eine Entscheidung, bei der man ganz genau wußte, wen und warum man gewählt hat. Die Politik der RGO hat inzwischen auf dem unbestechlichen Prüfstand der Praxis gestanden.

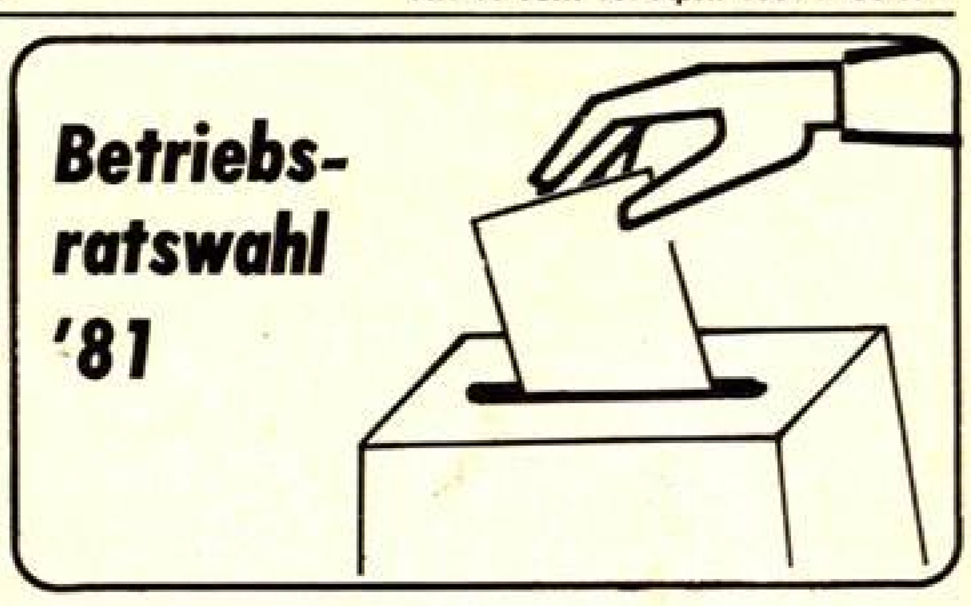
Den letztgenannten Umstand müssen auch jene Kräfte konstatieren, die der RGO nicht gerade wohl gesonnen sind. So heißt es in einem Kommentar in der Dortmunder Lokalausgabe der SPDnahen „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (WAZ) zu dem Wahlergebnis unter anderem:

„Da beißt keine Maus einen Faden ab: Die Belegschaft hat die Arbeit der RGO-Betriebsräte in den zurückliegenden zwei Jahren honoriert." Und weiter: *„Das Ergebnis der Wahl vor zwei Jahren, als die RGO erstmals zum Zuge kam, ist damals von vielen nur als Denkzettel gewertet worden. Es muß doch mehr sein."* (Der WAZ-Kommentar irrt hier nur in Bezug auf den Zeitabstand: Betriebsratswahlen finden alle drei Jahre statt.)

Man kann natürlich auch die Frage aufwerfen: was wäre gewesen, wenn die RGO-Liste nicht nur zwei sondern mehr Kandidaten gehabt hätte? Die Wahrscheinlichkeit eines noch höheren Stimmenanteils für die RGO in diesem Falle ist wohl nicht ganz von der Hand zu weisen.

Daß Hartmut Siemon und Norbert Bömer alleine auf der Liste kandidierten, hat wohl mehrere Gründe. Sicherlich spielt in diesem Zusammenhang nicht zuletzt die Tatsache eine Rolle, daß die IGM-Bonzen jeden Kollegen aus der Gewerkschaft werfen, der sich als RGO-Mitglied zu erkennen gibt bzw. auf RGO- oder auch nur RGO-nahen Listen kandidiert.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß der RGO-Erfolg bei Union zugleich ein Erfolg für die Hoesch-Belegschaften aller drei Hüttenwerke ist. Er ist ein Alarmsignal an die Adresse der Bosse und Bonzen, das im Hinblick auf den Kampf für das „Stahlwerk jetzt" und gegen die Arbeitsplatzvernichtung bei Hoesch die Stellung der Stahlarbeiter stärkt.



Betriebsratswahl bei KWU in Westberlin

Klassenkämpferische Liste erhielt 20,3 Prozent

WESTBERLIN. — Die vom RGO-Betriebsrat Uwe Jessen angeführte klassenkämpferische „Liste linker Gewerkschafter" im Westberliner Werk der Kraftwerk Union AG erhielt bei der Betriebsratswahl in der vergangenen Woche mehr als 20 Prozent der gültigen Stimmen im Arbeiterbereich. Insgesamt hatten sich im Arbeiterbereich vier verschiedene Listen an der Wahl beteiligt.

Die **„Liste linker Gewerkschafter"** war mit drei Kandidaten zur Wahl angetreten. Zwei von ihnen können jetzt in den neuen Betriebsrat einziehen, der sich aus elf Vertretern des Arbeiterbereichs und vier Vertretern der Angestellten zusammensetzt. Es fand getrennte Wahl statt. Im Angestelltenbereich hat es Personenwahl gegeben. Im Arbeiterbereich sollte auf Beschluß des Vertrauensleutekörpers ebenfalls Personenwahl stattfinden. Dies war jedoch durch üble Intrigen verhindert worden, wobei rechte IGM-Betriebsräte und die ultrarechte Spaltergewerkschaft CMV hinter den Kulissen zusammenarbeiteten (siehe untenstehenden Artikel).

Die Liste der IG Metall, bei der infolge des Intrigenspiels der eingesessenen rechten Betriebsratsclique und infolge der undemokratischen Listenaufstellung größtenteils Lakaien der KWU-Bosse die vorderen Plätze einnahmen, erhielt 67,8 Prozent der Stimmen. Sie kann damit neun der elf Betriebsratssitze im Arbeiterbereich besetzen.

Die Liste des CMV sowie die „Liste der Vernunft" (die in Wirklichkeit nur eine von den rechten IGM-Betriebsräten zum Zweck der Sprengung der Personenwahl inszenierte Strohmann-Liste mit rechten IGM-Mitgliedern war) erhielten jeweils weniger Stimmen als Stützunterschriften. Sie sind somit bei der Wahl durchgefallen.

Im Angestelltenbereich wurden in Personenwahl je zwei Vertreter der IG Metall und der DAG gewählt.

Diese Betriebsratswahl bei KWU war von einem derart schmutzigen Intrigenspiel geprägt, daß viele Arbeiter für eine Anfechtung der Wahl eintreten. Die juristische Möglichkeit dazu ist gegeben, weil sich der Wahlvorstand zweier Verstöße gegen die Wahlvorschriften schuldig gemacht hat. Die **„Liste linker Gewerkschafter"** kündigte bereits vor der Wahl an, daß sie unabhängig vom Wahlergebnis die Wahl anfechten will.

Das Wahlergebnis ist in bezug auf die Stimmenzahl der **„Liste linker Gewerkschafter"** ein guter Erfolg. Schlecht ist jedoch, daß es den rechten IGM-Betriebsräten gelungen ist, mit ihrer Clique einen Großteil der Betriebsratsspitze zu okkupieren und ehrliche IGM-Kollegen weitgehend auszubooten.

Das Programm der **„Liste linker Gewerkschafter"** war durch eine klare klassenkämpferische Stoßrichtung geprägt. Die wichtigsten Forderungen in dem Programm lauten:

- **Für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze.**
- **Keine Zustimmung zu Arbeitsplatzvernichtung und Entlassungen. Die Fabrik Berlin muß als Turbinenfabrik erhalten bleiben.**
- **Für gleiche Arbeit gleicher Lohn. Schluß mit der Willkür bei Eingruppierung und Bepunktung.**
- **Gegen die zunehmende Kontrolle durch Maschinenschreiber, Bildschirmgeräte, computerunterstützte Personalverwaltung (CuP), Fernsehkameras, Torkontrollen, Werkschutz und Gesinnungsschnüffelei.**

Skandalöse Absprachen verhindern demokratische Personenwahl

Skandalöses Intrigenspiel verhinderte Personenwahl

Im folgenden dokumentiert der „Rote Morgen" auszugsweise ein Informationsflugblatt der „Liste linker Gewerkschafter" für die KWU-Belegschaft. Durch dieses Flugblatt wurden die schmutzigen Machenschaften reaktionärer IGM-Betriebsräte und der Spaltergewerkschaft CMV (Christlicher Metallarbeiterverband) zur Sprengung der Personenwahl und zur Ausbootung ehrlicher IGM-Kollegen aus dem Betriebsrat aufgedeckt. Gleichzeitig erläuterten die Kollegen darin, warum sie beim Arbeitsgericht beantragt hatten, noch vor der Wahl eine Neueinleitung der Wahl zu erwirken. Dieser Antrag war am 12. März vom Arbeitsgericht behandelt und mit der Begründung abgelehnt worden, daß die Neueinleitung dazu führen würde, daß die KWU-Belegschaft wegen der Wahlverzögerung 14 Tage ohne Betriebsrat darstehen würde. Gleichzeitig erklärte das Arbeitsgericht jedoch, daß es eine Wahlanfechtung nach der Wahl als erfolgversprechend ansieht.

Am Montag, den 2.3. um 16.10 Uhr war Abgabeschluß für Wahlvorschläge zur Betriebsratswahl.

Um 16.08 Uhr erhob sich der Listenführer des CMV (Christlicher Metallarbeiterverband) Horst Müller und reichte seine Judasliste ein.

Das war Sabotage an der Personenwahl!

Nach ihm gaben Kollege Fernow die Liste der IG Metall und Günter Salchow seine „Liste der Vernunft" hab. Kollege Jessen reichte die „Liste Linker Gewerkschafter" ein.

Zurecht ist die Belegschaft empört über das skandalöse und hinterhältige Vorgehen des CMV. Noch am Montag vormittag hatten sie Unterschriften gesammelt mit dem Versprechen, daß ihre Liste nicht eingereicht wird, wenn nicht jemand anderes Listenwahl erzwingt.

Das war mit rechten IG-Metall-Betriebsräten abgesprochen

Aus der folgenden Erklärung des Kollegen K.E. Zunckel könnt Ihr ersehen, daß alles darauf hindeutet, daßHorst Müller diese Schweinerei in Absprache mit einigen Betriebsräten gemacht hat.

„Ich bezeuge, daß am 4.3.81 der Kandidat der CMV-Liste Scheinert mir gegenüber erklärt hat, daß auf einer Besprechung des Listenführers Müller, mit Mitgliedern des Betriebsrates am 2.3.81 die Erzwingung der Listenwahl in letzter Minute verabredet wurde, damit nicht doch noch die Linken in den Betriebsrat kommen."

Erklärung Berlin, den 4.3.81

Im folgenden wollen wir die Tatsachen aufzeigen, die darauf hindeuten, daß dieser Schlag von langer Hand vorbereitet wurde.

Ein hoffnungsvoller Anfang

Mit 43 gegen 15 Stimmen entschieden sich die betrieblichen Vertrauensleute am 17.2.81 für eine alphabetische Liste, obwohl Kollege Teske die Rangierung der ersten 15 Plätze vorschlug. Der entsprechende Antrag kam von Günter Ohl. (...)

Somit schien zunächst eine saubere demokratische Personenwahl gesichert.

Trotz der Erklärungen aller in Frage kommender Listenorganisationen, fürchteten wir, daß es nicht allen ehrlich um Personenwahl ging.

Warum?

Einige rechte Betriebsräte befürchteten, daß sie bei Personenwahl nicht wieder gewählt werden. (...)

Deshalb organisierte der Kollege Jessen zur Absicherung die „Liste Linker Gewerkschafter".

Diese Liste enthält folgende Erklärung in deutscher und türkischer Sprache.

„Die Kandidaten der ‚Liste Linker Gewerkschafter' sind bei den Betriebsratswahlen 81 für Personenwahl. Unsere Liste ist ein Absicherungsliste. Sie ist nicht gegen die Gewerkschaft IG Metall gerichtet. Unsere Liste wird nur eingereicht, wenn irgendeine Gruppe Listenwahl erzwingen sollte."

Kollege Jessen sammelte alleine die notwendige Anzahl von Unterschriften für diese Liste.

Zunächst beschränkten sich unsere Befürchtungen nur darauf, daß der CMV eine Liste einreichen könnte.

Doch dann kam der

Putsch auf der IG-Metall-Liste

Zur Vorbereitung der „Absicherungsliste" der IG Metall lud Kollege Teske am Mittwoch den 25.2.81 seine Gefolgsleute zu eine Treffen in der Beusselstraße ein.

Die Einzelheiten dieses Treffens sind noch nicht genügend bekannt. Auch ist unklar, ob sich alle Teilnehmer dieses Treffens klar darüber waren, daß hier die Erzwingung der Listenwahl angesteuert wurde. Möglicherweise wurde dort schon im kleinen Kreis über Salchows „Liste der Vernunft" gesprochen.

Jedenfalls wurde dort eine Liste mit elf Kandidaten beschlossen, die die IG-Metall-Liste anführen sollten. Dieser Vorschlag sollte auf der IG-Metall-Vertrauensleuteversammlung ohne Personaldiskussion durchgeboxt werden. Was dann auch geschah.

Mit Genehmigung von Dr. Grüning wurde am Freitag den 27.2. während der Arbeitszeit die Liste der IG Metall aufgestellt.

Vorher verteilten die Rechten, insbesondere Horst Heinrich und Günter Ohl, Zettel an ihre Vertrauten, wen sie zu wählen haben.

Da bei Listenwahl nur die ersten elf überhaupt in den Betriebsrat gewählt werden können, kam es ihnen darauf an, diese Pläne überwiegend mit rechten Leuten zu besetzen, die mehr oder weniger zu jeder Intrige bereit sind. (...)

Wie wichtig ihnen die Sache war und wie sehr sie mit Listenwahl rechneten, beweist die Tatsache, daß sie sogar rechte Vertrauensleute aus dem Urlaub herbeiholten, um die nötige Mehrheit zu bekommen.

Es gab eine klar Blockabstimmung. Unter den ersten elf sind neun Kollegen des rechten Blocks. (...)

Noch ein Trick!

Zu unserer Überraschung wurden wir am letzten Tag von Kollegen informiert, daß Betriebsrat und IG Metall Mitglied Günter Salchow ebenfalls eine Liste organisiert.

Was es mit dieser Liste auf sich hatte, wurde uns erst klar, nachdem bekannt wurde, daß die CMV-Liste mit rechten IG-Metall-Betriebsräten abgesprochen war.

Die Rechten hatten wohl Zweifel, ob die ultrarechte Spalterorganisation CMV überhaupt die notwendigen 100 Unterschriften zusammen bekommt.

Für diesen Fall mußte also vorgesorgt werden. Nach dem, was bis heute bekannt geworden ist, daß es die Aufgabe von Günter Salchow war, seine Liste einzureichen, falls die Christen dazu nicht in der Lage sind. (...)

Mit allen Mitteln

Was hier geschehen ist, läßt sich grob wie folgt zusammenfassen.

Es gibt Betriebsräte und andere Kräfte im Betrieb, die eine freie und demokratische Wahl fürchten.

Ihr alleiniges Ziel ist es mit allen Mitteln für die Unternehmer unbequeme Kollegen aus dem Betriebsrat hinauszusäubern.

Unter der Losung „Linke raus aus dem Betriebsrat!" ziehen Geschäftsleitung, „Unabhängige", die reaktionären „Christen", die DAG und die rechtsorientierten Gewerkschafter in der IG Metall an einem Strang, zum Nachteil der Belegschaft. (...)

Wahlvorbereitung angefochten

Jetzt steht die Belegschaft vor einem Chaos.

Die Personenwahl ist futsch. Stattdessen gibt es vier Listen.

Statt gewerkschaftlicher Einheit gegen die Unternehmer — Spaltung von rechts. (...)

Aus diesem Grunde hat Kollege Jessen, wie schon erwähnt, in Absprache mit Kollegen aus der Belegschaft und dem Betriebsrat beim Arbeitsgericht den Antrag gestellt, die Wahl neu einzuleiten. Dies ist durch einen versehentlichen Verstoß des Wahlvorstandes gegen gesetzliche Wahlbestimmungen möglich.

Wenn das Arbeitsgericht am Donnerstag den 12.3. diesem Antrag folgt, beginnt zumindest im Arbeiterbereich der Wahlgang von vorne. (...)

Es ist nicht zu leugnen, daß es natürlich schwerfällt, mit Leuten ein zweites Mal auf eine Personenwahlliste zu gehen, die mit dem Dolch im Gewande herumlaufen.

Wir versprechen jedoch, uns mit aller Kraft erneut für die Personenwahl mit alphabetischer Liste einzusetzen, wie sie bereits beschlossen war, wenn für uns eindeutig erkennbar wird, daß Ihr als Wähler es wollt. (...)

Sollte das Arbeitsgericht am Donnerstag keine positive Entscheidung fällen, dann wird vermutlich die Wahl mit den vier eingereichten Listen durchgezogen...

Dies würde bedeuten, daß eine ganze Reihe ehrlicher, aufrichtiger Kollegen, die teilweise auch schon im Betriebsrat sind, nicht mehr gewählt werden können.

Dies können wir auf keinen Fall billigen.

Jedermann soll wissen, daß wir aus diesem Grunde eine solche Wahl in jedem Falle anfechten werden. Wir würden dies auch dann tun, wenn alle drei Kandidaten unserer Liste gewählt werden sollten. (...)

Wir haben schon 1978 gesehen, daß gegen den rechten Filz eine Opposition aufgebaut werden muß und haben zu dem damals einzig möglichen Mittel der Listenwahl gegriffen.

Das heutige Verhalten der Rechten bei den Betriebsratswahlen sollte auch dem Letzten die Augen darüber öffnen, wie notwendig diese Opposition im Betriebsrat ist.

Unsere Liste kam damals nicht heimlich und von hinten herum, sondern von Anfang an offen und für jeden erkennbar. (...)

Jeder Kollege sollte wissen, daß es für linke Gewerkschafter Ehrensache ist, zu ihrem Wort zu stehen und grundsätzlich Erklärungen und Versprechen einzuhalten. (...)

Uwe Jessen
Michael Senger
Hans-Dieter Schaake

Gegen die Bonner Gesundheitspolitik

„Gemeinsamer und solidarischer Widerstand ist notwendig“

Bericht über das Ärztetreffen vom 14.3.81

KORRESPONDENZ. — Am 14.3. trafen sich in Bremen etwa 20 kommunistische und andere fortschrittliche Ärzte und einige Arzthelferinnen zu einem Gespräch. Die Initiative war ausgegangen von einigen praktischen Ärzten aus Bremen und Kiel. Thema unseres Treffens war der desolate Zustand des Gesundheitswesens, der geplante weitere Abbau in der Krise der nächsten Jahre und die Politik der Ärzteverbände in dieser Situation. Wir wollten uns Klarheit darüber verschaffen, wie fortschrittliche Ärzte dieser Entwicklung entgegentreten können.

Zunächst analysierte der Kollege S. Lauinger, praktischer Arzt in Kiel, die Entwicklung des Gesundheitswesens. Er wies anhand von statistischem Material, das die Regierung veröffentlicht hat, nach, daß die SPD/FDP-Koalition in den 70er Jahren planmäßig die staatlichen Zuschüsse zum Gesundheitswesen gestrichen hat. Diese großen Geldmittel, mit denen der Staat vorher hauptsächlich die Krankenhäuser unterstützt hatte, mußten nun von den Krankenkassen aufgebracht werden. Dies war nur möglich durch eine deutliche Erhöhung der Krankenkassenbeiträge um bisher 2 bis 3 Prozent. Die Politik der Sozialdemokratie unter Walter Ahrendt (vorher Gewerkschaftsführer!) und dem berüchtigten Ehrenberg war also: Streichung der staatlichen Zuschüsse, Abwälzung dieser Milliardenbeträge auf die Krankenkassen und damit die Arbeitnehmer.

In den gleichen Jahren wurde die Versorgung in den Krankenhäusern schlechter. Besonders seit 1975, als das Krankenhausfinanzierungsgesetz von 1972 anfing, voll zu wirken, gab es weniger Krankenhausbetten bei steigendem Bedarf; die Liegezeiten pro Patient im Krankenhaus wurden kürzer, die fließbandähnliche Arbeit, zu der Schwestern und Ärzte gezwungen wurden, macht heute eine menschenwürdige und gründliche Versorgung der Kranken fast unmöglich. Aber auch im Bereich der ambulanten Versorgung, also bei den Kassenärzten, macht sie die Sparpolitik der Bonner Regierung deutlich bemerkbar. Auf der einen Seite wurden die Rezeptgebühren und die Beteiligung am Zahnersatz eingeführt. Auf der anderen Seite wuchs der wirtschaftliche Druck auf die niedergelassenen Ärzte. Sie werden **letzthin zunehmend bombadiert** mit Drohungen, Kosten zu sparen, wirtschaftlicher zu arbeiten. Das heißt, die Ärzte sollen weniger gründlich untersuchen, weniger Medikamente aufschreiben, weniger krankschreiben, weniger ins Krankenhaus schicken.



Wer seine Patienten gründlich untersucht und behandelt, der bekommt bei den kassenärztlichen Vereinigungen einen schlechten Ruf, ein Teil seines Honorars wird nicht ausbezahlt, er wird bestraft. In Bayern ist man sogar so weit gegangen, daß man die Ärzte, die weniger ins Krankenhaus schicken und weniger krankschreiben durch mehr Geld belohnt. Diese **Sparmethode des Staates** ist deshalb so hinterlistig, weil der Staat den Versicherten nicht offen sagt: wir brauchen mehr Geld für die Subventionierung der Konzerne, für die Rüstung etc., deshalb dürfen die Ärzte nicht mehr so gründlich arbeiten. **Nein, sie wälzen das Sparen** auf die Ärzte ab und benutzen dazu deren im ganzen Land bekannten schwachen Punkt: das Einkommen der Ärzte.

Das sieht dann so aus: wenn der Arzt sich nicht bereit erklärt, oberflächlicher, „wirtschaftlicher“ zu arbeiten und dieses am besten auch noch dem Patienten als günstig für seine Gesundheit verkauft, dann wird ihm Geld abgezogen.

In der anschließenden Diskussion wurde ausführlicher auf die Position der Ärzteverbände in diesen Fragen eingegangen. Einhellig waren wir der Meinung, daß die ärztlichen Standesorganisationen ohne Einschränkung — genau wie vor 1933 — das fürchterliche Spiel des Staates mit der Gesundheit der Menschen mitmachen. Sie sind bewußte Handlanger der staatlichen Sparpolitik und geraten nur ab und zu mit der SPD/FDP-Koalition aneinander, weil diese zuwenig Geld für die Ärzte rüberrückt, oder weil viele Ärztefunktionäre die SPD/FDP-Regierung von äußerst reaktionären Standpunkten her angreifen. Diese Standpunkte sind aus der Nazizeit bekannt und werden heute in Kreisen der CSU offen diskutiert.

Diese Leute sagen, der Sozialstaat mit unserem heutigen Gesundheitswesen würde die Werktätigen „verweichlichen“, er führe zu einer „krankhaften Anspruchsmentalität“ usw. Ganz erschreckend zeigt sich das Verhalten der Ärzteverbände auch in einem anderen Punkt. In der ganzen Diskussion der letzten Jahre zeigen gerade die Ärzteverbände überhaupt kein Mitgefühl für ihre Patienten. Sie bedauern nicht einmal, daß die ärztliche Versorgung schlechter wird, sondern wollen uns weismachen, daß alles besser wird. Das Referat des Kollegen Lauinger zusammen mit einem Bericht über unser Treffen erscheint voraussichtlich demnächst in der Zeitschrift „Demokratisches Gesundheitswesen“.

Im zweiten Teil unseres Treffens berichtete der Kollege Girth, Arzt für Innere Medizin in Offenbach, über die Erfahrungen der „Liste demokratischer Ärzte“. In Hessen versteht es eine Gruppe fortschrittlicher Ärzte in den letzten 5 bis 6 Jahren in der Ärztekammer, der Zwangsvereinigung aller Ärzte, oppositionelle Politik zu machen. Bei den Wahlen errangen sie zuletzt 12 Prozent der Ärztestimmen. Das Programm der „Liste demokratischer Ärzte“ **enthält** viele vernünftige Forderungen, deren Durchsetzung eine sozialere Medizin bedeuten würde. Der Kollege Girth berichtete **über die vielfältigen** Unterdrückungsmaßnahmen, denen die oppositionelle Liste bei jedem Schritt ihrer Tätigkeit ausgesetzt ist. (Kontaktadresse: Dr. med. Ernst Girth, Liliencronstr. 10, 6000 Frankfurt) In der Diskussion waren sich alle Teilnehmer darüber einig, daß der Weg, den die oppositionellen Kollegen in Hessen gehen, richtig ist als ein Beitrag von fortschrittlichen Ärzten, der reaktionären und menschenfeindlichen Politik des Staates und der Ärzteverbände entgegenzutreten. Die Erfahrungen der hessischen Kollegen sollten Ansporn sein für Kollegen in anderen Bundesländern.

Einigkeit bestand auch in anderen wichtigen Punkten. Wir waren alle der Meinung, daß der gemeinsame und solidarische Widerstand aller fortschrittlichen Kollegen — ohne Aufgabe ihrer sonstigen politischen Ansichten — unbedingt notwendig ist. Dieser gemeinsame Widerstand sollte nicht nur den rein medizinischen Bereich umfassen, sondern darüber hinaus sich auch im Friedenskampf und im antifaschistischen Kampf bewähren. So beschlossen alle Anwesenden, die Unterschriftensammlung für den „Krefelder Appell“ zu unterstützen.

Ein nächstes Treffen soll in etwa einem halben Jahr stattfinden. Als Thema wurde vorgeschlagen, zu untersuchen, wie sich der wirtschaftliche Druck des Staates mit Hilfe der Ärzteverbände negativ auf die Versorgung der Patienten in den Kassenpraxen auswirkt.



Die bisher wohl größte Demonstration erlebte Bielefeld am 28. März. Rund 5000 Menschen zogen in einem machtvollen Demonstrationszug durch die Stadt und protestierten gegen Wohnraumnot, Kaputtsanierung und den Terror der Bielefelder Polizei. Bereits am 13. März war in der „freundlichen Stadt am Teutoburger Wald“ eine spontane Demonstration trotz friedlichen Verlaufs gewaltsam von der Polizei aufgelöst worden, es gab zahlreiche Verletzte unter den Demonstranten. Als am 25. März überraschend ein jahrelang leerstehendes Wohnhaus abgerissen wurde, griff ein Spezialeinsatzkommando der Polizei Jugendliche und Passanten mit der chemischen Keule an, weil sie sich teils aus Protest, teils aus Neugier vor dem Haus versammelt hatten. Ein elfjähriger Schüler wurde von einem SEK-Beamten aus nächster Nähe angesprüht und erlitt starke Verletzungen. Das Echo war eine breite Solidarität unter der Bielefelder Bevölkerung. „Jetzt erst recht“ war bei vielen der Kommentar, als ein breites Bündnis von Organisationen dann zu der Demonstration am vergangenen Samstag aufriefen.

Den folgenden Aufruf verbreitete der Arbeitskreis Jugendzentrum aus Moers — eine gute und notwendige Initiative, um den Zusammenschluß der Jugend zu verstärken.

Aufruf

an alle Jugendzentren, Jugendzentrumsinitiativen, Jugendorganisationen, Gewerkschaftsjugendgruppen, Schülervertreter, Jugendvertreter, Jugendgruppen, Jugendtheatergruppen, die Jugendmusikszene; kurz alle, die sich mit der Jugend und ihren Interessen verbunden fühlen.

In den letzten Wochen und Monaten sind zahlreiche Einrichtungen für die Jugend, Beratungsstellen, Jugendzentren usw. von den zuständigen Politikern oder Stadtverwaltungen geschlossen worden. Die Gelder für die Jugendarbeit, für Ferienfahrten, für die Ausbildung wurden zum Teil radikal gekürzt. Sozialarbeiter, die sich aktiv für die Rechte und Interessen der Jugendlichen einsetzen, werden entlassen und erhalten Berufsverbot.

Aber fast überall ließen sich die Jugendlichen das nicht gefallen! Jugendwohlfahrtsausschußsitzungen wurden mit den berechtigten Forderungen der Jugend konfrontiert! Auf SPD-Unterbezirksparteitagen oder in SPD-Parteibüros machten Jugendliche ihrem Unmut Luft! Demonstrationen gegen die Sparpolitik fanden statt!

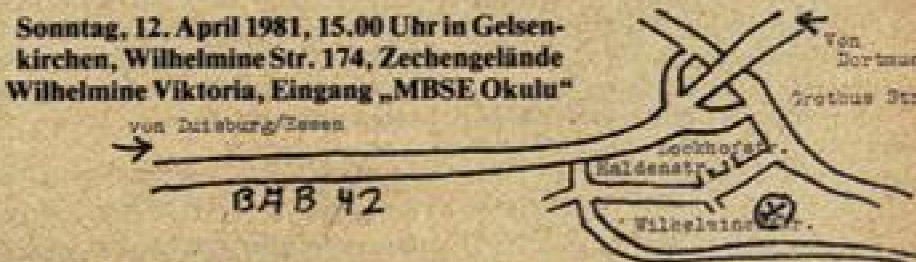
Am linken Niederrhein hatten sich schon vor einiger Zeit verschiedene Jugendzentren, Jugendorganisationen usw. zusammengetan, um gemeinsam ihre Interessen zu vertreten. Ein erster Erfolg war die Solidaritätsveranstaltung mit der Radiothek. Im Anschluß daran waren alle der Meinung, daß es **so** weiter gehen muß! Unsere einzige Chance, die Sparpolitik und Disziplinierungsbeschlüsse der Politiker und Bürokraten erfolgreich abzuwehren, ist die, daß wir uns **alle** zusammentun, **alle** an einem Strang ziehen.

Die verantwortlichen Politiker sind sich längst einig. Auf dem Deutschen Städtetag, der Konferenz der Innenminister, den Parteitagen handeln sie einig gegen unsere Interessen und zur Durchsetzung der Beschlüsse wird notfalls auch Polizei eingesetzt. Das ist deren Stärke und unsere momentane Schwäche. Aber dem ist abzuhelfen.

Tun wir uns auch zusammen, dann werden wir stark genug, nicht nur uns zu wehren, sondern auch zu fordern!

Wir — das sind über 30 Vertreter von Jugendzentren, Jugendorganisationen usw. aus über zehn Städten — laden euch ein zu einem gemeinsamen Treffen am:

Sonntag, 12. April 1981, 15.00 Uhr in Gelsenkirchen, Wilhelmine Str. 174, Zechengelände Wilhelmine Viktoria, Eingang „MBSE Okulu“



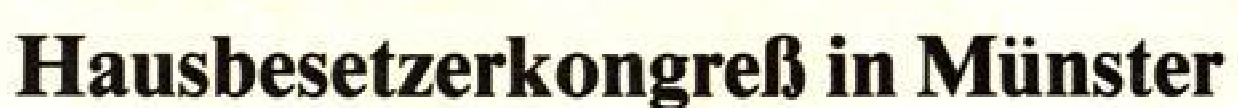
Hier soll berichtet werden über die Situation in den einzelnen Städten; hier sollen Erfahrungen ausgetauscht werden; hier soll gemeinsam beraten werden, wie und was wir zukünftig hoffentlich gemeinsam tun werden. Wir meinen, daß möglichst schnell gemeinsame Aktionen zustande kommen müssen.

Tun wir uns zusammen! Denn nur gemeinsam sind wir stark!

Demonstration in Moers

Gegen die Willkür der Stadt, gegen die Kürzung der Mittel im Jugendbereich!
Für die Einstellung von Klaus Kühl!
Freitag, den 10. April, 17.30 Uhr
Moers, Stadtmitte

Kontakt über: Arbeitskreis Jugendzentrum Südring, 4130 Moers 1, Tel.: 02841/25625 oder Klaus Kühl, Kaiser-Friedrich-Str. 59, 4100 Duisburg 11, Tel.: 0203/402088



Hausbesetzerkongreß in Münster



Hausbesetzerkongreß in Münster.

Am vorletzten Wochenende trafen sich in Münster etwa 700 Hausbesetzer, Angehörige von Mieterinitiativen, Jugendorganisationen usw. aus dem ganzen Bundesgebiet und aus Westberlin zu einem „Kongreß zur Wohnraumnot und Wohnungspolitik“.

Das Treffen diente in erster Linie dem Austausch von Erfahrungen beim Wohnungskampf und der Diskussion der Fragen, die sich aus diesem Kampf ergeben. Dabei wurden auch die unterschiedlichen Positionen der Hausbesetzer deutlich. **Relativ stark verbreitet ist** beispielsweise die falsche Tendenz, den Wohnungskampf von anderen gesellschaftlichen Kämpfen zu isolieren und sich von der werktätigen Bevölkerung abzukapseln.

Demgegenüber wies eine Gruppe aus Remscheid, die dort schon seit über einem Monat ein der RWE gehörendes Haus besetzt hält, darauf hin: „Die konnten das nicht räumen, weil effektiv der ganze Stadtteil dahinter steht.“ Trotz aller unterschiedlichen Positionen und einer chaotisch verlaufenden Diskussion waren sich aber alle Teilnehmer des Kongresses in Münster nicht nur in der Kampfansage an die Bonner Wohnungspolitik und den Polizei- und Justizterror gegen Hausbesetzer einig. Einverständnis bestand auch darin, daß man sich weder durch die Gewalt, noch durch die politischen Manöver der Herrschenden auseinanderdividieren lassen dürfe.

Der Kongreß verabschiedete einen Aufruf zu dezentralen Aktionen am 26. Mai, einen Tag vor den Beratungen zur Wohnungspolitik im Bundesrat. Mit den Aktionen sollen die folgenden Forderungen bekräftigt werden: „Freilassung aller im Häuserkampf Verhafteten! Einstellung aller Strafverfahren! Legalisierung aller Hausbesetzungen — Besetzen ist notwendig, denn Wohnen ist ein Recht! Schluß mit allen Polizeistaatsmethoden — keine Einschränkung des Demonstrationsrechts! Kein Profit aus unserer Wohnung und für die Spekulanten keine Schonung!“

Wechsel in der BKA-Führung

Großes Verdienstkreuz für Horst Herold

Computerzentrale wird weiter ausgebaut

BONN. — „Sie haben sich um diesen Staat verdient gemacht!“ Mit diesen Worten würdigte Bundesinnenminister Baum am 31. März die Tätigkeit des scheidenden Präsidenten des Bundeskriminalamtes (BKA), Horst Herold. Der Dank des Staates bestand in der Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern.

Verdient gemacht hat sich Herold beim Aufbau einer der leistungsfähigsten Polizeicomputerzentralen auf der ganzen Welt, bei der Planung und Vorbereitung des totalen Überwachungsstaates, der die persönlichen Daten von Millionen Bürgern speichert und für den polizeilichen Zugriff bereithält. Für ihn hatte die Polizei eine „gesellschaftssanitäre Aufgabe“. Und er wußte auch, wofür: „Wir müssen mit Situationen kalkulieren, die mir nicht für immer ausgeschlossen scheinen: wirtschaftlich-ökonomische Krisen etwa, depressive Prozesse, in denen die schmale Zuwachsrate von 2 Prozent sich auf null minimalisiert, was sich dann schlagartig im Bewußtsein der Bevölkerung niederschlagen kann.“ Den diesem von Herold vor längerer Zeit vorausgesehenen Prozeß, der der heutigen Entwicklung entspricht, folgenden Erscheinungen: „Staatsverdrossenheit, Autoritätsverfall, Loyalitätskrisen, Erschütterung der staatlichen Organe, Umwertung der Traditionen ...“ (Herold) will er bestmöglich begegnen, indem er das Volk und besonders als staatsfeindlich verdächtigte Personen dem jederzeitigen Zugriff der Polizei aussetzt. Er war also keineswegs nur ein „Terroristenjäger“. Es gibt kein freiheitliches oder, wie es bei uns immer so schön heißt, „rechtsstaatliches“ Prinzip, das Herold in seinen Überlegungen und in seinen Handlungen nicht vom Tisch gewischt hätte. Und damit hat er sich „um diesen Staat verdient gemacht“...

„Hätten wir morgen einen faschistischen Schwenk, so wären heute alle wesentlichen rechtlichen und technischen Grundlagen angelegt, um das Ganze in relativ kurzer Zeit als ein einziges gigantisches, aber unsichtbares Kontrollnetz zu mißbrauchen.“ So kennzeichnete der frühere Datenschutzgutachter Wilhelm Steinmüller die Situation.


Herold-Nachfolger Boge, hier mit der chemischen Keule

Unter diesen Vorzeichen, für die Herold im Auftrag der Bonner Minister gesorgt hat, geht das Bundeskriminalamt in diesem Jahr sein 30jähriges Jubiläum. Und unter diesen Vorzeichen wird auch Herolds Nachfolger, Heinricht Boge (SPD) arbeiten.

Im Zusammenhang mit Herolds Ausscheiden war viel die Rede davon, daß er mit seinen Vorstellungen gescheitert sei, daß er sich nie mit Minister Baum verstanden habe, weil dieser einen liberalen Kurs steuere und nichts von Herolds „gläsernem Bürger“ halte. Soll heißen: Nach Herold wird alles besser, fürchtet euch nicht mehr vor dem „großen Bruder“.

Tatsächlich gab es zwischen Herold und Baum Reibereien, weil der BKA-Chef sich durch die „liberalen“ Äußerungen Baums in der Öffentlichkeit, von der Einmischung eines Politikers in seinen Bereich gestört fühlte. Herold hielt nicht viel von politischen Rücksichten auf die öffentliche Meinung, in der er immer mehr in Beschuß geraten war, weil seine faschistoide Denkweise immer deutlicher zutage trat.

Zum Abschied allerdings fand Baum die folgenden Worte: „Sie, Herr Herold, waren der richtige Mann auf dem richtigen Platz — und, wie ich hinzufügen möchte, zur richtigen Zeit. (...) trotz ihrer täglichen Arbeitslast haben Sie nicht nur der Polizeipraxis, sondern auch der Kriminalwissenschaft entscheidende Impulse gegeben.“

Und das BKA arbeitet unverändert in Herolds Geist. Das machte die letzte Jahrestagung des BKA besonders deutlich, auf der der weitere Ausbau des Computersystems zur Speicherung und Fernübermittlung der Daten aller Personen, die jemals aus irgendeinem Grund mit der Polizei in Berührung gekommen sind, in allen Einzelheiten geplant wurde. Bis spätestens November 1983 soll das verwirklicht sein, mindestens fünf Millionen Bürger werden dann im „Datennetz“ des BKA gefangen sein. Zur Durchsetzung dieser Pläne wird massiver Druck auf die Politiker ausgeübt, und das mit höchstrichterlicher Unterstützung: „Ein Überwiegen der Freiheit“, so befand der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Wolfgang Zeidler, auf der genannten Tagung, „ist nicht vorgezeichnet“. Und niemand wird ernsthaft glauben, daß irgendein Politiker dieses Staates auf die Auswertung der Heroldschen Computer verzichten wird, wenn es zu einer „Erschütterung der staatlichen Organe“ kommt.

Herolds Nachfolger Boge wurde von Baum nach Wiesbaden geholt. Boge war früher Polizeipräsident von Hannover, wo er seine Truppe in brutale Einsätze gegen Demonstranten schickte und als einer der ersten massiv die chemische Keule einsetzen ließ. 1978, als Baum „alle auf ein Zusammenwirken zunehmend angewiesenen Exekutivbereiche“ zur Abteilung „P“ (Polizeiangelegenheiten) zusammenfaßte und damit seinerseits zur Konzentrierung der Polizeimacht beitrug, wurde Boge der Leiter dieser Abteilung beim Innenministerium — und damit politischer Vergesetzter auch von Herold.

Auch diese beiden sollen sich nicht gut verstanden haben. Herold hielt wie gesagt nicht viel von Vorgesetzten. Über Boge heißt es jetzt in der Presse meist, er habe mit Herolds „philosophisch“ genannten Vorstellungen nichts am Hut, er sei „gelernter Polizist“ und „Praktiker“. Kommt mit Boge ein Wechsel in die Arbeit des BKA?

Hören wir Boge selbst. Er sagte am 31. März, an Herold gewandt: **„Ich bewundere Ihren Ideenreichtum, Ihre geradezu philosophische Weitsicht, ihr politisches Gespür ... Ich danke Ihnen für die Maßstäbe, die Sie für das BKA, für die Polizei, ja für die Polizeien gesetzt haben. Ich wünsche mir, in ähnlich richtungsweisender Art tätig sein zu können.“**

Na, also. Das BKA wird, da kann man sicher sein — und jede Illusion wäre für alle Demokraten lebensgefährlich — auch in Zukunft und sogar verstärkt an der Bespitzelung der Bürger, an ihrer datenmäßigen Erfassung arbeiten, wird seinen Beitrag leisten in einer Zeit, in der sich die Rechtsentwicklung in unserem Lande verschärft und zunehmend auch faschistische Tendenzen sichtbar werden. Im 30. Jahr dieser staatlichen Unterdrückungsstelle bekräftigen wir unsere Forderungen:

- **Vernichtung der Datenbänke!**
- **Aufhebung aller Gesetze und Verbot aller Praktiken, durch die die Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung, das Brief- und Fernmeldegeheimnis sowie das Recht auf Freizügigkeit eingeschränkt werden!**

Meldungen

12 000 DM für Nürnberger Rechtshilfe

Solidaritätsgastspiele westdeutscher Theater im Zusammenhang mit den Nürnberger Massenverhaftungen erbrachten einen Reingewinn von 12 000 Mark, der der Rechtshilfe der Betroffenen zugute kommt. Neun Bühnen hatten kostenlose Gastspiele gegeben, sie kamen aus Nürnberg, Hamburg, Bremen, Köln, Bochum, Freiburg, Tübingen und München.

U. Hüttmann bleibt Pflegevater

Der vom Klever Stadtdirektor ausgesprochene Entzug der Pflegeerlaubnis für das DKP-Mitglied Uwe Hüttmann wird nicht vollzogen. Die massiven Proteste gegen die Entscheidung, die der Logik der Nazi-Behörden im „Dritten Reich“ in nichts nachstand, ließen die Politiker zurückstecken. Die Klever Behörden hatten in diesem Zusammenhang die Frage aufgeworfen, ob Kommunisten überhaupt Kinder erziehen dürften, und seien es ihre eigenen.

JU — Nazis

Nachdem schon die Kontakte der Jungen Union Offenbach zur Hoffmann-Bande bekannt geworden waren, traten jetzt neue faschistische Verhaltensweisen der CDU-Jugendlichen zutage. Die Schülerunion Wiesbaden druckte in ihrer Zeitung „Kaktus“ eine antisemitische Glosse ab, in der sie sich über die Massenmorde an Juden unter der Hitler-Diktatur lustig macht. Einzige Maßnahme gegen die Schüler: Sie wurden aufgefordert, sich bei der jüdischen Gemeinde in Wiesbaden zu entschuldigen!

Kein Verfahren gegen Kripo-Chef

Gegen den Kripo-Chef von Recklinghausen, Ernst Albrecht Lohmüller, der auf der Spendenliste rechtsradikaler Verlage steht, wird die Dortmunder Staatsanwaltschaft kein Strafverfahren einleiten. Der Verdacht auf strafbare Handlungen sei entkräftet; es sei nicht auszuschließen, daß Lohmüller die Naziscriften „aus beruflichen Gründen“ beziehen wollte. Das Ermittlungsverfahren soll deshalb in Kürze eingestellt werden. Es ist zu befürchten, daß dann auch die Suspendierung vom Dienst aufgehoben und Lohmüller wieder an die Arbeit gehen kann. Dabei finden Nazi-Schriften in Lohmüllers Familie guten Anklang, wie sein Sohn bewies, als er trotz Verbot in Bundeswehruniform am Grab des faschistischen Kriegsverbrechers Dönitz erschien.

GdP: „Lücke schließen“

„Was wir dringend benötigen, ist ein besserer Schutz für die Polizeibeamten und Einsatzmittel, die geeignet sind, die bestehende Lücke zwischen dem Schlagstock und der Schußwaffe zu schließen.“ Das verkündete der Chef der Gewerkschaft der Polizei, Schirrmacher. Diese Argumentation erinnert fatal an diejenige, mit der Bayerns Innenminister Tandler die Einführung von Hartgummigeschossen begründete. Schirrmacher sagte das im Zusammenhang mit einer „entschiedenen Ablehnung“ des Möcklinghoffschen Vorschlags, die Polizei auch mit panzerbrechenden Waffen und Luftabwehrraketen auszurüsten. So wird der Vorstoß von Möcklinghoff dazu benutzt, sich schon als „liberal“ hinzustellen, wenn man für keine Panzerfäuste für die Polizei will; der Einsatz von Hartgummigeschossen erscheint da noch nachgerade als harmlos... Daraus darf nichts werden!

Neue Verhaftungen in Nürnberg



In Nürnberg versuchen Polizei und Justiz, die 141 Festgenommenen gegeneinander auszuspielen. Sie sollen im Rahmen der sogenannten „Ermittlungen“ gegeneinander als Zeugen aussagen. Am 31. März wurden zwei der jungen Leute, die derartige Aussagen verweigerten, in Beugehaft genommen! Bereits einige Tage vorher wurde ein Mädchen aus dem gleichen Grunde 26 Stunden lang eingesperrt und dann ohne Begründung wieder freigelassen. In dem Versuch, die 141 jungen Menschen zu Kriminellen zu stempeln, schrecken die Behörden wirklich vor nichts zurück. Ihnen allen droht immer noch eine Haftstrafe von bis zu zehn Jahren. Daraus darf nichts werden! Die Ermittlungen müssen eingestellt werden! **Am 10.4. findet in der Meistersingerhalle eine Solidaritätsveranstaltung statt, die um 17.00 Uhr beginnt. Sie bietet ein reichhaltiges Kulturprogramm.**



Das „KOMM“ ist umstellt.

Christian Sigrist verurteilt

.... obwohl die Schuld der Polizei am Tode Günter Routhiers feststeht

MÜNSTER. — Günter Routhier starb an den Folgen seines Sturzes von der Treppe des Duisburger Arbeitsgerichts und an den Schlägen gegen den Kopf, die er bei dem brutalen Polizeiüberfall auf die Zuschauer und Beteiligten beim Arbeitsgerichtsprozeß Hanfried Brenner gegen Mannesmann 1974 erlitten hatte. Das steht jetzt auch für das Landgericht in Münster fest, das als erstes westdeutsches Gericht eine Beweisaufnahme über den Tathergang durchführte. Dennoch verurteilte es den Münsteraner Professor Christian Sigrist, der wie viele andere Menschen das Vorgehen der Polizei als „Mord“ bezeichnet hatte, zu einer Geldstrafe von 3600 Mark.

Man kann dieses Urteil nur in einem Sinne werten: Die Justizbehörden scheuen sich, der Sache auf den Grund zu gehen, weil ein Freispruch für Christian Sigrist oder einen anderen in diesem Zusammenhang die Unrechtmäßigkeit der jahrelangen Verfolgungen, der Geld- und Haftstrafen für diejenigen, die sich öffentlich gegen den Polizeieinsatz ausgesprochen hatten, offenkundig machen würde.

All diese Verfahren und auch das gegen Professor Sigrist liefen wegen „Beleidigung der Duisburger Polizei“, ohne daß bisher der Wahrheitsgehalt des Mordvorwurfs bei der Verurteilung eine Rolle gespielt hätte — Polizisten morden nicht, basta. Als jetzt Polizisten zum ersten Mal vor Gericht Rede und Antwort stehen mußten, unter ihnen die beiden, die den Genossen Günter Routhier abgeführt und die Treppe hinuntergestoßen hatten, mußte selbst der Staatsanwalt ihr Auftreten so bewerten: „Einige der vernommenen Beamten haben einen ganz miesen Eindruck gemacht“. Die Beamten der Politischen Polizei Werner und Kluten lieferten mindestens vier verschiedene, stets voneinander abweichende Versionen ihres Einsatzes, die sie teilweise sogar beeideten. Staatsanwalt Schweer: „Ihre Aussagen sind widersprüchlich. Einer von Ihnen muß gelogen haben.“

So sah sich das Gericht letztendlich gezwungen, den Vorwurf der Beleidigung fallenzulassen. Es blieb angeblich eine „üble Nachrede“, denn von Mord könne man trotzalledem nicht sprechen: Es sei keine Tötungsabsicht nachweisbar! Dabei bekundete selbst der frühere Anwalt der Firma Mannesmann (heute Vorstandsmitglied im Konzern), daß er die Rufe von Günter Routhier gehört hat: „Laß mich in Ruhe, ich bin Bluter!“ Die Polizisten prügelten ihn weiter, obwohl sie das sehr genau wußten.

Deshalb hatte Sigrists Verteidigerin Mechthild Düsing auch von „Mord, womöglich in heimtückischer Form“ gesprochen.

Auf die hilfsweisen Ausführungen von Rechtsanwalt Schily, daß „Mord“ in der Umgangssprache oft auch gebraucht wird, wenn es im engeren juristischen Sinne nicht haltbar ist, ließ sich das Gericht gar nicht erst ein; Sigrist hätte es besser wissen müssen. Dabei kann kein Zweifel an der Richtigkeit von Schilys Darlegung bestehen, die er mit vielen Beispielen belegte. Aber es sind eben übergeordnete Gesichtspunkte mit im Spiel, die einem „normalen“ Urteil in diesem Verfahren entgegenstehen.

So befand der Vorsitzende Richter Erdmann, Sigrist hätte die Geschehnisse nicht als „Mordtat der Polizei“ anprangern, sondern „gezielte, aber maßvolle Kritik ohne den Mordvorwurf üben“ sollen. Maßvolle Kritik an maßloser Brutalität ...

Christian Sigrist hat gegen das Urteil Revision eingelegt. Er kann sich jetzt erst recht der Unterstützung aller Demokraten sicher sein. **Und es geht immer noch auch um die Bestrafung der Polizisten, die für Günter Routhiers Tod verantwortlich sind!**

Ausstellung und Arbeitswoche:

Verfolgung und Widerstand

Volkskorrespondenz aus Kiel

Am Dienstag, den 17.3.1981, fand im vollbesetzten Saal des evangelischen Jugendpfarramtes in Kirchhofall die Eröffnungsveranstaltung zu der Ausstellung statt.

„Es fällt schwer, diese Ausstellung mitzueröffnen und in einer Stadt zu sprechen, in der es — mit wenigen Ausnahmen — keine Juden mehr gibt." Mit diesen Worten begann Arie Goral, Verantwortlicher für Konzept und Gestaltung der Ausstellung und selbst Jude, seine Eröffnungsrede. In dieser Form — mit dem Akzent auf der jüdischen Identität — gebe es eine solche Austellung seit einem halben Jahrhundert zum erstenmal in Kiel.

Die Ausstellung will nach Gorals Worten nicht konsumiert und ästhetisch integriert werden. Die gezeigte Kunst — unter den Exponaten befinden sich der berühmte Theresienstadt-Auschwitz-Zyklus von Leo Haas, Werke von Hans und Lea Grundig und Walter Peiser sowie seltene Plakate zum Thema der NS-Verfolgung und Fotomontagen von John Heartfield — sollen zusammen mit Fotos, Texten und Zeitungsausschnitten dokumentieren: „So geschah es mit den Juden". Ein Akzent wird dabei auf den Aufstand der Juden im Warschauer Ghetto gelegt.



Blick in den Ausstellungsraum.

Diese Ausstellung wendet sich besonders an die junge Generation und solle einen Anstoß für einen Blick zurück in die eigene Geschichte geben, meinte der Jugendpastor Gero Ziegler, denn „wenn das Woher bekannt, ist, ist auch das Wohin deutlicher". Stadtpräsident Rolf Johanning kritisierte Ordnungsgläubigkeit und Autoritätshörigkeit, die leicht in die Qualität des Faschismus umschlagen könnten. Nach Probst Küchenmeister betonte Ullrich George, einer der Aktiven und Vertreter des „Kleinkunstforums" bei der Gestaltung der Arbeitswoche, daß wir es uns selbst schuldig seien, eine Identifizierung mit denen zu suchen, die gekämpft und gelitten haben. Einem Geschichtsverständnis, das Hausbesetzer mit Schlägertrupps der SA vergleicht, wie F. J. Strauß es kürzlich tat, müsse man entgegentreten.

Die Eröffnung schloß mit einem Betrag des Sprechers des AK „Asche-Prozeß", den Genossen der VOLKSFRONT initiierten und aktiv mitgestalten. Er wies unter anderem anhand zahlreicher Fakten „ein systematisch angelegtes Versagen im Bereich der demokratisch-antifaschistischen Erziehung" nach, das „seine logische Ergänzung in der z.B. durch Berufsverbote geforderten formalen Staatsräson findet, deren inhaltliche Leere einen großen Teil der Jugend staatsverdrossen macht und damit oft notwendiges politisches Engagement verhindert, in geringerem Maße aber auch provoziert." Der Sprecher des AK begrüßte die Initiative zu der Ausstellung und erklärte die volle Unterstützung durch den AK.

Am Freitag, dem 20.3.1981, diskutierte dann unter aktiver Beteiligung von etwa 60 alten und jungen Menschen ein Podium aus Verfolgten, Theologen, Juristen und Antifaschisten „Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen von NS-Prozessen" im Rahmen der Arbeitswoche im evangelischen Jugendpfarramt.

In dem Diskussionsbeitrag von Karl-Heinz Eser, Sprecher des Arbeitskreises, wurden drei Thesen aufgestellt und untermauert. Sie lauten:

1. Vergangenheitsbewältigung ist nur wirksam und glaubwürdig, wenn sie zur **Gegenwartsbewältigung** findet, da heute nichts zu bewältigen geht, was für das praktische Handeln, die antifaschistische Tat nicht mehr zugänglich ist. Wappnung heutiger und künftiger Generationen mit den Lehren der Geschichte heißt die Aufgabe, die gestellt ist.
2. Die Mörder sind noch immer und wieder unter uns. NS-Prozesse sind Zugeständnisse der Herrschenden an das System der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in der BRD, sie haben Alibifunktion.
3. Wir müssen nicht nur aus der Geschichte lernen, nach welchen Gesetzmäßigkeiten sich unsere Gesellschaft entwickelt, wir müssen auch lernen, **gemeinsam** in Wort und Tat zu kämpfen für den Ausbau, gegen den Abbau demokratischer Rechte. ‚Wer in (den) Vorbereitungsetappen (die zur Errichtung einer faschistischen Diktatur führen) nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der erleichtert ihn vielmehr.' (Dimitroff)

K.-H. Eser forderte auch das Verbot aller neofaschistischen Organisationen.

Liebe Leser des „Roten Morgens"

Auf diese Seite findet ihr in Zukunft neben den Korrespondenzen auch die Rubrik „Leserbriefe". Hier werden Schreiben abgedruckt, die bei der Redaktion zu bestimmten im „Roten Morgen" oder allgemein in der Parteipresse angesprochenen Fragen eingehen, die Stellungnahmen, Kritiken, Anregungen usw. enthalten. Solche Briefe erhalten wir zur Zeit besonders häufig zum Friedensplan. Das ist eine sehr erfreuliche Sache, und wir meinen, daß der Abdruck in der auf den Eingang folgenden Nummer des „Roten Morgens" ein besserer Anreiz ist, uns mehr solche Briefe zu schreiben. Es ist klar, daß diese Briefe, die wir hier wiedergeben wollen, nicht immer die Meinung der Redaktion zum Ausdruck bringen. Wenn sich bestimmte immer wiederkehrende Fragen ergeben, werden wir im RM gesondert dazu Stellung nehmen. Wir müssen uns aus Platzgründen auch vorbehalten, die Leserbriefe zu kürzen.

Wir werden die Zuschriften natürlich auch weiterhin in Schreiben an die Autoren persönlich beantworten.

Noch ein Wort zu den Korrespondenzen: Schreibt weiter, soviel ihr könnt! Die Berichte aus den Orten und Betrieben sind sehr wichtig für die Redaktion, auch wenn nicht alle Briefe auf Seite 8 oder auf den jeweiligen „Fachseiten" abgedruckt werden können. Die Informationen, die wir von euch erhalten, fließen selbstverständlich in die Artikel mit ein, sind die Grundlage für viele Artikel.

Etliche Zuschriften der letzten Zeit ermutigen uns in unserer Arbeit, weil sie zeigen, daß der „Rote Morgen" für Menschen, die noch nicht viel mit der Partei zu tun haben, ansprechender wirkt, daß er auch außerhalb der Partei gelesen wird (wenn wir es verstehen, ihn entsprechend zu verbreiten). Es ist unser Ziel, auf diesem Weg weiter voranzukommen. Uns dabei weiter und noch besser zu helfen — das ist unsere Bitte an alle unsere Leser.

In diesem Sinne verbleiben wir
mit revolutionären Grüßen
Eure Redaktion „Roter Morgen".

Kleine Schritte

Betr.: „Friedensplan der KPD"

„Auctoritas, non veritas facit legem". (Die Autorität, nicht die Wahrheit bestimmt, was Gesetz wird.)

Thomas Hobbes

Hallo!
Ich wollte euch nur kurz schreiben, daß mir die Gedanken, die Grundlage eures Friedensplanes unheimlich gut gefallen. Nur leider lassen sich wohl alle Ziele kaum durchführen; kleine Schritte wie Diskussionen, Unterschriftensammlungen etc. sind der mühsame Weg, bis **einige** Ziele (z.B. keine neuen Mittelstreckenwaffen in der BRD) erreicht sind.

Meine Kritik an der Schrift: Ihr redet dauernd vom „deutschen Volk". Wollt ihr damit das im Unterbewußtsein schlummernde Nationalgefühl wekken?

Ich wäre euch dankbar, wenn ihr mir Materialien eurer Partei sowie 'ne Probenummer vom „Roten Morgen" schicken könntet!

Macht's gut!

Uwe B., Bremen

Einzeldrucke von RM-Artikeln



Um die Arbeit mit dem „Roten Morgen" zu erleichtern und Material für die Agitation an der Hand zu haben werden Artikel des „Roten Morgens" zu aktuellen Fragen als Einzeldrucke herausgegeben. Folgende Drucke sind erschienen: Preis 0,50 DM für zehn Stück!

„Wie Faschismus entsteht — und verhindert wird";
„Die neuen Männer in Washington";
„Aus der Geschichte der KPD" (in türkischer Sprache).

Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 44010046)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 44050199) Kto.Nr. 321004547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Demonstrationen gegen Bremer Urteil



KASSEL. — Gegen das Bremer Urteil, nach dem Führerscheininhaber den Kriegsdienst nicht verweigern dürfen, protestierten über 100 Zivildienstleistende am 28.3. in Kassel mit einem Demonstrationszug. Sie wiesen dabei auch auf die vielfältigen Aufgaben der Zivildienstleistenden hin, die nur mit dem Auto zu bewältigen sind und schoben zur Verdeutlichung Dienstwagen von Sozialeinrichtungen durch die Innenstadt.

Das „Gesundheitssicherstellungsgesetz"

Das Gesundheitswesen wird in den Dienst der Kriegsführung gestellt

Die Regierung Schmidt läßt in diesen Tagen keine Gelegenheit aus, um ihre Gefolgschaft gegenüber der amerikanischen Regierung und ihren Kriegsplänen öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Und sie trifft tatsächlich alle Vorkehrungen, für den Profit der westdeutschen Kapitalisten an einem neuen Weltkrieg teilzunehmen.

Zu diesen Maßnahmen gehört nicht nur die direkte militärische Aufrüstung. Vor einigen Wochen war aus den USA zu hören, daß das Gesundheitswesen auf die Erfordernisse eines Krieges ausgerichtet wird, daß Betten extra für verletzte Soldaten bereitgestellt und alle anderen notwendigen organisatorischen Maßnahmen getroffen werden.

Derartige Bestrebungen gibt es auch in der Bundesrepublik. Geregelt werden sollen sie durch ein „Gesetz zur Anpassung des Gesundheitswesens an besondere Anforderungen eines Verteidigungsfalles" (Gesundheitssicherstellungsgesetz), das in Form eines Referentenentwurfs seit dem 31. Mai 1980 vorliegt.

Bei der Planung und Führung eines Krieges wird dem Sanitäts- und Gesundheitswesen eine bedeutende Rolle zugemessen. Im Lehrbuch „Wehrmedizin" wird dazu ausdrücklich festgestellt: „Derjenige Staat wird sich aus den Verwicklungen am besten herausziehen, der am sorgsamsten die Eventualitäten vordenkt (...), kurz: dessen Organisation des Kriegssanitätsdienstes die beste ist." Das sei nun nicht nur Aufgabe der Bundeswehr. Dazu Professor Rebentisch, Generaloberstabsarzt Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr: „Wir fordern das Gesundheitssicherstellungsgesetz von seiten der Bundeswehr deswegen, weil der zivile Bereich etwas tun muß, damit nicht zum Schluß — auch im Verteidigungsfall — eine Last auf die Bundeswehr zukommt, der sie nicht gewachsen ist." Und an anderer Stelle: „Die zivilen Krankenhäuser und Hilfskrankenhäuser werden die Grundsätze des Feldsanitätsdienstes und der Streitkräfte anwenden müssen."

Dieses Gesetz allerdings, das „das Gesundheitswesen an besondere Anforderungen eines Verteidigungsfalles anpassen" will (§ 1), ausgerechnet „Gesundheits**sicherstellungs**gesetz" zu nennen, ist ein Hohn. Ganz abgesehen von der Vernichtung der Gesundheit von Millionen Menschen in einem von der Regierung vorbereiteten Kriege ist auch dieses Gesetz direkt gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtet.

Sämtliches im Gesundheitswesen tätiges Personal wird hiermit völlig entrechtet und den Kriegszielen verfügbar gemacht. Jeder, der irgendwo eine Sanitätsausbildung erhalten hat, wird datenmäßig erfaßt. Das betrifft auch diejenigen, die z.B. bei den Johannitern usw. eine Ausbildung machen, auch wenn sie dabei gar nicht an Kriegsdienst denken. Schon mit dieser Ausbildung verpflichten sie sich, im Kriegsfall zur Verfügung zu stehen — als ehrenamtliche Helfer, deren Einsatz also keineswegs freiwillig ist, die aber dennoch wie Freiwillige behandelt werden sollen. Sie haben keinen Lohnanspruch und können u.a. gut als Lohndrükker verwendet werden.

Aber Tarifverträge sind nach dem Gesetz im Kriegsfall sowieso nicht mehr bindend. Urlaubsanspruch, Kündigungsrecht, Streikrecht gibt es nicht mehr, ebensowenig wie bindende Arbeitszeitregelungen oder Mitsprache der Betroffenen und Personalräten. „Die Grundrechte der Freizügigkeit (...) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (...) werden nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt", heißt es schlicht im § 43.

Nach Inkrafttreten des Gesetzes sollen alle „Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker" verpflichtet werden, „sich zur Ausübung ihres Berufes unter den besonderen Anforderungen eines Verteidigungsfalles fortzubilden und hierüber einen Nachweis (...) zu führen." (§ 10) Für die Durchführung dieser Fortbildung „haben die Berufsvertretungen Sorge zu tragen. Sie haben den Nachweis über die Teilnahme auszustellen." (§ 20)

Der Inhalt dieser Fortbildung besteht offensichtlich nicht zuletzt darin, den Betroffenen die letzten Reste medizinischer Grundsätze, medizinischer Ethik auszutreiben.

So sollen nicht nur „ineffektive" Alten- und Behindertenheime oder ähnliche Einrichtungen geräumt und zu Lazaretten für „Angehörige der Streitkräfte" umgewandelt werden können. Auch auf die „beschränkte Aufnahme und vorzeitige Entlassung stationärer Patienten" hat man sich vorzubereiten (§ 17). Ständig werden die Kranken „gesichtet", Schwerkranke als „nichtzubehandelnde Personen" aussortiert. „Richtwerte" dafür sollen noch erarbeitet werden. Es ist also ein weitgehender Zusammenbruch der ärztlichen Versorgung der Zivilbevölkerung abzusehen. Wer nicht mehr kriegstauglich ist, der kann zu Hause oder auf der Straße verrecken! „Anerkannte Panikpersonen" in den Krankenhäusern sollen isoliert und einer „separaten ärztlichen Behandlung" mit Hilfe eines Psychiaters unterzogen werden.

Und unter der harmlosen Überschrift „Sonstige Anordnungen" heißt es im § 18: „Reichen Maßnahmen auf Grund der besonderen Bestimmungen dieses Gesetzes oder der nach diesem Gesetz erlassenen Rechtsvorschriften nicht aus (...), so kann die zuständige Behörde im Einzelfall die (...) erforderlichen Maßnahmen treffen."

Das „Gesundheitssicherstellungsgesetz" zeigt, daß die Bundesregierung tatsächlich die Durchführung eines Krieges in ihren Einzelheiten plant, während sie zur Friedenssicherung nicht das geringste unternimmt und unternehmen will. Es macht uns deutlich, daß die Situation das entschlossene Handeln aller Kriegsgegner verlangt, um die Pläne der Herrschenden zu durchkreuzen!

CDU fordert Maßnahmen gegen Unterschriftensammlungen

Angst vor der Friedensbewegung

BONN. — Tief beunruhigt sind die Politiker aller Parteien in Bonn über die Ablehnung der NATO-Kriegspläne durch große Teile der Bevölkerung unseres Landes. Da sich diese Ablehnung immer mehr auch öffentlich Ausdruck verschafft, wie bei der Großdemonstration am 4.4. in Bonn oder bei den Unterschriftensammlungen gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in Westdeutschland, nehmen auch die Überlegungen zu, wie man den Protest abwürgen kann. Einen Vorstoß dazu unternahm dieser Tage die CDU im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage.

Über 250000 Unterschriften gegen die Atomraketen wurden bisher schon abgegeben, eine Million ist das Ziel. Die meisten dieser Unterschriften wurden wohl auf Listen gesammelt, die sich auf den „Krefelder Appell" beziehen, zu dem wir im „Roten Morgen" bereits mehrmals ausführlich Stellung genommen haben. Unsere Partei unterstützt nicht diese Listen, die vor allem von der DKP verbreitet werden, sondern die später vom Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit herausgegebenen Listen, weil hier nicht mit dem Hinweis auf den Appell die Zustimmung zu einer Politik verlangt wird, die Illusionen in die angebliche Friedfertigkeit der UdSSR ebenso weckt wie in die der Bundeswehr und uns auf die Verhandlungen zwischen den Supermächten vertrösten will.

Auf den anderen Listen geht es unter dem Motto „Der Atomtod bedroht uns alle — Beendet das Wettrüsten in Ost und West" nur um die alle Friedenskräfte einigende Forderung, die Zustimmung zur Stationierung von „Pershing II" und „Cruise Missiles" zurückzuziehen.

„Gemeinsam und Parallel" wird entsprechend einem Aufruf des „Komitees", auf den beiden genannten und auf anderen Listen das Ziel von einer Million Unterschriften angestrebt. (Wobei sich die DKP wohlweislich über die Listen, die sich nicht auf den Wortlaut des „Appells" beziehen, ausschweigt. Längst nicht alle Unterschriften auf den Listen des „Appells" bedeuten auch eine tatsächliche Zustimmung zu der dort formulierten Politik, weil diese den Unterzeichnern meist gar nicht bekannt ist.)

Zahlreiche Gewerkschafter etwa haben diese Listen unterzeichnet. Und das ist ein sehr positiver Ausdruck ihres Friedenswillens. Davor haben die Herrschenden Angst, sie bangen um die Verwirklichung ihrer Pläne.

Mit einer kleinen parlamentarischen Anfrage versucht im Moment die CDU, die Bundesregierung zu Maßnahmen gegen die Unterschriftensammlungen zu bewegen. Dabei nutzt sie demagogisch die eindeutigen Schwächen des Krefelder Appells aus.

„Die CDU will von der Regierung bestätigt haben, daß die DFU und die DKP in Kontakten mit der Sowjetunion und der DDR Aktionen gegen den NATO-Beschluß erörtert haben und betreiben." („FAZ", 3.4.81)

Das solle die Regierung — wie, steht noch dahin — bekanntmachen, um dafür zu sorgen, daß „künftig möglichst niemand den ‚Krefelder Appell' unterzeichnet", ohne das zu wissen.

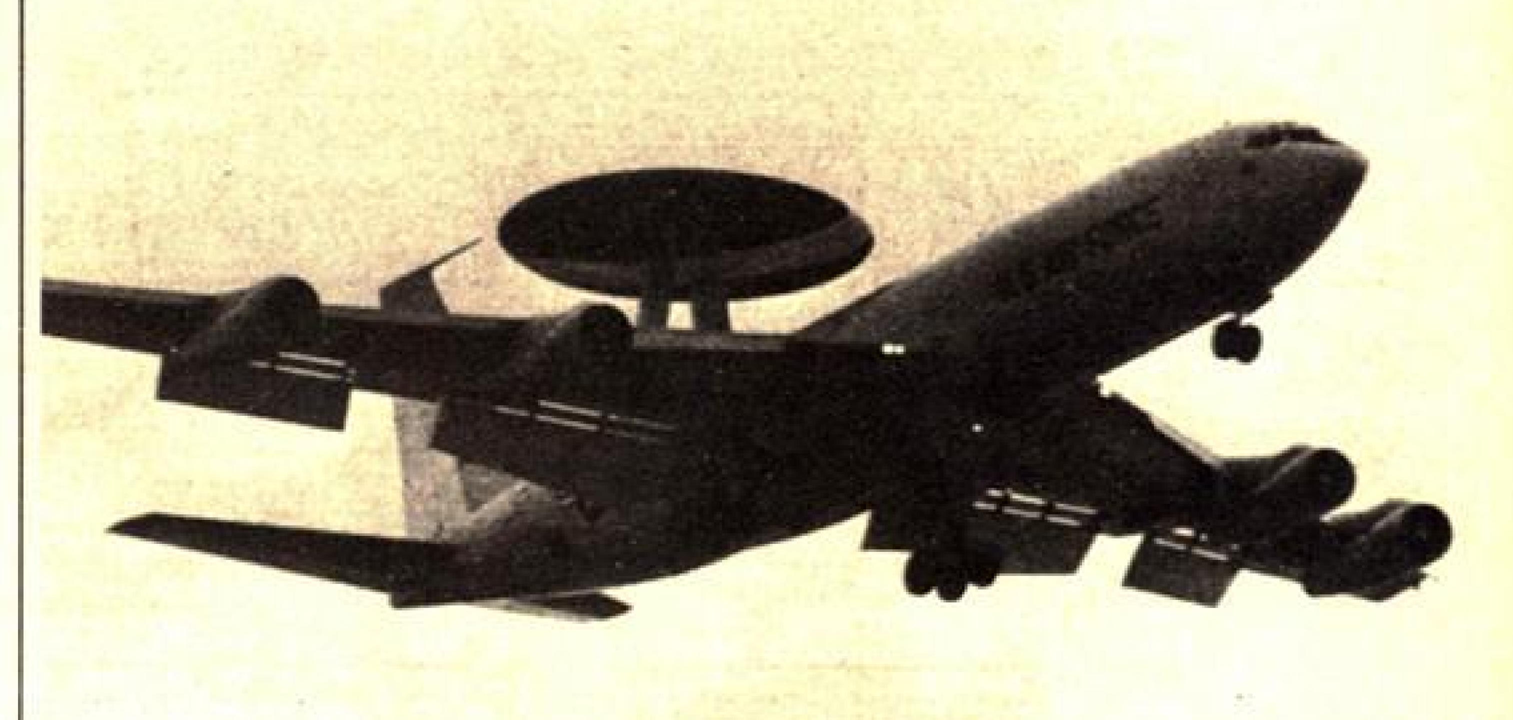
Dieser Vorstoß richtet sich natürlich gegen die gesamte Bewegung gegen die Atomraketen. Die CDU will nicht weniger als einen riesigen aus Steuergeldern finanzierten Propaganda- und Einschüchterungsfeldzug gegen alle, die die Bündnistreue der Bundesrepublik, die Kriegspläne der Militaristen in Washington und Bonn in Frage stellen.

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Spranger, beschimpfte die Friedensaktionen als „einen ebenso bösartigen wie gefährlichen Mißbrauch der Friedensliebe und der Kriegsfurcht weiter Teile vor allem der jungen Generation in unserem Lande".

Es ist bekannt, daß die Koalitionsspitze unter Führung von Schmidt und Genscher stramm hinter Wahington stehen. Aber auch in ihren Parteien regt sich der Widerspruch gegen diese Politik. Nach den bekannten Auseinandersetzungen in der SPD mehren sich jetzt auch in der FDP die Stimmen, die ein Abrücken von der Raketenrüstung fordern. Der Vorsitzende des FDP-Fachausschusses für Außen- und Sicherheitspolitik, Borm, etwa forderte den „eindeutigen Vorrang vor Verhandlungen" bei der Bewertung des sogenannten „Doppelbeschlusses" zur „Nachrüstung". Also die Seite des Beschlusses, die von den führenden Politikern von Anfang an nur als Täuschungsmanöver geplant war. Sofort bekam Borm Ärger mit dem Genscher-Freund Möllemann (Vorsitzender des Fachausschusses für Abrüstung und Entspannung), und er wird sich wohl auch auf der Parteivorstandssitzung am 27.4. vor seinem Parteichef selbst rechtfertigen müssen.

Für die Friedensbewegung ist es wichtig, alle Widersprüche in den herrschenden Parteien bei all ihrer teilweisen Beschränktheit zu nutzen. Unser Ziel ist die Isolierung der rücksichtslosen Kriegstreiber. Der „Nachrüstungsbeschluß" muß fallen!

AWACS in Westdeutschland



US-Aufklärer Awacs.

MÜNCHEN. — Der europäische Teil am Bau des NATO-Frühwarnsystems AWACS begann in München mit dem Einbau der Elektronik in die Flugzeuge. Insgesamt 18 dieser Maschinen will die NATO in Gebrauch nehmen, die Gesamtflotte soll bis 1985 einsatzbereit sein. Das AWACS-System dient der direkten Überwachung des Luftraums im Ostblock. Es gehört zu den Waffen, mit denen sich die USA eine größere Chance zur erfolgreichen Führung eines Krieges ausrechnen. Mindestens 30,7 Prozent der Kosten in Höhe von rund vier Milliarden Mark wird die Bevölkerung Westdeutschlands zu tragen haben. Der westdeutsche Industrie wurden bei Abschluß der AWACS-Vereinbarung Kompensationsgeschäfte in Höhe von 500 Millionen Mark zugesichert.

Polen: Noch einmal davongekommen, doch für wie lange?

In letzter Minute wurde der von der Gewerkschaft „Solidarität“ für Dienstag, den 31. März 1981 in Polen angekündigte Generalstreik abgewendet. Der Streik, von dem ZK-Sekretär Barcikowski sagte, daß er „die Strukturen des Staates, die Existenz des Staates selbst auf die Probe“ gestellt hätte, was zweifellos stimmt.

Verhandlungen über die Forderungen der Gewerkschaft: Vizepremierminister Rakowski (stehend), daneben der Vorsitzende der „Solidarität“, Walesa

Damit war die Provokation der Ultras im Politbüro der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der Olszowski und Grabski, mit der sie die Regierung Jaruszelski anzuschießen und das Eingreifen der Sowjetunion zu provozieren versuchten, offensichtlich vorerst gescheitert. Denn daß es sich bei den Ereignissen in Bydgoszcz (früher Bromberg), bei denen Polizisten zwei „Solidarität“-Gewerkschafter und einen Bauern krankenhausreif schlugen, um eine Provokation handelte, liegt auf der Hand.

Dafür spricht der Zeitpunkt des Zwischenfalls während der stattfindenden Manöver. Dafür spricht, daß bereits Tage zuvor auswärtige Miliz nach Bydgoszcz verlegt worden war und dort auf ihren Einsatz wartete. Dafür spricht, daß hier zum erstenmal seit den großen Streiks im Sommer vergangenen Jahres mit derart massiver Polizeigewalt zugeschlagen wurde. Wobei von den insgesamt 27 Verletzten Gewerkschaftern und Bauern die drei Schwerverletzten auf das Konto von Männern des polnischen Geheimdienstes — in Zivil — gingen.

Auch das ist typisch für die Reaktion der herrschenden Klasse in Polen. Bereits nach den großen Streiks vom Dezember 1970 verschwanden nach und nach einige der klassenkämpferischsten Streikführer auf unerklärliche Weise oder wurden ermordet — nach amtlicher Version von unbekannten Banditen — aufgefunden. So war es denn auch kein blanker Aktionismus, der die „Solidarität“ zu Warnstreiks, zur Drohung mit dem Generalstreik trieb, sondern die Angst vor einer ähnlichen Entwicklung wie 1970. Eine Angst, die nicht unbegründet ist angesichts der nahezu täglichen Übergriffe — Pöbeleien, Überfälle in dunklen Hauseinfahrten — gegen Mitglieder der „Solidarität“, angesichts der Brand- und Mordanschläge, der Entführung bekannter Gewerkschaftsfunktionäre wie Feliks Golebiewski, Simoniuk, Marek Mikolajzuk u.a.

Die Manöver des Warschauer Paktes sind verlängert worden und hielten bei Redaktionsschluß noch an

Der Kompromiß

Nun, der Generalstreik wurde abgewendet. Der Gewerkschaft „Solidarität“ wurde seitens der Regierung zugesichert, die verantwortlichen Einzelpersonen der Schlägereien in Bydgoszcz vor Gericht zu stellen und zu bestrafen; die Sondereinheiten der Polizei aus der Stadt zurückzuziehen; die Forderungen nach Entlassung des stellvertretenden Gouverneurs von Bydgoszcz zu prüfen; die Sicherheit von „Solidarität“ zu garantieren; eine Sonderkommission einzurichten, um die Fragen der Bauern zu prüfen und die Teilnehmer des vierstündigen Warnstreiks voll zu bezahlen.

Die „Solidarität“ hingegen erklärte sich bereit anzunehmen, daß eine gewisse Berechtigung für den Polizeieinsatz in Bydgoszcz bestanden habe; eine Kampagne spannungsfördernder Aktivitäten aufzugeben, einschließlich der Besetzung öffentlicher Gebäude; in Verhandlungen einzutreten, um Mechanismen zur Lösung von Streitigkeiten zu schaffen, ohne die gesamte Nation in Aufruhr zu versetzen. Praktisch stellte das Vereinbarungsergebnis zwischen „Solidarität“ und der polnischen Regierung einen Kompromiß dar, der nicht umsonst erst nach stürmischer Debatte im Führungsgremium von „Solidarität“, nach heftigen Angriffen auf Verhandlungsführer Lech Walesa, dem man zu große Nachgiebigkeit vorwarf, mit 25 gegen vier Stimmen angenommen wurde.

Damit ist Polen noch einmal davongekommen, doch für wie lange? Die wirtschaftliche und politische Lage wird immer komplizierter und verschlechtert sich weiter. Konfusion, Anarchie und Auflösung herrschen im ganzen Land. Schuld daran aber ist einzig und allein die in Polen herrschende neue Bourgeoisie, die das Land ins Elend



Protestaktionen gegen den Polizeiüberfall in Bydgoszcz

und Chaos stürzte, ist die herrschende Clique der Sowjetunion, sind die neuen Zaren im Kreml, die zusammen mit den neuen polnischen Pans die polnischen Werktätigen ausplündern und unterdrücken. Und es erhebt sich die berechtigte Frage: Wie weit oder bis wann war Polen überhaupt ein sozialistisches Land, denn wesentlich früher und schärfer als in den anderen revisionistischen Staaten setzte hier die kapitalistische Entartung ein.

Kapitalistische Entartung

Weder wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft — noch heute befinden sich 80 Prozent des Bodens in Privatbesitz — ernsthaft vorangetrieben noch wurde die Macht und der überaus starke Einfluß des katholischen Klerus entscheidend gebrochen. Schon früh, Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre verstärkten sich Korruption, Vetternwirtschaft und Bestechung, wuchsen die Unterschiede zwischen Reich und Arm. Während die Angehörigen der neuen kapitalistischen Klasse, die sich kollektiv in den Besitz der Produktionsmittel gesetzt hatten, ihrem Luxusleben in den Kurorten der alten Bourgeoisie wie Zakopane, Bad Krynitza, Zoppot usw. frönten, schufteten die Arbeiter in den Fabriken und schufen den Mehrwert, den diese sich aneigneten. Während die polnischen Werktätigen — oftmals ab Mitternacht — vor den Lebensmittelläden Schlange stehen, um das Lebensnotwendige zu kaufen, decken die Reichen ihren Bedarf zu horrenden Preisen auf dem schwarzen Markt oder in den Devisenläden der staatlichen Pewex-Ketten.

Als im September vergangenen Jahres ein Untersuchungsverfahren gegen den Chef des polnischen Rundfunks und Fernsehens, ZK-Mitglied und Gierek-Vertrauten, Macief Szczepanski eingeleitet wurde, zeigte sich nur die Spitze des Eisbergs. Immerhin, eine 45-Zimmer-Luxusvilla, Swimmingpool mit Glasboden, 900 Pornofilme, vier farbige Prostituierte, zwei Flugzeuge, zwei Jachten, zehn Autos, ein Jagdhaus in Kenia, ein Ferienhaus in Griechenland, eine Schaffarm und eine Schweinezucht mit Schlachthaus in Polen hatte sich der saubere Herr angeeignet und nebenbei rund zwei Millionen Dollar ins Ausland verschoben.

Wer kann nicht die Wut und den Zorn des polnischen Arbeiters verstehen angesichts des Drohnendaseins, das die hohen Parteibonzen und staatlichen Bürokraten und Manager führen? Während sie in Saus und Braus leben, geht er mit durchschnittlich 4000 Zloty (250 Mark) im Monat nach Hause, nicht einmal die Hälfte von dem, was eine der 7000 allein in Warschau registrierten Prostituierten an einem Kunden verdienen kann. Ständig dringen neue Korruptionsskandale an die Öffentlichkeit. Während angeblich die Devisen für den Einkauf von Lebensmitteln fehlen, deckten sich prominente Polen aus Warschau und Krakau im Westen mit Diamanten, Schmuck, Gold, Kunstgegenständen im Wert von mindestens 2,7 Millionen Mark ein.

Ein Schuldenberg von 23 Mrd. Dollar

In allen Jahren, sowohl unter der Herrschaft Gomulkas als auch Giereks blieb die polnische Wirtschaft ein Anhängsel der sowjetischen, produzierte sie für den sowjetischen Markt und stützte sich auf die Rohstoffe und Technologien, die ihr von Moskau zugestanden wurden. Wenn Moskau hustet, bekommen die Polen eine Lungenentzündung. Mittels ihrer Öllieferungen hält die Sowjetunion ihre Satelliten am Band. Im letzten Jahr sollte Polen 15,9 Millionen Tonnen Erdöl aus der Sowjetunion erhalten, 87,3 Prozent des Eigenbedarfs, Den Rest mußte es sich auf den westlichen Märkten besorgen.

Inzwischen müssen die Satelligen der Sowjetunion für sowjetisches Öl fünfmal so viel bezahlen wie 1971. Wenn heute die Sowjetunion angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage Polens das Land finanziell und mit Waren unterstützt, dann gibt sie ihm nur einen Teil dessen zurück, was sie sich über das Öl bereits mehrmals hereingeholt hat. Konnte 1972 Polen mit dem Erlös aus dem Export einer Tonne Steinkohle noch eine Tonne Erdöl kaufen, reicht dieser jetzt nur noch für 440 Kilogramm Öl.

Doch nicht nur an den Osten, die Sowjetunion, ist Polen durch stählerne Ketten gebunden, auch der Westen mischt kräftig mit an der Ausbeutung und Ausplünderung des polnischen Volkes. Gegenwärtig steht Polen bei mehr als 460 westlichen Banken in der Kreide. Die Westwährungsschulden betragen derzeit 23 Milliarden Dollar (rund 47 Milliarden Mark). Davon entfallen etwas mehr als 18 Milliarden Dollar auf westliche Banken, der Rest auf die OPEC und die RGW-Staaten. Der Kreditbedarf wurde in Verhandlungen von polnischer Seite für 1981 auf 10,5 Milliarden Dollar veranschlagt, wovon allein sechs bis sieben Milliarden Dollar für Tilgung und Zinsen verwand werden müssen.

Diese Riesenkredite dienten nun nicht etwa der kontinuierlichen Entwicklung des Landes, sondern der Konsumdeckung bzw. der Schaffung volkswirtschaftlich völlig unsinniger Anlagen und Werke, um sowohl der neuen polnischen Bourgeoisie als auch den ausländischen Kreditgebern durch die Ausbeutung des polnischen Volkes maximale Profite zu verschaffen. Sie verstärkten die Abhängigkeit des Landes, so daß die Wirtschafts-, Finanz- und Energiekrise der kapitalistischen und revisionistischen Welt doppelt schwer treffen mußte.

Die Arbeiterklasse erhebt sich

Es war klar, daß es angesichts dieser Verhältnisse, angesichts der Politik der Gierekclique, die die kapitalistische Entartung der Wirtschaft und des gesamten politisch-gesellschaftlichen Lebens vorantrieb, die die neue Bourgeoisie auf Kosten der breiten werktätigen Massen reichen werden ließ und die Unterwerfung Polens unter die sozialimperialistische Herrschaft der Sowjetunion verstärkte, es zu immer neuen und schärferen Klassenauseinandersetzungen kommen mußte. So kam es im Winter 1970 in den Städten Gdansk, Szczecin u.a. zu den großen blutig niedergeschlagenen Arbeiteraufständen, zu den mächtigen Streiks, Demonstrationen und der Blockade Warschaus im Sommer 1976. So kam es zu den großen, machtvollen Streiks im August vergangenen Jahres.

Es zeigte sich klar: In Polen hatte schon frühzeitig das sich restaurierende kapitalistische System die Übergangsphase durchlaufen und war an seinem kritischen Punkt angelangt, an dem infolge der vollständigen Wiederherstellung des Kapitalismus offene Klassenkonflikte unvermeidlich sind. In dieser Situation handelte es sich bei den Streiks des vergangenen Jahres wie auch bei den diesjährigen

Fortsetzung auf Seite 11



Ein Mitglied der „Solidarität" verteilt Streikaufrufe

Fortsetzung von Seite 10

ganz einfach um solche, die sich aus dem Wesen der polnischen neuen kapitalistischen Gesellschaft ergeben und somit — nach Lenin — den Anfang des Kampfes der Arbeiterklasse gegen diese Gesellschaftsordnung bedeuten.

„Solidarität" wird zur Massenbewegung

In diesem Rahmen muß man auch das Entstehen der neuen Gewerkschaft „Solidarität" sehen. Es war ganz einfach der spontane Versuch der polnischen Arbeiterklasse, ihrem Kampf — unabhängig von den Zielen ihrer Führer — einen organisatorischen, gewerkschaftlichen Rahmen zu geben. Anders wäre das Anwachsen der „Solidarität" in zwei, drei Monaten zu einer Massenbewegung von ca. acht bis zehn Millionen Mitgliedern gar nicht zu erklären.

Somit war die Streikbewegung des vergangenen Jahres, die sich an der miserablen Lebenslage der polnischen Arbeiter, den geplanten Preis- und Normenerhöhungen entzündete, eine durchaus gerechte Sache. Somit war auch das Ergebnis dieser Streikbewegung, das 21-Punkte-Programm wie auch die gewerkschaftliche Neuorganisierung auf einer vom Staat und der revisionistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei unabhängigen Grundlage durchaus ein Erfolg, ein Sieg der polnischen Arbeiterklasse.

Zumal das 21-Punkte-Programm eben nicht nur Forderungen wirtschaftlicher Art wie die Anhebung des Grundlohns, Teuerungszuschlag, Senkung des Rentenalters, mehr Kinderkrippen, freier Samstag usw. beinhaltete, sondern auch solche politischer Art, wie die Akzeptierung freier Gewerkschaften, Garantie des Streikrechts, Pressefreiheit usw., die bei richtiger Anwendung eine Verbesserung der Kampfbedingungen des polnischen Proletariats bedeuteten als auch Forderungen, die sich für die Gleichbehandlung aller Polen gegen die herrschende Klasse richteten wie die Abschaffung der Sonderläden für die Reichen, die Einführung von Lebensmittelkarten bis sich die Situation am Markt wieder normalisiert hat, die Abschaffung von Privilegien für die Miliz, den Sicherheitsdienst und den Parteiapparat usw. usf.

Natürlich kann man den Charakter, die Ziele einer Gewerkschaft nicht von ihren Führern und deren Absichten trennen. Gewerkschaften sind Organisationen, die die Interessen der Werktätigen vertreten. Im Kapitalismus, also auch in Polen, haben sie die Aufgabe, den Widerstand der Werktätigen gegen die kapitalistische Ausbeutung zu organisieren. Sie verfehlen jedoch ihren Zweck, wenn sie sich darauf beschränken, sich nur um Lohnforderungen und andere soziale Fragen zu kümmern, statt gleichzeitig zu versuchen, das kapitalistische System revolutionär zu ändern, um schließlich die Befreiung des Menschen von der kapitalistischen Ausbeutung zu erkämpfen.

Das sind die Anforderungen, die wir als Marxisten-Leninisten an die Gewerkschaften stellen. Doch wo gibt es solche korrekten Gewerkschaften heute auf der Welt, Gewerkschaften, die unter der Führung von Marxisten-Leninisten stehen? Man kann sie sicherlich an einer Hand abzählen. Und wie steht es mit den anderen? Bestimmt gibt es Gewerkschaften, die konsequent die Interessen der Werktätigen vertreten und nicht sozialpartnerschaftlich, wie bei uns die Führung des DGB, den Kapitalisten in die Hände arbeiten. Doch was verstehen ihre Führer — soweit sie nicht Reformisten sind — unter der Befreiung des Menschen von kapitalistischer Ausbeutung, unter Sozialismus? Wie sehen sie ihn da vor? Die Sowjetunion, China? Jugoslawien? Ein eurokommunistisches, ein trotzkistisches Gesellschaftssystem? Soviel Fragen, so viel Antworten.

Dort, wo es keine Marxisten-Leninisten, keine korrekten kommunistischen Parteien gibt, wird das Entstehen von neuen Gewerkschaften zwangsläufig in den Händen von Reformisten, Revisionisten, Trotzkisten oder anderen Handlangern des Kapitals oder auch in den Händen ganz einfacher, klassenbewußter Arbeiter ohne große politische Erfahrungen liegen. So auch in Polen. Es gibt einen Unterschied zwischen den Streiks der Jahre 1970 und 1976 einerseits und denen von 1980 andererseits. Brachen die Streiks von 1970 und 1976 noch ziemlich spontan, aufgrund der großen Unzufriedenheit der Arbeiter aus, so war die Vorbereitung der Streiks von 1980, die Gründung neuer Gewerkschaften geplant.

(Wird fortgesetzt im nächsten RM.)

Dänemark

Aussperrung im grafischen Gewerbe

Setzer und Drucker kämpfen für Arbeitsplätze

KOPENHAGEN. — Seit dem vorletzten Freitag sind 6500 Schriftsetzer und Drucker in dänischen Zeitungsbetrieben ausgesperrt. Weitere 20000 Beschäftigte wurden inzwischen ohne Anspruch auf Lohn nach Hause geschickt. 34 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 1,5 Millionen Exemplaren haben ihr Erscheinen eingestellt.

Das war die brutale Reaktion der Druckkapitalisten auf die Ablehnung eines Tarifvertrages durch die Arbeiter. Dieser Vertrag war von einem staatlichen Schlichter verfaßt worden, nachdem Verhandlungen zwischen dem Unternehmerverband und der Typografengewerkschaft gescheitert waren, bei denen es vor allem um die Einführung neuer Techniken, aber auch um Fragen des Lohns und der Arbeitszeit ging.

An der Urabstimmung über den aufgezwungenen Tarifvertrag hatten sich 90 Prozent der Kollegen beteiligt; 73 Prozent davon lehnten das Abkommen ab.

Heute schon sind von 11000 Setzern und Druckern 1000 arbeitslos. Durch die mit der Einführung neuer Techniken — vor allem der Umstellung auf Fotosatz — verbundenen Rationalisierung sollen nach dem Willen der Unternehmer weitere 5000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Deshalb hatte die Gewerkschaft ein Mitspracherecht bei der Einführung der neuen Techniken und eine Arbeitsplatzgarantie gefordert. Beides war von den Kapitalisten abgelehnt worden.

Nach dem Beginn der Aussperrung sagte Henning Bjerg, der Vorsitzende der Typografen-Gewerkschaft: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Konflikt ein halbes Jahr dauern wird." Die dänischen Drucker und Setzer haben schon Erfahrungen mit langfristigen Arbeitskämpfen. 1977 wurde die Kopenhagener Tageszeitung „Berlingske Tidende" fünf Monate lang bestreikt. Auch damals ging es neben dem Kampf um eine kürzere Arbeitszeit schon um die Einführung neuer Techniken. In diesem Kampf hatten die Setzer und Drucker ihre Kraft auch dadurch eindrucksvoll unter Beweis gestellt, daß sie sich weder von Massenentlassungen noch durch Urteile der Arbeitsgerichte, die den Streik für gesetzwidrig erklärten, in die Knie zwingen ließen. Zudem konnten sie auf die Solidarität ihrer Kollegen in den anderen Zeitungsbetrieben bauen, die einen dreiwöchigen Solidaritätsstreik durchführten.

Dem jetzigen Kampf der dänischen Drucker und Setzer kommt auch in bezug auf Lohnentwicklung besondere Bedeutung zu. Sie fordern Lohnerhöhungen von 20 Prozent. In den meisten anderen Branchen ist es den Kapitalisten dank der Hilfe der rechten Gewerkschaftsführer bis jetzt gelungen, Lohnraubabschlüsse durchzusetzen. Die Löhne sind in diesen Branchen zwar um 7 bis 8 Prozent angehoben worden. Man muß dabei jedoch berücksichtigen, daß die Inflationsrate schon im vergangenen Jahr bei 13 Prozent lag und gegenwärtig weiter ansteigt. Lediglich die Bankangestellten konnten mit massiven Streikdrohungen reale Lohnerhöhungen für die nächsten beiden Jahre von 20 bis 26 Prozent durchsetzen.

Die dänischen Kapitalisten fürchten jetzt insgesamt, daß die Arbeiter in den Zeitungsbetriebe auch an der Lohnfront einen Durchbruch erzielen können. Deshalb hat der Unternehmerverband den Kapitalisten im grafischen Gewerbe eine halbe Milliarde Kronen für ihre Kriegskasse zur Verfügung gestellt.



Druckereiarbeiter demonstrieren für ihre Forderungen.

Jugoslawische Regierung verhängt Ausnahmezustand

Straßenkämpfe im Kosovo

BELGRAD. — Die seit Mitte März andauernden Unruhen in der autonomen Provinz Kosovo im südlichen Jugoslawien haben sich am Wochenende dramatisch zugespitzt. Über die Vorgänge im Kosovo wurde eine Nachrichtensperre verhängt, alle Telefonverbindungen mit dem übrigen Jugoslawien sind unterbrochen. Am vergangenen Freitag wurde der Ausnahmezustand ausgerufen.

Die Unruhen hatten am 11. März an der Universität von Pristina, der Hauptstadt Kosovos, begonnen. Aus Protest gegen die schlechte Verpflegung in der Mensa und gegen die rapide Teuerung waren mehrere tausend Studenten durch die Straßen der Stadt vor die Bezirksregierung gezogen. Am 23. März hatte es dann wieder Demonstrationen gegeben; starke Polizeikräfte hatten das Universitätsgelände Pristina eingekreist.

Nach den Angaben des Bezirksvorsitzenden der revisionistischen jugoslawischen Partei waren bei den darauf folgenden Auseinandersetzungen 23 Demonstranten und 12 Angehörige der Sicherheitskräfte verletzt worden. 21 Menschen wurden verhaftet.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise in Jugoslawien (wo die Inflationsrate auf 100 Prozent zusteuert) macht sich für die Werktätigen im Kosovo besonders stark bemerkbar. Denn diese Provinz, in der etwa eine Million Albaner leben, ist seit jeher das Armenhaus Jugoslawiens. Die Arbeitslosenrate ist die höchste in der ganzen Republik. Wie sehr die jugoslawischen Führer den Kosovo in Rückständigkeit gehalten haben, zeigt sich auch daran, daß hier die Quote der Analphabeten 31,3 Prozent beträgt (gegenüber 16,5 Prozent im Landesdurchschnitt).

Zudem waren die Kosovo-Albaner vor allem in der Ära des berüchtigten Geheimdienstchefs Rancovic auch stets Opfer einer brutalen Unterdrückung durch die jugoslawischen Behörden.

Über die aktuelle Entwicklung der Auseinandersetzungen im Kosovo ist aufgrund der Nachrichtensperre nur wenig bekannt. Die Verhängung des Ausnahmezustands zeigt jedoch, wie ernst die Situation ist. Ein westdeutscher Journalist, der am Wochenende durch Zufall in die für Ausländer gesperrte Provinz gelangen konnte, berichtete darüber, daß die Straßenkämpfe von Pristina aus auch auf andere Städte übergegriffen hätte. Es wären Barrikaden, Panzer und starke Verbände der Miliz und des Militärs zu sehen gewesen.

Schon Ende März hatte es Aufregungen um einen Brand in der serbisch-orthodoxen Patriarchatskirche in Pec (etwa 90 Kilometer von Pristina entfernt) gegeben. Es wurden Gerüchte ausgestreut, „albanische Nationalisten" hätten dort Brandstiftung verübt. Dieser Vorfall läßt darauf schließen, daß bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen auch Provokateure am Werk sind, die nicht nur die verschiedenen Nationalitäten im südlichen Jugoslawien aufeinanderhetzen, sondern auch die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Jugoslawien und Albanien sabotieren wollen.

„Tag des Bodens" im besetzten Palästina

Generalstreik im Westjordanland

JERUSALEM. — Zum fünften Mal begingen die unter israelischer Besatzung lebenden Palästinenser den 30. März als „Tag des Bodens" mit Kampfaktionen vor allem im Westjordanland. Vor fünf Jahren waren an diesem Tag vier palästinensische Jugendliche bei Demonstrationen von israelischen Soldaten erschossen worden.

Nahezu im gesamten Westjordanland wurde ein Generalstreik durchgeführt. Auch die Schulen und die von Palästinensern betriebenen Läden blieben geschlossen. In Nablus, Hebron, Ramallah und anderen Städten brachen Besatzersoldaten die geschlossenen Läden gewaltsam auf und zwangen die Ladenbesitzer mit Waffengewalt, die Geschäfte offenzuhalten. Es kamen allerdings keine Kunden, weil sich die Palästinenser in diesen Städten einmütig am Streik beteiligten.

Durch die Dörfer, in denen 1976 die Jugendlichen ermordet worden waren, zogen Demonstrationszüge. An dem Gedenkstein für die Opfer des Massakers wurden Kränze niedergelegt. Tausende von Menschen, darunter auch viele jüdische Israelis, beteiligten sich an einer Protestkundgebung im Stadion von Nazareth. Die Besatzer hatten ein starkes Aufgebot von Polizei- und Militärgruppen in die Stadt geschickt. Auch am Eingang zum Stadion wurden mehrere Demonstranten von den Sicherheitskräften verletzt.

Bei der Kundgebung betonten alle Redner die Notwendigkeit, den palästinensischen Boden gegen die israelischen Landräuber zu verteidigen. Heute ist nur noch ein verschwindend geringer Teil des Landes — etwa 10 bis 15 Prozent — im Besitz palästinensischer Familien. Und ständig werden neue zionistische Siedlungen auf arabischem Land gegründet, vor allem von der terroristischen Gusch-Emunin-Gruppe.

Justiz im Dienste der Neonazis

500 000 Sinti fielen der „Endlösungs"-Politik der Nazis zum Opfer. Ihre Angehörigen, den Schmerz des Verlustes, die selbst erlittene Qual unauslöschlich ins Gedächtnis gebrannt, sehen sich in der Bundesrepublik noch heute einer ständigen Diskriminierung und ungerechter Behandlung durch die Behörden ausgesetzt. Das Land, von dem sie nach dem Sturz der Hitler-Diktatur glaubten, es könne doch noch ihre Heimat werden, ist ihnen weitgehend fremd und unverständlich geblieben.

Und sie erleben mit besonderer Besorgnis neben nahezu unveränderten Behördenpraktiken das Wideraufleben eines offenen Nazismus in Westdeutschland.



Diese Angst der Sinti ist nur allzu berechtigt!

Eine von ihnen erlebt in diesen Tagen das reibungslose Zusammenwirken der Neonazis mit der bundesdeutschen Justiz. Eine 60jährige Sinte, deren Eltern, drei Brüder und viele weitere Verwandte in Konzentrationslagern ermordet wurden, wird in der Stader Innenstadt von einem jungen Mann mit einer Unterschriftenliste angesprochen. Er ist Mitglied der Neonazis-Gruppe des berüchtigten Faschisten Edgar Geiß, der bundesweit besonders durch seinen Hitler-Gruß am Grab des faschistischen Kriegsverbrechers Kappler bekannt wurde. Er will die Unterschrift für die Unterschrift für die Freilassung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß!

Voller Empörung erwidert die Frau: „Und was ist mit den KZs?" — „Alles Lüge!"

Aus Erschrecken, so sagt die Frau vor Gericht, aus einem Gefühl, beleidigt worden zu sein, und auch aus Angst schlägt sie zu: Sie versetzt dem Nazi eine Ohrfeige. Damit, meint die Staatsanwaltschaft, hat sie ihn beleidigt! — Ist das noch faßbar? Ist ein Mensch, der in verbrecherischer Absicht die Greueltaten der Naziherrschaft leugnet, der für eine Wiederauferstehung der Diktatur die Trommel rührt, zu beleidigen? Ist nicht vielmehr sein öffentliches Auftreten, die Billigung solchen Auftretens durch die Justiz, eine ungeheuerliche Beleidigung für jeden ehrlichen Deutschen?

Diese Verbrecher haben ganz etwas anderes verdient, als nur geohrfeigt zu werden!

Aber nicht in den Augen der Justiz. Körperverletzung und Sachbeschädigung sind weitere Anklagepunkte gegen die alte Frau, Sachbeschädigung, weil der Tisch mit den Unterschriftenlisten umgekippt sei. Gegen den Faschisten, der den Strafantrag gestellt hatte, läuft kein Verfahren. Das teilte das Stader Amtsgericht auf Anfrage mit. Aber warum auch — selbst aus Regierungskreisen war doch schon die Forderung nach Freilassung von Rudolf Heß zu hören...

Dieser Vorfall ist nur ein Beispiel von vielen. Aber auch er macht deutlich, wie falsch die Annahme ist, der Staat werde von sich aus ein Wiederaufleben des Faschismus verhindern. Das kann nur der Widerstand, der gemeinsame Kampf aller Antifaschisten zuwege bringen!

Und auch dieses Beispiel haben wir vor Augen, wenn wir am 8. Mai die 36. Wiederkehr des Tages begehen, an dem die Hitler-Faschisten kapitulieren mußten.

Wir fordern Freispruch für die unrechtmäßig angeklagte Frau in Stade!

Wir fordern das Verbot aller neofaschistischen Organisationen, die Bestrafung der faschistischen Propaganda! Nazis wie Geiß gehören hinter Gitter!

Solidaritätsveranstaltung mit Uli Lux

Mehr als 2000 Besucher kamen am vergangenen Freitag zu einer Solidaritätsveranstaltung mit dem wegen kritischer Beiträge entlassenen Redakteur der früheren WDR-Jugendsendung Radiothek.

Ein Vertreter der Gewerkschaft RFFU rief dazu auf, dafür zu kämpfen, daß in den öffentlich-rechtlichen Anstalten auch die Meinung der Bevölkerung über den Sender kommt. Vor allem in den Gewerkschaften müsse man sich dafür einsetzen. Als daraufhin von einigen Besuchern Pfiffe kamen, sagte er unter starkem Beifall: „Wenn Euch das nicht paßt, mußt Ihr eben für bessere Gewerkschaften kämpfen."

Die vielen Solidaritätsbekundungen mit Uli Lux in der letzten Zeit haben jetzt auch konkrete Auswirkungen gehabt: Das Arbeitsgericht Köln entschied, daß der WDR den entlassenen Redakteur wieder einstellen müsse.

Volkskorrespondenz aus Heilbronn

Ein Besuch kann nicht schaden

So dachte die Versammlung des Antimilitaristischen Arbeitskreises in Heilbronn, nachdem die örtliche Zeitung „Heilbronner Stimme" völlig verfälschend und ganz nebenbei über die Demonstration von weit über 500 Kriegsgegnern in Heilbronn berichtet hatte.

Über 30 Leute fanden sich dann auch am Montag vor dem Gebäude der „Heilbronner Stimme" ein, und gemeinsam zog man dann zum Chefredakteur. Die normale Bürozeit war längst beendet, als die Gruppe den verantwortlichen Redakteur, Herrn Thunert, zu sprechen wünschte und sich auch nicht abweisen ließ. Ein heilloser Schreck muß diesen wohlsituierten Herren in die Glieder gefahren sein. Hier standen sie vor ihnen, die Chaoten, Umstürzler und Steinewerfer, wie sie in ihrer Zeitung immer geschrieben hatten. Da anzunehmen ist, daß sie glauben, was sie schreiben, rechneten sie wohl damit, daß der Tag der Abrechnung gekommen sei. Unsere Delegation gab sich jedoch großzügig. Wir verlangten nicht die Übergabe der Zeitung in die Hände der Kriegsgegner, sondern nur den Abdruck einer Presseerklärung des antimilitaristischen Arbeitskreises.

Inzwischen hatte sich die Führungselite der Zeitung eingefunden und gab sich gezwungenermaßen diskussionsbereit. Im Casino der „Heilbronner Stimme" wurde dann über das Zustandekommen des verfälschenden Artikels diskutiert und der Abdruck der Presseerklärung verlangt.

Man einigte sich dann darauf, daß am Mittwoch ein Artikel erscheinen würde, der in unserem Sinne über die Demonstration und die Veranstalter berichtet. Der Elite der „Heilbronner Stimme" fiel ein Stein vom Herzen. Die Besetzung der „Heilbronner Stimme" war zu Ende, kein Redakteur als Geisel genommen worden. „Zu Beginn sah es gefährlicher aus" meinte auch der Chefredakteur, als wir nach der erheblichen Störung des Dienstbetriebs in aller Ruhe und zufrieden den Medientempel verließen.

Vorher...

HST 16.3.

Demonstration gegen Rüstung – für den Frieden

Gegen die Lagerung von Mittelstreckenraketen auf der Heilbronner Waldheide und gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO, den sie als „Aufrüstungsbeschluß" begreifen, demonstrierten am Samstag mehrere Hundert vorwiegend junge Bürger mit einem Marsch durch die Heilbronner Innenstadt. Auf der Zentralkundgebung auf dem Kiliansplatz richtete die Initiative „Ohne Rüstung leben" einen dringenden Appell an die Bürger, die Heilbronner Bombennacht des 4. Dezember 1944 nicht zu vergessen und sich für den Frieden in der Welt einzusetzen. Eindeutig distanzierte sich diese Organisation von Gruppen, die ebenfalls an der Demonstration teilnahmen und mittels Worten zur „Vernichtung des kapitalistischen Staates" aufriefen. „Jüngere Generation – habt Geduld, schmeißt nicht gleich mit Steinen, sagt nicht ‚Bullen' zu Polizisten!" forderte demgegenüber die Initiative „Ohne Rüstung leben". bö/Fotos: HSt-Eisen

...nachher

Antimilitaristischer Arbeitskreis Heilbronn: HST 23.3.

Auch „Kriegsvorbereitungen" aufgezeigt

Demonstration mit 600 Teilnehmern / „Auflösung der Raketenbasis Waldheide"

Die Demonstration setzte sich nicht nur allgemein „gegen Rüstung – für den Frieden" ein, sondern sollte auch die „Ursachen und Hintergründe der Kriegsvorbereitungen aufzeigen". Diese Erklärung gab der Antimilitaristische Arbeitskreis Heilbronn zu der Demonstration und Kundgebung, an der sich rund 600 Menschen in der Heilbronner Innenstadt beteiligt hatten.

Die Ziele seien sowohl auf Transparenten („Yankees verjagen – NATO zerschlagen" – „Hau ab vom Acker – NATO-Kacker" – „Auflösung der Raketenbasis Waldheide – BRD raus aus der NATO") als auch im Aufruf zu der Demonstration zum Ausdruck gekommen. Darin hieß es, die Bundesrepublik sei der Initiator der Nachrüstung in Europa und übe seit 1979 Druck auf die kleineren NATO-Partner aus. Trotzdem behielten sich beispielsweise Holland und Belgien eine Ablehnung der Stationierung der Mittelstreckenraketen vor: „Das ist das Mindeste, was wir auch bei uns erreichen müssen!" In diesem Sinn wurde eine Rücknahme des NATO-Nachrüstungsbeschlusses gefordert.

An der Demonstration beteiligten sich nach Darstellung des Antimilitaristischen Arbeitskreises, der anläßlich der Stuttgarter Rekrutenvereinigung gegründet worden war, folgende Organisationen: Arbeitskreis Frieden, Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke, Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), Frauen gegen Vergewaltigung – Notrufgruppe, Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), Redaktion der Heilbronner Stadtzeitung, SJD – Die Falken, Spielgruppe e. V., Volksfront und die Initiative „Ohne Rüstung leben".

Bei der Kundgebung auf dem Kiliansplatz wurde betont, daß die Bereitschaft zum Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen und die Mobilmachung wachse, wie man am Beispiel des Kampfes gegen die Rekrutenvereidigungen, auch in Stuttgart, gesehen habe: „Da auch nach dieser Demonstration immer noch Atomraketen auf der Waldheide und sonst wo stationiert sind, muß der Widerstand gegen die Militarisierung weitergeführt werden!" HSt

„Graue Panther" gegen Mißhandlungen in Altenheimen



SAARBRÜCKEN. — Vor dem Saarbrücker Landtag protestierten vor einigen Tagen zahlreiche Mitglieder des Senioren-Schutzbundes „Graue Panther" gegen die Tatsache, daß die Insassen der Alten- und Pflegeheime mit staatlicher Duldung mißhandelt werden. Die Demonstration der alten Menschen, die sich an Händen und Füßen gefesselt und den Mund zugeklebt hatten, erregte große Aufmerksamkeit. Als einen Skandal werteten die „Grauen Panther" die Entscheidung des Landgerichts Saarbrücken, die ehemalige Leiterin eines Altenpflegeheimes in Rehlingen/Fremersdorf zu nur einem Jahr Haft mit Bewährung zu verurteilen. Diese hatte sich der schweren Körperverletzung an Heiminsassen schuldig gemacht.

Die Rote-Garde-Hochschulgruppe Westberlin

lädt ein zu einem

Seminar

Unter dem Motto:

Imperialismus und Hochschule

Interessierte Freunde und Genossen möchten sich bitte im Berliner Buchladen anmelden: Sprengelstr. 40, 1 Berlin 65, Tel.: 030/4653966



Sonntag, 12. April, 10.30 Uhr, ZDF
Wollt ihr den totalen Sieg? In der ZDF-Matinée wird ein Dokumentarfilm von Hans-Jürgen Usko über die Funktion des Sports in der Hitler-Diktatur gezeigt.

***

Sonntag, 12. April, 11.15 Uhr, ARD
Die Jugend der 80er Jahre. Seit sich wieder was tut auf den Straßen der Bundesrepublik, haben auch die Fernsehanstalten die Jugend entdeckt. Diese Sendung wird als „Streitgespräch" zwischen Politikern und Jugendlichen angekündigt. Teilnehmer standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Die Sendung wird live ausgestrahlt.

***

Sonntag, 12. April, 13.40 Uhr, ZDF
Paolo Freire — das ABC und die Politik. Bericht von Hans Rolf Strobel über die Alphabetisierungskampagne in Nicaragua.

***

Sonntag, 12. April, 21.05 Uhr, ARD
Flächenbrand. Alexander von Eschwege hat diesen Fernsehfilm nach dem jüngsten Roman von Max von der Grün gedreht. Im Mittelpunkt steht der arbeitslose Maurer Lothar Steingruber. Er kommt einer neofaschistischen Bande auf die Spur und muß feststellen, daß auch seine eigene Tochter bei den Nazis mitmacht. Lothars Aktivitäten gegen die Faschisten und gegen den geplanten Abbruch einer Arbeitersiedlung bringen ihn auch in Konflikte mit seiner Partei, der SPD. Mit Horst Frank, Renate Küster und Nina Hoger.

***

Montag, 13. April, 21.20 Uhr, ZDF
Und plötzlich bist du draußen. Fernsehspiel von Karl-Heinz Schmidt-Lauzmis und Peter Böbbels über einen Baggerführer, der seine Arbeit verliert.

***

Montag, 13. April, 22.00 Uhr, WDR III
Paisà. In diesem Film von 1946 zeigt Regisseur Roberto Rosselini in sechs Episoden die Befreiung Italiens vom Faschismus.

***

Mittwoch, 15. April, 22.00 Uhr, Hessen III
Flucht nach Marseille. Bilder aus einem Arbeitsjournal zu Anna Seghers Exil-Roman „Transit".

***

Freitag, 17. April, 10.40 Uhr, ARD
Missa Solemnis. Beethovens Chorwerk mit dem NOS-Radio-Chor und dem Amsterdamer Concertgebouw-Orchester unter der Leitung von Leonhard Bernstein.

***

Freitag, 17. April, 20.15 Uhr, ARD
König Richard II. William Shakespeare, der größte aller Stückeschreiber, kommt jetzt bei der ARD groß heraus. Mit „Richard II" beginnt eine Ausstrahlung seines gesamten Werkes. Es handelt sich dabei um Produktionen der britischen BBC.

Bestürzung in Britannien

Putschpläne gegen Regierung Wilson enthüllt

Auch in Portugal sollte geputscht werden

LONDON. — Einen Schock haben in Britannien Enthüllungen der „Sunday Times" ausgelöst, nach denen 1968 in Kreisen von Großkapitalisten, hohen Militärs und Angehörigen der Königsfamilie Putschpläne gegen die damalige Labour-Regierung unter Premierminister Wilson erörtert worden sind.

Der Anstoß für diese Pläne ist nach den Berichten der Zeitung von Königin Elisabeth selbst ausgegangen. Sie hätte zahlreiche Beschwerden über die Politik der Wilson-Regierung erhalten, verbunden mit der Aufforderung, Abhilfe zu schaffen. Offenbar kamen diese Beschwerden von Kapitalisten, denen selbst der rechte Sozialdemokrat Wilson noch zu radikal war.

Die Königin gab diese Klagen nun nicht an die Regierung weiter, sondern beriet darüber mit ihrem Vetter Lord Mountbatten. Und der wurde dann sofort aktiv, indem er Pläne zur Beseitigung der Regierung entwickelte. An der Ausarbeitung dieser Pläne haben nach Angaben der britischen Presse zumindest ein General der Armee, sowie der frühere Regierungsberater Sir Zuckerman und der berüchtigte Pressezar Cecil King teilgenommen. Wie das Vorhaben konkret abgewickelt werden sollte und wer noch an der Verschwörung beteiligt war, ist unklar. Sicher ist nur, daß Mountbatten (der später von der IRA getötet wurde) Chef einer Übergangsregierung werden sollte.

Der ehemalige Geheimdienst-Chef Sir Martin Jones hat inzwischen zugegeben, daß er seinerzeit von den Putschplänen gewußt hat. Es habe sich bei den Verschwörern jedoch um einen „ziemlich verrückten Haufen" von Leuten gehandelt, sagte Jones, und deshalb habe er es auch nicht für nötig gehalten, Premierminister Wilson von den Putschplänen zu unterrichten. Der Regierungschef hat aber offenbar trotzdem von den Plänen erfahren. Denn nach Angaben seiner ehemaligen Sekretärin Lady Falkender hat er sich über Jahre hinweg vor einem Staatsstreich gefürchtet. Nach einer „Anti-Terroristen-Übung" auf dem Londoner Flughafen habe er beispielsweise zu ihr gesagt: „Das hier könnte auch in einer anderen Weise genutzt werden: Die könnten die ganze Sache gegen uns wenden — vollständig."

In der gleichen Woche, in der die Enthüllungen über Mountbattens Staatsstreichpläne erschienen, veröffentlichte die portugiesische Tageszeitung „Diario de Noticias" alarmierende Berichte über einen Putschplan in Portugal. Der Putsch, so die Zeitung, war für den 23. April terminiert. Beteiligt daran waren hauptsächlich Zivilisten, aber auch ein hoher Offizier. Die Aktion war mit der Verschwörung der faschistischen Militärs in Spanien abgestimmt und ist offenbar nach dem Scheitern des Staatsstreichs im Nachbarland wieder abgeblasen worden. Aus Spanien selbst gibt es inzwischen neue Anzeichen für eine Verwicklung der amerikanischen Supermacht in den Putschversuch der Armee und der Guardia Civil: Bereits einen Tag vor diesem Putschversuch war in den amerikanischen Militärstützpunkten in spanischem Boden Alarmbereitschaft ausgelöst worden.

All diese Fakten belegen eindringlich die Tatsache, daß die gewaltsame Beseitigung der bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsformen durch die Kräfte der äußersten Reaktion keineswegs eine Spezialität lateinamerikanischer „Bananenrepubliken" ist, sondern daß sie auch auf unserem angeblich politisch stabilen Kontinent eine ständige Gefahr für die Werktätigen darstellt. Wenn wir einmal in das Jahr 1968 zurückblenden, in dem Mountbatten und seine Mitverschwörer aktiv waren, dann ergibt sich das folgende Bild: In den späten sechziger Jahren führte die bis dahin schärfste wirtschaftliche Krise der Nachkriegszeit zu einem gewaltigen Aufschwung der Massenkämpfe in Westeuropa.

Das war der Hintergrund dafür, daß in mehreren Ländern die reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals auf den Übergang zu brutaleren Formen der Unterdrückung drängten. In Griechenland wurde auf Betreiben und mit aktiver Unterstützung der amerikanischen Imperialisten die faschistische Diktatur errichtet. In Italien wurden zur gleichen Zeit konkrete Putschpläne vorangetrieben, in die hohe Armee- und Geheimdienstoffiziere — und natürlich auch der CIA — verwickelt waren. Die französische Monopolbourgeoisie war entschlossen, die revolutionäre Massenbewegung vom Mai 68 mit Hilfe der Elitetruppen des Generals Massu niederzuschlagen. Ganz zu schweigen von der Türkei, die in jenen Jahren eine lange Periode offen faschistischer Unterdrückung erlebte.

Als unter dem Druck der Massenkämpfe dann die faschistischen Diktaturen in Griechenland, später in Spanien und Portugal fielen, wurden diese Diktaturen zu Relikten einer vergangenen Zeit erklärt. Nun sei, so hieß es in der bürgerlichen Propaganda, endgültig das Zeitalter der Demokratie in Europa angebrochen. Spätestens die Ereignisse im vergangenen September in Ankara und in diesem März in Madrid haben jedoch diese Propaganda eindeutig widerlegt. Heute hat sich die kapitalistische Krise im Verhältnis zu den späten sechziger Jahren weiter drastisch vertieft. In dem Maße, wie die Massenkämpfe gegen die Folgen der Krise zunehmen werden und sich die Arbeiterklasse in Europa vom reformistischen und revisionistischen Einfluß lösen wird, in diesem Maße werden auch die reaktionärsten Elemente innerhalb der herrschenden Klassen wieder nach anderen Wegen zur Behauptung ihrer Herrschaft suchen. Wobei sie sich, wie das türkische und das spanische Beispiel gezeigt haben, auf eine mehr oder weniger aktive Unterstützung durch die amerikanische Supermacht verlassen können.

Expremier Wilson: Gegen seine Regierung richteten sich die Putschpläne Mountbattens.

270 Demokraten aus der Türkei ausgebürgert

FRANKFURT. — Bei einer Pressekonferenz in der vergangenen Woche erklärte die „Alternative Türkeihilfe", daß bis jetzt schon 270 im Ausland lebende Demokraten aus der Türkei von der faschistischen Junta ausgebürgert worden sind. Türkische Künstler und Journalisten, die von der Ausbürgerung betroffen sind, berichteten auf der Pressekonferenz auch über eine „beispiellose Hetzkampagne", die von türkischen Zeitungen gegen sie geführt wird.

Melike Demirag bei der Frankfurter Demonstration gegen die Militärjunta.

Die Schauspielerin Melike Demirag (in der Bundesrepublik bekannt durch die Güney-Filme „Der Freund" und „Die Herde") sagte, die Kampagne der Junta und ihrer Presse gegen sie habe an dem Tag begonnen, als sie ihre Filme in Zypern vorstellte. Sie habe sich dort für die türkisch-griechische Freundschaft eingesetzt und auf die Berichte von amnesty international über die Folter in der Türkei hingewiesen. Daraufhin habe es eine Flut von Artikeln in türkischen Zeitungen gegeben, in denen sie als „Terroristin" und „falsche" Türkin bezeichnet wurde.

Melike Demirag, ihr Mann, der Komponist Sanur Yurdatapan, und ihre zweijährige Tochter sind vom faschistischen Regime ausgebürgert worden. Ihr gesamter Besitz in der Türkei wurde beschlagnahmt. Die Filme und Lieder des Künstler-Ehepaars sind inzwischen von den Militärs verboten worden.

Der Schriftsteller Jürgen Roth, Mitglied der „Alternativen Türkeihilfe", wies darauf hin, daß die Hetzkampagne gegen in der Bundesrepublik lebende Demokraten aus der Türkei von der türkischen Botschaft in Bonn gesteuert würde. „Die Türken werden als Kriminelle und Terroristen bezeichnet und damit praktisch für vogelfrei erklärt."

Frister fordert Maßnahmen gegen die türkische Junta

BONN. — Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Erich Frister, hat die Bonner Regierung aufgefordert, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gewerkschaftsfreiheit und der Menschenrechte in der Türkei zu ergreifen.

Frister, der auch Präsident der Internationalen Vereinigung freier Lehrergewerkschaften ist, hat diese Forderung in einem offenen Brief an Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher gestellt. Zuvor hatte er sich von zwei führenden Funktionären der türkischen Lehrergewerkschaft TÖB-DER, Gültekin Gazioglu und Ayhan Kuthlay, über die Verfolgung dieser Gewerkschaft in der Türkei informieren lassen. Die beiden Funktionäre leben seit ihrer Flucht aus der Türkei in der Bundesrepublik.

Frister verlang in seinem offenen Brief von der Bundesregierung „geeignete Maßnahmen, um den willkürlichen Verhaftungen, den Folterungen und anderen Menschenrechtsverletzungen ein Ende zu bereiten, sowie die Zulassung freier Gewerkschaften zu gewährleisten".



Amerikanische Bergleute demonstrieren gegen die Streichung von Sozialprogrammen durch die Reagan-Regierung.

Britische Unterhausabgeordnete fordern:

Rückgabe des albanischen Goldschatzes

LONDON. — Mehrere Abgeordnete des britischen Unterhauses haben Premierministerin Thatcher aufgefordert, den 2 338 Kilogramm schweren Goldschatz Albaniens, der seit 35 Jahren in den Tresoren der Bank von England liegt, unverzüglich an die albanische Regierung zurückzugeben.

Der Goldschatz, dessen Wert mit 17 Millionen Pfund (etwa 80 Millionen Mark) angegeben wird, war während der faschistischen Besetzung Albaniens von den Nazis geraubt und in die Berliner Reichsbank gebracht worden. Nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus wurden die britische, amerikanische und französische Regierung als Treuhänder beauftragt, die Rückführung des geraubten Schatzes an Abanien in die Wege zu leiten. Das Gold wurde jedoch in die Bank von England gebracht, wo es heute noch lagert. Alle albanischen Forderungen, den Schatz an seine Eigentümer zurückzugeben, sind von den britischen Regierungen der Nachkriegszeit ignoriert worden.

Als Begründung für diese rechtswidrige Haltung hat London stets angeführt, daß Albanien zuerst Schadensersatz für zwei britische Kriegsschiffe leisten müsse, die 1946 vor der albanischen Küste auf Minen aufgelaufen und gesunken waren. Bei diesem Zwischenfall hatte es sich jedoch um eine eindeutige britische Provokation gehandelt, eine Fortsetzung der vielen feindseligen Akte, mit denen der britische Imperialismus schon während des antifaschistischen Krieges die Bildung der Volksmacht in Albanien zu verhindern suchte (siehe dazu auch das Buch „In den Annalen der englischen Diplomatie geblättert" von Arben Puto, erschienen im Verlag Roter Morgen).

Die beiden Kriegsschiffe waren in eindeutig provokatorischer Absicht, mit auf das albanische Festland gerichteten Geschützen in die albanischen Territorialgewässer vor Saranda eingedrungen und dabei auf zwei Minen aufgelaufen, die während des Krieges von den italienischen und deutschen Besatzern gelegt worden waren. Der absurde Versuch, die Schuld für diesen Zwischenfall der albanischen Regierung in die Schuhe zu schieben, ist vom Genossen Hysni Kapo schon 1947 vor der UNO zurückgewiesen worden.

In Britannien hat sich jetzt eine „Kampagne für diplomatische Beziehungen" mit Albanien gebildet, die sich energisch für die Rückgabe des Goldschatzes einsetzt und sich auch eine öffentliche Aufklärung über die albanisch-britischen Beziehungen in den vierziger Jahren bemüht. Die „Kampagne" verlangt beispielsweise Aufklärung über Pläne des britischen Geheimdienstes, in Zusammenarbeit mit der CIA eine Invasion Albaniens zu organisieren. In diesem Zusammenhang wurde auch festgestellt, daß 35 Jahre nach dem Krieg immer noch 101 albanische Akten des Außenministeriums geheimgehalten werden.

Als Martin Moir, der Vorsitzende der Kampagne, zusammen mit einigen Unterhausabgeordneten in der Angelegenheit des Goldschatzes das britische Außenministerium aufsuchte, präsentierte Minister Blake eine bislang unbekannte Version der britischen Haltung in dieser Frage: Das Gold, so Blake, werde zurückgehalten, weil die amerikanische Regierung das so wolle. Die USA hätten Forderungen an Albanien. Welcher Art diese Forderungen sind, konnte der Minister jedoch nicht sagen. Die „Kampagne" und die Abgeordneten, von der sie unterstützt wird, fordern jetzt von Premierministerin Thatcher, sie solle bei ihrem nächsten Gipfeltreffen mit Reagan die Goldschatz-Frage endgültig lösen. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, hat die „Kampagne" für die nächste Zeit Demonstrationen vor der US-Botschaft und vor der Bank von England angekündigt.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayi: 15 10 Nisan 1981 | Yıl: 15 | 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



Bonn'da 15 0000 insan yürüyüşe katıldı

Atom füzelerine karşı direnme yükselmektedir

NATO planlama grubu Bonn'da toplandı

Cumartesi günü, Federal Almanya başkenti Bonn'da 15 000 insan NATO'nun ek silahlanma kararına karşı düzenlenen bir protesto yürüyüşüne katıldılar ve Pershing 2 ve Cruise Missiles tipindeki orta menzilli Amerikan füzelerinin Batı-Avrupa'da yerleştirilmemelerini talep ettiler. Yürüyüşe neden olan somut sebep ise, NATO Nükler Planlama Grubunun (NPG) Bonn'daki 6 ve 9 Nisan tarihleri arasındaki toplantısıydı.

“NATO paktın gizli heyeti” olan NPG, senede iki kez toplanmaktadır. Görevi ise; Amerikan atom savaş stratejisini askeri pakt içindeki Batılı “dostlarla” ayarlamaktır. NATO tarihi boyunca NPG'nin ilk kez Bonn'da toplanması, elbette bir tesadüf değildir. NPG'nin ilk Bonn'daki toplantısı Amerikan orta menzilli füzelerini Federal Almanya'da yerleştirme planlarının önemini vurgulamak istemektedir. ABD savaş Bakanı Weinberger, Bonn'a hareket etmeden önce, NPG toplantısının asıl hedefi, NATO'nun “ek silahlanma” kararını kayıtsız şartsız gerçekleştirmesi olduğunu vurgulamıştı.

Avrupalı NATO “dostları” ise, bu kararı gerçekleştirmekle oldukça büyük zorluklarla karşılaştılar. Hükümet partilerinin tabanları dahil olmak üzere, füzelere karşı direnme özel olarak Federal Almanya'da yoğun bir şekilde gelişti. Federal Başbakan Schmidt, geçen hafta parlamentonun güncel konularla ilgili toplantısında, Federal Hükümetin NATO'nun “ek silahlanma” kararına sadık olduğunu açıkladıysada, kendi partisinin büyük bir kesimi bu konuda ayrı düşündüğü bir gerçektir ve son



haftalarda verilen demeçlerden, alınan kararlardan da bellidir:

★ Hamburg Eyalet parlamentosunun 22 SPD'li milletvekili “Atom ölümü hepimizi tehdit etmektedir! Federal Almanya Cumhuriyeti'nde yeni atom füzelerinin yerleştirilmesine hayır!” başlıklı bir foruma çağrıyı imzaladılar. Çağrıda şöyle yazılmakta: “Tehdit edildiklerini hisseden, barışın muhafaza edilmesini endişeyle takip eden güçlerin biraraya gelip ve düşünmelerinin, şu talep için ortaklaşa çaba sarfetmelerinin zamanı artık gelmiştir: Federal Hükümet, NATO'nun “ek silahlanma” kararına ve Federal Almanya topraklarında yeni atom füzelerinin yerleştirilmesine ilişkin verdiği olumlu cevabını geri almalıdır.”

★ Baden-Württemberg Juso'ların (SPD'nin gençlik örgütü) eyalet konferansı delegeleri oybirliğiyle füzelere ilişkin kararın geri alınmasını talep ettiler.

★ SPD'nin en çok üyesi olduğu, Batı Westfalya SPD parti grubu, SPD'nin “rekabet silahlanma ve etkin olma politikasına” karşı olmasının gerektiğini vurguladı.

★ Bu tür kararlar, emekçi halkın, NATO'nun atom silahlanma politikasına karşı duyduğu büyük huzursuzluğun ve yoğunlaşan direnmeyi ifade etmektedir. Elbette sorun bu tür kararların alınmasıyla halolmayacaktır. Son dönemde gerçekleştirilen çeşitli eylemler daha da geniş bir çapta yoğunlaştırılmalıdır. Bu tür eylemler özellikle Amerikan atom silahların mevcut olduğu veya orta menzilli füzelerin yerleştirilmesi düşünüldüğü yerlerde yapılmalıdır.

KPD Merkez Komitesinin 1 Mayis çağrısı

Sevgili işçi arkadaşlar,

1 Mayıs tüm ülkelerdeki işçilerin ortak mücadele günüdür. 1 Mayıs'ın bizim ülkemizde de işçi sınıfının talepleri uğruna bir mücadele günü olarak kutlanması için çaba sarfedelim. Bunu gerçekleştirmek bu yıl daha da büyük önem taşıyor. İşverenler bu yıl en temel çıkarlarımıza karşı büyük bir saldırıya geçmiş durumdadırlar.

Onlar toplu sözleşmelerde öne sürdükleri provokatif önerilerle neyi amaçladıklarını ispatladılar: Kapitalist krizin yükü, gerçek ücretler düşürülerek işçilerin ve memurların sırtına yıkılmak isteniyor! Ve grev hakkına karşı savurdukları tehditler kârlarını gerçekleştirmek için bundan sonra onların daha da vahşi yöntemlere başvuracaklarının göstergesidir.

Ama sorun sadece ücret sorunumuz değil. Bugün yine bir milyondan çok daha fazla işsiz mevcuttur. 1980'li yıllar içinde işsizlik sayısının gelişimi 5 milyonu aşacağını burjuva bilim adamları bile söylemektedirler. Yarının korkunç işsizlik ordusu daha bugünden hazırlanıyor: Büyük tekellerin işletmeleri kapatılmakta ve kitlesel olarak çıkışlar verilmekte, üretim bölümlerinde ve yönetim bürolarında rasyonelleştirme kampanyaları mevcut. Şurası açıktır ki, işverenlerin vahşi ve cepheden saldırılarını bugün engelleyemezsek, yarın milyonlarca insan sokaklarda sürünecektir.

Ancak çıkarlarımız için kararlı bir şekilde mücadele vererek gerçek ücretlerimizi koruyabilir, işyerlerimizi savunabiliriz. Sendika yönetiminin uyguladığı sosyal barış ile işverenlerle birlikte çalışmayla bugüne kadar hiç bir şey kazanmadık ve ilerde daha çok şey kaybedeceğiz. Bu nedenle diyoruz ki: Sosyal barışa karşı, sınıf mücadeleci bir sendika politikası için! Gerçek ücret artışları için! İşyerlerimizin uzlaşmadan savunulması için! Tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası için! Mücadele edelim!

Sert rüzgârlar sadece işletmelerde esmiyor. Münih'teki faşist katliam ve tamamen kanunsuz olan Nürnberg'teki—yani Strauss'un Eyaleti olan Bavyera'da—kitlesel tutuklamalar gericiliğin ilerlemekte olduğunu gösteriyor. Sorun, böyle bir gelişimi başından itibaren engellemektir. Ve bunda belirleyici olan işçi ve sendika hareketidir.

Son yıl içinde savaş tehlikesi de ciddi bir şekilde derinleşti. İki süper devlet, ABD ve Sovyetler Birliği arasındaki soğuk savaş yeni bir doruk noktasına ulaştı. Böylece, Almanya'nın yeni ve tüm dünyayı kapsayan bir savaşta yine bu savaşın alanlarından birisi olma tehlikesi artmaktadır. Ya Federal Almanya Hükümeti bu konuda ne yapıyor? Waşington'daki savaş kışkırtıcılarına karşı tavır alacağına, militaristleşmeyi kendisi teşvik ediyor, halkımızın en geniş muhalefetine rağmen Amerikan atom füzelerinin topraklarımıza yerleştirilmelerini gerçekleştirmek istiyor.

Barışı bloklar ve devlet şefleri arasındaki görüşmeler değil, yalnızca geniş bir kitle hareketi sağlayabilir. Yeniden silahlanma kararı iptal edilsin! NATO'dan çıkılsın! Federal Almanya tarafsız olmalı! İşçi sınıfının tüm ülkelerin sınırlarını aşan; savaşa karşı, barış, demokrasi ve sosyalizm için, ortak mücadelesine olan ihtiyaç geçmişten çok daha acil olarak kendisini hissettiriyor.

DGB'nin yürüyüşlerine ve mitinglerine yoğun bir şekilde katılalım! 1 Mayıs'ın sendika ağalarının ve devlet bakanlarının hükümet 1 Mayası'na dönüştürülmesine izin vermeyelim! 1 Mayıs işçilerindir. 1 Mayıs'ı çıkarlarımız uğruna bir mücadele gününe dönüştürelim! Herkese iş Barış ve sosyalizm için ileri!

Bonn savaşı nasıl hazırlıyor

Sağlık sistemi savaşa yönelik hazırlanıyor

BONN. — Sağlık Bakanlığının gizli tuttuğu ve ancak şimdi haberdar olduğumuz bir kanun tasarısı, Federal Hükümetin savaşa nasıl ciddi bir şekilde hazırlandığını, halkımızı nasıl yeni bir savaşa sürüklemek istediğini göstermektedir. Tasarı, tüm sağlık sistemini savaş hazırlığına ve savaşa tabi kılmayı amaçlayan “Sağlık Sistemini Sağlama Kanunu”na ilişkindir.

Başka şeylerin yanı sıra kanun, doktor eğitiminin barış döneminde de askeri şartlara uygun bir şekilde yapılmasını ve “ciddi durumun” patlak verdiği an, o zamana kadar her hangi bir şekilde tıbbi eğitim görmüş olan tüm insanları askere çağırmayı öngörmektedir.

Savaş esnasında tüm sağlık techizatların sadece askeri bakış açılarından kullanılması bu teçhizatları genişletebilmek için kamu ve özel binalara el konulması planlanıyor. El konulması düşünülen binalar arasında—kanun bunu somut olarak vurgulamaktadır—yaşlılar ve bakım merkezleri vardır. Bu tür yerlerde yaşayan insanlar ise kendi çarelerine bırakılmakta. Yaralanmış askerlerin tedavilerini sağlıyabilmek için, sivil hastaların biran evvel, yani tedavi edilmeden hastahanelerden çıkartılmaları öngörülüyor. **Ağır hastalara ise—bunların tedavi edilmesine ilişkin ümit olmadığı için— hiç bakılmaması düşünülüyor.**

Benzin fiyatlarinin aniden artmasi enflasyonu hizlandiriyor

Geniş grev eylemleri olmadan gerçek ücretler muhafaza edilemez

FRANKFURT. — IG Metall sendikası geniş grev eylemlerine başvurmadan bu senenin toplu sözleşmelerinde işçilerin ve memurların gerçek ücretlerinin muhafaza edilmesi sözkonusu olamaz. İşverenlerin toplu sözleşmelerde takındıkları tavır ve Bonn'un provoke ettiği ve enflasyonu hızlandıran benzin fiyatlarının aniden artışı, bunun bir kez daha açıkça göstergesi oldu.

Metal İşveren Sendikası Gesamtmetall'in şefi Kirchner, alay edercesine IG Metall sendikasının taleplerini “hayalci” olarak değerlendirdi ve sendikanın en kısa süre içinde bu taleplerinden vazgeçmesini talep etti. Gerçekte ise, yüzde 7,7-8 arasında değişen IGM talepleri ancak bu yıl gerçek ücretlerin aşırı bir şekilde düşmemesini sağlayabilecek durumda, o da bu ücret artışı tamamen gerçekleşirse.

Bu talepleri hayalcı olarak değerlendirenler, bu yıl gerçekleştirmek istedikleri ücret politikasındaki değişiklikle neyi amaçladıklarını açıklıyorlar: Önümüzdeki üç, dört senenin toplu sözleşmelerinde ücret artışları değil, ücretlerin hangi oranda düşeceğini tartışmak istiyorlar!

Tekelci kapitalistlerin bu stratejisinin önüne geçilmelidir. DGB bunun için yeterli bir mücadele gücüne sahiptir. Bugüne kadar 1,5 milyon metal işçisinin uyarı grevine bunun açık bir ispatıdır.





GÖREV BİZ KOMÜNİSTLERE DÜŞÜYOR!

Metal toplu sözleşmelerindeki ilk büyük uyarı grevi 5 şubat tarihinde Kuzey Almanya'da gerçekleşti. O tarihten bu yana işletmelerdeki arkadaşların eşi görülmemiş boyutlarda yoğun faaliyetlerine tanık olmaktayız. Bugüne kadar bir milyonu aşkın metal işçisi greve gitti. Buna paralel olarak IG İnşaat-Taş-Toprak sendikasında gerici yönetime karşı bir isyan patlak verdi, yüzde 4 oranındaki utanç verici toplu söleşme anlaşması iptal edildi. Diğer önemli kollarda da toplu sözleşme görüşmeleri başlamış bulunmaktadır. İki cephenin bu denli uzlaşmaz olduğu, bu derece şert biçimde süren ücret anlaşmalarına F. Almanya tarihinde ilk kez rastlanmaktadır.

Toplu sözleşmeler başladığında, işveren sendikasının önde gelenleri, her şart altında ücretler politikasında ciddi değişiklikler elde etmek istediklerini açıklamışlardı. Bu açıklamaların boş söz değil, acı birer gerçek olduğunu şimdi açıkça görebilmekteyiz. DGB'ye bağlı olan en büyük sendika olan IG Metall sendikası dize getirilmek, aşağılanmak, resmi fiat artışlarının gerisinde kalan bir ücret anlaşmasını imazlamaya zorlanmak isteniyor.

Büyük sermayenin ulaşmak istediği yalnızca ekonomik bir hedef değildir. Sorun yalnızca işverenlerin yüzde bir artması ya da düşmesi değildir. Sorun bir ilke sorunudur: İşverenler ücret politikası alanında sendikalara karşı savaş ilan ediyorlar. Bu yılki toplu sözleşme görüşmelerinin özelliği işte buradan kaynaklanıyor. Ve IG Metall yönetiminin başvurduğu ''yeni hareketlilik'' taktiği de bu bakışla ele alınmalıdır.

Elbette bu taktiğin olumlu yanları da vardır. Sözgelimi, işyerlerindeki geniş emekçi yığınlar bugüne kadar eşine rastlanmamış boyutlarda seferber edilmişlerdir. Böyle olunca, IG Metall sendikasının ifade ettiği muhtemel mücadele gücü, işverenleri o derece korkutmuş olmalı ki, büyük bir propaganda ile ilan ettikleri "yeni ücret formülü"nü (yani toplu sözleşme sonuçlarının yüzde 3 oranındaki üretim gelişimini kıstas almaları talebini) sanki kaynar suymuş gibi bir yana bıraktılar.

Ama en güçlü uyarı grevleri dalgaları bile tekel patronlarını, esas ve belirleyici hedeflerinden vageçiremeyecektir. Onların esas hedefi, artık kesin olarak sona eren, "ekonomik mucize" süresi içinde işçi sınıfının mücadele sonucu elde ettiği yaşam koşullarının düzeyini büyük ölçüde düşürme girişimidir. Onlar gittikçe yaygınlaşan bunalımın bataklığından çıkmanın tek çözüm yolu olarak işte bu girişimi görmektedirler.

Bu nedenden dolayıdır ki, metal işveren sendikası, çekişmeleri daha da kışkırtabilmek için adımlar atmaktadır. İşveren sendikası eyalet düzeyindeki görüşmelerin artık bir çıkmaza girdiğini vurgulayarak merkezi görüşmeler talep ediyor. Ve sonunda IG Metall sendikasının önüne iki seçenek çıkıyor: "Ya mücadele, ya da uzlaşma."

IG Metall yönetimi ise ikinci seçeneği, yani uzaşmayı istemektedirler. Gerekçeleri şöyledir: İşverenler, IG Metall sendikasının cepheden savaşmasını isteyerek, sendikayı maddi olarak dize getirmeyi ve böylece önümüzdeki yıllarda belirleyici olarak kendisini hissettirecek bir biçimde zayıflatmak istiyormuş. Son derece tehlikeli bir düşünce tarzı!

Sanki sermaye maddi yönden sendikalardan kat kat daha güçlü değil mi ki? Gerçekteyse kapitalistler sınıfı ilk planda sendika ve işçi hareketini bir kez dize getirerek işçi yığınlarının direnme güçlerini ve mücadele azimlerini manevi olarak yıkmayı amaçlıyorlar. bu etken de bölgesel bir grevin maddi yükünden çok daha ciddidir.

Sorunlar arasındaki bu ilişkilerin kavratılması biz komünistlere düşen bir görevdir. Etkin bir biçimde ücret artışları için yükselen harekete el atarak, sendika ağalarının uzlaşma çizgisine karşı bütün gücümüzle karşı çıkmalıyız. Ortaya çıkan mevcut durum son derece elverişli koşulları içinde taşımaktadır. Gündemde olan, bütün gücümüzle işyerlerindeki emekçileri seferber etmektir. Ve sendikalarda tartışmaları da korkmadan teşvik etmeliyiz.

Bunalımdan kurtulmak isteyen sermayenin tek perspektifi ise, örgütlü işçi hareketini parçalamaktır. Bu faşizm ve savaş demektir. Sermayenin bu stratejisi karşısında "tepeden inme sınıf mücadelesinden" yakınmak ve "sosyal barışı" kurtarmaya çalışmak son derece tehlikeli ve mücadeleyi çıkmaza sokan bir bakış açısıdır. İşçi sınıfının izleyebileceği tek yol devrimci sınıf mücadelesi yoludur!

Hanfried Brenner

270 TÜRKİYELİ DEMOKRAT VATANDAŞLIKTAN ÇIKARTILDI

FRANKFURT. — "Alternative Türkei-Hilfe"nin geçen hafta düzenlediği bir basın konferansında, bugüne kadar Türkiye'deki faşist cunta tarafından yurtdışında yaşayan 270 demokrat Türkiyelinin vatandaşlıktan çıkarıldığı öğrenildi. Vatandaşlıktan çıkarılan sanatçılar ve gazeteciler, basın konferansında Türk basının kendilerine karşı sürdürdüğü ve "eşi görülmemiş bir kışkırtma kampanyasından" sözettiler.

Sinema sanatçısı Melike Demirağ (Melike Demirağ Federal Almanya'da "Arkadaş" ve "Sürü" adlı Güney filimleriyle tanındı) cuntanın ve onun basının kampanyasının, kendi filimlerini Kıbrıs'ta gösterdiği günle başladığını açıkladı. Kendisi, Kıbrıs'ta Türk-Yunan dostluğunu savunmuş ve Uluslararası Af Örgütünün Türkiye'de işkence var olduğunu iddia eden haberlerini hatırlatmıştı. Bunun üzerine Türkçe gazetelerinin hemen hepsinde yoğun bir şekilde kendisi hakkında makaleler yayınlanmış, kendisi "terörist" ve "sahte" Türk olarak suçlanmıştı.

Melike Demirağ, kocası besteci Şanar Yurdatapan ve iki yaşlarındaki kız çocukları faşist rejim tarafından vatandaşlıktan atılmışlardır. Ve Türkiye'deki tüm varlıklarına el konulmuştur. Sanatçı ailenin filimleri ve şarkıları Türkiye'de ordu tarafından yasaklanmıştır.

"Alternative Türkei-Hilfe" yazar Jürgen Roth, Federal Almanya'da yaşayan Türkiyeli demokratlara karşı sürdürülen kışkırtma kampanyasının merkez Bonn'daki Türk Elçiliği tarafından yürütüldüğünü vurguladı. "Türkiyelilere katil ve terörist damgası vurulmakta ve onlar böylece her türlü saldırıya maruz bırakılmaktadır."

Taş kömürü madenlerinde toplusözleşmeler

İGBE (MADEN VE ENERJİ SENDİKASI) AĞALARIDA SADECE YÜZDE 7 TALEP EDİYORLAR

BOCHUM. — Önceki hafta Cuma günü IG Maden ve Enerji sendikası yönetimi taş kömürü madenleri için ücret taleplerini tespit etti.

İGBE sendika ağaları da yüzde 7 oranında bir ücret talebini tespit ederek son derece düşük bir ücret talebinde bulundular. Zor ve tehlikeli işlerde çalışan maden işçilerini yine ücret tabelâsında en üst kademeye çıkaracaklarına ilişkin sözlerin boş sözlerden başka bir şey olmadığı bir kez daha görüldü.

Toplu sözleşmelerde söz konusu olan taş kömür madenlerinde 187 000 işçi ve memur işçi çalışmaktadır. Rechlinghausen'daki Blumenthal adlı madende yayınlanan KPD'nin işyeri gazetesi "Rote Faust" son sayılarından birinde şöyle yazıyor:

"Daha geçen sene IGBE yöneticileri Schmidt ve Alker, 'Maden işçisi ücret göstergesinde en yüksekte yer almalıdır' diye bağırıyordular. Geçen yıl bu hedefe ulaşılmadı. Bu yıl da hedefimize ulaşabilmek için bütün gücümüzün seferber edileceğini bekliyorduk. Ama umutlardan başka geriye birşey kaldı mı? Daha görüşmeler başlamadan, merkezi yönetim kurulu geri çekilme parolarını yaydı: Sadece "geçen yıl elde edilen muhafaza edilmeye çalışılacakmış" (....)

Böylece bu adımla maden işçileri Lambsdorf'un ve Matthöfer'in tasarruf rotasına çekilmek istenilmektedirler. Daha görüşmeler başlamadan önce işçilerin talepleri bu şekilde bastırılırsa, elbette kapitalistler seveneceklerdir."



Federal Almanya çapında yapılan aramalarda kışkırtıcı yazılar ve silahlar bulundu

Polis şefi olarak Nazi propagandacılığı yapıyor

Tüm faşistler serbest bırakıldılar

BONN/RECHLİNGHAUSEN. — Federal Almanya çapında yapılan ev aramalarında polis 450 evde faşist propaganda malzemesi ve silah ele geçirmiştir. Faşistlerden hiç bir kimse tutuklanmamıştır. Rechlinghausen polis şefi olan Ernst Albrecht Lohmüller'de bu Nazilerin arasındadır.

Kışkırtıcı propaganda malzemelerini dağıtanlara karşı üç ceza davası açmış bulunan Stuttgart savcılığı ev aramaları için başvurmuştu. NSDAP/AO başbuğu ABD'li Gary Rex Lauck'a karşı açılan dava da açılan davalar arasındadır. Ev aramalarında plâk, kaset, bildiri, kitap (örneğin çeşitli dillere çevrilmiş "Gaz Odaları Yoktur", "Auschwitz Yalanı" vb.) gibi çok sayıda propaganda malzemesi ele geçirildi.

Örneğin Ulm'da yedi adet "98K" tipli tüfek, altı tabanca ve mermi; Kuzey Ren/Vestfalya'da iki adet karabina ve Saarland Eyaletinde'nde bir adet karabina bulunmuştur.

Her zaman olduğu gibi, yine hiç bir faşistin tutuklanmaması her şeyi ortaya koyuyor. Savaş kışkırtıcılığı, ırkçı propaganda yapanlar, halkları bir birine düşürenler ve yeni faşist şiddet eylemlerini hazırlayanlar, Batı-Almanya'da isterlerse cezai koğuşturmaya tutulmayabiliyorlar. Bundan çıkan anlam budur.

Rechlinghausen kriminal polisin şefi olan Lohmüller'in bu tür çevrelerle ilişkisi olduğunun açıklanması da son derece ilginçtir. Propaganda malzemelerini dağıtmasının yanı sıra, Lohmüller maddi olarak ta faşistleri desteklemiş, Neo-Nazilere duyduğu sempati ise yeni bir şey değildir.

Lohmüller'in oğlu Ingo Hitleri'in vekili olan ve savaş cinayetleri işleyen Dönitz'in mezarında uniformayla katılan iki Federal Ordu subaylarından biriydi. Rechlinghausen polisi anti-faşistlere karşı vahşi saldırılarla da ün kazanmışlardı Örneğin Ocak ayı içinde "Deutcha Freundeskreis" adlı bir faşist örgütün polis tarafından korunması sözkonusu olduğunda, Lohmüller, „meselelerin açıkliga kavuşmasına kadar" görevinden alınmış durumda. Açıklığı kavuşabilecek bir şey varsa, o da işlediği suçların miktarıdır, başka ne olabilir? Lohmüller hiç bir şart altında yine görevine alınmamalıdır! Hepimizin de bildiği gibi, Lohmüller faşist düşüncelere sahip olan polis subaylarına altında sadece tek örnektir.

Frister Türkiye'deki cuntaya karşı önlenlerin alınmasını talep ediyor

BONN. — Eğitim ve Bilim Sendikasının (GEW) Başkanı Erich Frister, Bonn Hükümeti'ne seslenerek, Türkiye'de sendika özgürlüğünün ve insan haklarının yeniden sağlanması için önlemlerin alınmasını talep etti.

Özgür Öğretmenler Sendikaların Uluslararası Birliği'nin Başkanı olan Frister, bu taleplerini Federal Başbakan ve Dışişleri Bakanı Schmidt ve Genscher'e yazdığı açık bir mektupla ifade etti. Frister, daha önce TÖB-DER'in önde gelen iki göğrevlisi olan Gültekin Gazioğlu ve Ayhan Kutlay'dan, TÖB-DER'in Türkiye'de ne gibi kovuşturmalarla karşı karşıya olduğunu öğrenmişti. Her iki görevli de Türkiye'der kaçtıklarından bu yana Federal Almanya'da yaşamaktadırlar.

Frister, Federal Hükümet'e yazdığı açık mektupta, "keyfi tutuklamalara, işkencelere ve diğer insan haklarının ayaklar altına alınmasına son verecek ve özgür sendikaların kurulmasını sağlayabilecek uygun önlemlerin alınmasını" istedi.

Hamburg limanında işyeri temsilcilik seçimleri

ÖTV sendika ağaları bölücülük yapmaktadırlar, ama "birlik" zafer kazanacaktır!

Liman işçileri, RGO işyeri temsilcisi Weskamp'ın da listeye dahil olması şartıyla tek liste talep ediyorlar

HAMBURG. — Hamburg limanının en büyük işletmesi olan HHLA'da (Hamburg Liman ve Depo AG) RGO işyeri temsilcisi olan Wolfang Westkamp üç sınıf mücadeleci işçi arkadaşla birlikte "Birlik" isimli listede adaylığını koymaktadır. ÖTV sendika ağaları ise birlik için değil bölmek için çaba sarfediyorlar. Sendika ağaları Wolfgang Weskamp'ın da yer alabileceği ve liman işçilerinin talep ettikler tek bir listeyi engellediler.

Hamburg limanındaki RGO işyeri grubu ve "Alternatif" isimli muhalefetçi işyeri temsilcilik listesindeki işçi arkadaşlar Hamburg Liman ve Depo AG'de (HHLA) gerçek bir tek-liste, yani demokratik şahsi seçim için mücadele etmişlerdi. RGO'nun ve "Alternatif" listesinin girişimlerinin sonucunda, bir kaçı



hariç ÖTV sendika temsilcileri tek liste talebine ilişkin imza topladılar. Sendika ağalarının ÖTV'dan attıkları Wolfgang Westkamp'ın da bu tek listede adaylığını koyması kararlaştırılmıştı. İki gün içinde 4000 işçiden 1600'ü bu imza listesini imzalamışlardı!

ÖTV bölge yönetimi ve sendika temsilcileri yönetim kurulu ise bu talebi reddettiler. Getirdikleri gerekçe ise, Wolfgang Westkamp ile birlikte bir listenin oluşturulamayacağı idi.

Bu tür bölücülük, sendika temsilcilerinin ezici bir çoğunluğu ve hemen tüm liman işçileri tarafından tepkiyle karşılandı. İşçi arkadaşlar talep ettikleri şahsi seçimin ÖTV bölge yönetimindeki limanlar bölümü sorumluları tarafından engellendiğini kavramış durumdadırlar.

Böylece HHLA'da sınıf mücadeleci "Birlik" listesinin yanı sıra ikinci "Alternatif" isimli bir muhalefetçi liste de seçimlere katıldılar.

RGO, "Alternatif"deki arkadaşlara ortak bir adaylık önerdilerse de bu öneri ne yazık ki, reddedildi. İşyeri temsilciliğinin çoğunluğu ilerici muhalefet tarafından kazanabilinirse bu büyük bir ilerleme olacaktır. Elbette bu olasılık halen mevcuttur, ama elbette ayrı ayrı adaylıklar, bu hedefe ulaşılmasını daha zor kılmaktadır.

Görüldüğü gibi, ÖTV sendika ağaları muhalefetten öcü gibi korkmaktadırlar. Onlar yayınladıkları bir dizi bildiri ile her iki muhalefetçi listeye karşı kışkırtıcı faaliyetlerini sürdürmektedirler. Kışkırtmaların esas hedefi ise "Birlik" listesi ve RGO işyeri temsilcisi Wolfgang Westerkamp'tır. İşçi arkadaşlar tarafından benimsenen ve saygı ile karşılanan Wolfgang'ın tutarlı işyeri temsilcilik çalışmalarını hiç bir biçimde eleştiremeyen sendika ağaları, Wolfgang Westerkamp'ı bölücülükle ve liste biçimi seçimlerin sorumlusu olmakla yüzleri kızarmadan suçlayabiliyorlar. Bununla da yetinmeyip, daha başka şeyler, sözgelimi şunları da getiriyorlar:

"Bizim engellemeye çalıştığımız ise, örgütsüz, KPD'ye ve Devrimci Sendika Muhalefetine üye olan bir şahsın ÖTV aracılığıyla işyeri temsilciliğine girmesidir. Bu tür, sözüm ona işçilerin çıkarlarını savunduklarını iddia eden örgütlere üye olanlar, ama programlarında açık bir şekilde özgür, parti siyasetlerinden bağımsız sendikaları tasfiye edip, KPD'nin parti diktatörlüğüne bağımlı kılmayı amaçlayan örgütlerin üyelerine elbette mücadeleler esnasında yardım edilemez."

Bu tür kışkırtıcı yazılarda hep aynı taşkale içinde şu çağrı yapılmaktaydı: *"Örgütsüz West kamp'ın listesini tek bir imza bile vermeyin."*

Elbette "Birlik" listesi gerekli olan imzaları toplayabildi. Merak ettiğimiz tek bir soru var: Sendika ağaları işçilerin bu kadar aptal olduklarını mı sanıyorlar? İşçi arkadaşlar sanki, "örgütsüz bay Westkamp"ın boyun eğmeden ve tutarlı bir şekilde işçilerin çıkarlarını savunduğunu görmediler mi? Kaldı ki Wolfgang Westerkamp bunları ÖTV sendikaları tarafından sendikadan ihraç edilmesine rağmen ve — ÖTV sendika ağalarının da kendi kendilerine belirttikleri gibi — mücadeleler esnasında yardım edilmediği halde bunları yaptı. Sendika ağalarının liman patronlarıyla birlikte işçilere karşı tavır aldıklarını tüm işçiler gördü. Bunun faturası ise seçim gününde ödenecektir.



IG Druck mahkemeden başarılı çıktı

"Times"in tazminat davası reddedildi

"Tercüman" basımevi, 1979'da "Times" emekçilerinin grevini kırmak istemişti.

OFFENBACH. — TER-Druckerei (Tercüman gazetisinin basımevi), IG Druck-un üç görevlisi; Balder, Fritz ve Wurstius hakkında açtığı tazminat davası 27 Mart'ta Offenbach İş Mahkemesi 4. Odası tarafından reddedildi. Davanın reddedilmesi, iş mahkemesi ve ceza mahkemesinin, yukarıda sözünü ettiğimiz IG Druck görevlileri hakkında yürüttüğü kovuşturmaya karşı aylardan beri sürdürülmekte olan sendikal dayanışma kampanyasının önemli bir başarısıdır.

Frankfurt yakınlarındaki Neu-İsenburg şehrinin Zeppelingheim mahallesindeki TER-Basımevinde faşist bir yayın organı olan "Tercüman" gazetesi basılmaktadır. Bir İngiliz gazetesi olan "Times"in patronları, Nisan 1979 yılında, o zaman rasyonalizasyona ve işyerlerinin tahrip edilmesine karşı greve giden gazete personeline lokavt uygulamışlardı ve grevi kırmak için gazeteyi TER-Basımevinde basmak istemişlerdi.

Ama, işçi sınıfının uluslararası dayanışması ve IG Druck sendikasının kararlı mücadelesi sonucu "Times"in burada basılması engellenmişti. IG Druck, TER-Basımevinde çalışan basın işçilerini greve çağırmıştı ve işçilerin greve gitmesiyle birlikte basımevininin önünde iki gün süren bir direnme yürüyüşü koymuştu.

"Times"in TER-Basımevinde basılmasının engellenmesi üzerine, TER-Basımevi patronları ve Batı Alman Gazete Sahipleri Birliği, yukarıda adlarını verdiğimiz IG Druck görevlileri hakkında Ceza Mahkemesinde dava açmışlardı ve bunun yanı sıra "Times" gazetesinin TER-Basımevinde basımının engellenmesi yüzünden 58000 DM'lık tazminat davası açmışlardı.

Ceza mahkemesine açtıkları davaya gerekçe olarak meskene tecavüz, kundakçılık, yaralama, santaj ve iç barışı ihlâl etme şeklinde gerekçe göstermişlerdi. Savcılık diğer gerekçeleri bütünüyle asılsız bularak, sadece meskene tecavüz ve santaj gerekçesinden ötürü dava açmıştı. Diğer gerekçeleri reddetmekle beraber, savcılığın sendika hakkında dava açması bile başlı başına bir skandal idi. Bu dava henüz Darmstadt Eyalet mahkemesinde devam etmektedir.

Bir önceki Cuma günü Offenbach iş mahkemesinde IG Druck görevlileri Hans Georg Fritz, Manfred Balder ve Heinz-Werner Wurstius hakkında açılan tazminat davasının görüşüldüğü sırada, sendika görevlileriyle dayanışma içinde olduklarını belirtmek amacıyla işletmelerden çok sayıda işçi arkadaş gelmişti. IG Druck avukatı, mahkemede çok haklı olarak şunu vurguluyordu: **"Bu mesele, grev özgürlüğü ile ilgili bir meseledir."**

Davanın reddedilmesi sadece basın işçileri sendikası IG Druck için değil, aynı zamanda bir bütün olarak sendikal hareket için de önemli bir başarıdır. Bu başarı, IG Durck sendikasının iş mahkemesinde açılan tazminat davasına ve ceza mahkemesinde açılan diğer davaya karşı uzun zamandan bu yana sürdürdüğü dayanışma kampanyası ve bu kampanyanın diğer DGB sendikalarından çok sayıda arkadaşın desteklemesi sonucu alındı.

Bununla birlikte, Offenbach mahkemesinin davayı reddetmeye gösterdiği gerekçelere bakacak olursak, sendikal faaliyetlerin kriminal olaylar olarak gösterilmesinin ilke olarak reddedildiği sonucu asla ortaya çıkmamaktadır. Davanın reddedilmesine gösterilen gerekçelerin birisinde; IG Druck eyleminin, grevi kırmak için çıkarılmak istenen gazetenin basımına sebep olduğu "kanıtlanmış değildir" denilmektedir. Buna ek olarak, eğer böyle bir gerekçe "kanıtlanmış" olsaydı, tazminat davası haklı görülebilirdi de denilmektedir.

TER-Basımevinin avukatı, mahkemede acayip bir suçlamaya başvurarak, şöyle diyordu: Eğer, bir sipariş geri çevrilmiş olmasaydı, grevcilerin davranışları yüzünden ölü ve yaralı meydana gelmiş olabilirdi. Bu açıklamanın da gösterdiği gibi, TER-Basımevi patronları, önceden olduğu gibi şimdi de IG Druck eylemini yasa dışı bir olay olarak göstermek istemektedirler. Elbette, onlar, bu provakasyonlarını ceza mahkemesinde IG Druck görevlileri hakkında açtıkları davada da açıklamışlardı.

Bu koşullarda, IG Druck ve IG Druck görevlileri ile dayanışmanın güçlendirilmesi kaçınılmazdır. Grev hakkına ve sendikal dayanışma eylemlerinin gerçekleşmesine yapılan bu saldırı bütünüyle geri püskürtülmek zorundadır.

Batı Berlin'de KWU'da işyeri temsilcilik seçimleri

Sınıf mücadeleci liste oyların yüzde 20,3'ünü aldı

Rezil entrikalar şahsi seçimi engelledi

BATI BERLİN. — RGO işyeri temsilcisi olan Uwe Jessen'in başını çektiği Batı Berlin Kraftwerk Union AG işletmesindeki *"Solcu Sendikacılar Listesi"*, geçen hafta yapılan işyeri temsilcilik seçimlerinde işçiler arasında geçerli oyların yüzde 20'den fazlasını aldı. İşçiler arasında toplam olarak 4 değişik liste seçime katılmıştı. İşyerindeki emekçiler tarafından talep edilen şahsi seçim, CMV (Hristiyan Metall İşçiler Birliği) adlı bölücü sendikanın ve IGM işyeri temsilcilerinden sağcı bir kliğin rezil entrikaları sonucunda engellendi.

"Solcu Sendikacılar Listesi" üç adayla seçime katılmıştı. İşçi alanını temsil eden 11 ve memur alanını temsil eden dört işyeri temsilcisini kapsayan işyeri temsilciliğine bu listenin iki adayı girebilmiştir. Memurlar alanında şahsi seçim uygulandı. Sendika temsilcileri kurulu işçiler alanında da şahsi seçimin uygulanmasını kararlaştırdı. Ama sağcı IGM işyeri temsilcilerinin aşırı sağcı ve bölücü sendika olan CMV'nin sahne arkasında işbirliği yapmasıyla, sinci entrikalarla bu kararın uygulanması engellenmişti (yandaki kutuya bakınız).

Eski sağcı işyeri temsilcilik kliğinin entrikaları ve listenin antidemokratik bir şekilde tespit edilmesi sonucunda esas olarak KWU patronlarının



81 temsilci seçimleri)

uşaklarının yer aldığı IG Metall listesi oyların yüzde 67,8'ini aldı. Böylece işyeri temsilciliğindeki işçi alanını temsil eden 11 işyeri temsilcisinden dokuzunu alabilmiş durumda.

CMV listesi ve "mantık listesi" (ki bu liste sağcı IGM işyeri temsilcileri tarafından şahsi seçimi parçalamak için öne sürülen ve sağcı IGM üyelerinden oluşan sahte bir listeydi) seçimlerde topladıkları destek imzalarından az oy aldılar. Bu iki liste seçimde böylece hiç bir şey tutturamamış oldular.

Memurların alanında ise şahsi seçimde IG Metall'in ve DAG'nin ikişer adayı seçildi.

KWU'da yapılan bu işyeri temsilcilik seçiminde o kadar sinsi entrikalara başvuruldu ki, bir çok işçi seçimlerin protesto edilmesini önerdiler. Seçim yönetim kurulu iki kez seçim tüzüğüne aykırı davrandığı için protestonun hukuksal temeli mevcuttur. "Solcu Sendikacılar Listesi" daha seçimden önce ve seçimin sonucu ne olursa olsun, seçimi protesto edeceğini açıklamıştı.

Seçimlerin sonucunda **"Solcu Sendikacılar Listesi"**nin aldığı oylara bakıldığında bunun iyi bir başarı olduğu ortaya çıkmaktadır. IGM işyeri temsilcilerinin büyük bir bölümünü gaspedebilmeleri ve dürüst arkadaşları (IGM'li) ise olarak dışlatabilmeleri ise olumsuz bir şeydir.

"Solcu Sendikacılar Listesi"nin programını belirleyen şey, açık ve sınıf mücadeleci yönüydü. En önemli talepleri şöyleydi:

- ★ **İşyerlerimiz uzlaşmadan savunulmalı.**
- ★ **İşyerlerinin yok edilmesi ve çıkışlar onaylanmamalıdır. Berlin'deki işletme türbin işletmesi olarak muhafaza edilmelidir.**
- ★ **Eşit işe eşit ücret. Ücret gruplarının tespit edilmesinde ve puanların verilmesinde keyfi davranışlara son.**
- ★ **Televizyon ekranlarıyla, elektronik beyinli personel yönetimiyle, kameralarla, kapıdaki kontrollarla, işyeri polisiyle ve fikir özgürlüğünün denetlenmesiyle gerçekleştirilen ve yoğunlaşan denetime son.**
- ★ **Kadınların, yabancı işçi arkadaşların ve gençlerin her hangi bir biçimde aşağılanmasına hayır.**